

# Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im heutigen Sachsen-Anhalt 1914–1920



**Vincent Streichhahn**

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

## **IMPRESSUM:**

„Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im heutigen Sachsen-Anhalt 1914–1920“ wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

V.i.S.d.P.: Gregor Kritidis

Ebendorfer Straße 3 · 39108 Magdeburg

<https://st.rosalux.de/>

Gestaltung: perner&schmidt werbung und design gmbh

[www.perner-und-schmidt.de](http://www.perner-und-schmidt.de)

Quelle Titelbild: Stadtarchiv Halle, Signatur Dig 68

ISBN 978-3-948250-15-7

Diese Studie und ihr Erscheinen wurde finanziell ermöglicht durch das Historische Zentrum Demokratischer Sozialismus der Rosa Luxemburg Stiftung.

## **HERAUSGEBER:**

Bernd Hüttner und Gregor Kritidis

## **AUTOR:**

- Vincent Streichhahn (M.A.) ist Politologe. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören marxistische und feministische Theorie, sowie die Geschichte der deutschen Arbeiter- und Frauenbewegung. Als Stipendiat der RLS promoviert er seit Oktober 2019 zur „Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich“.

# INHALT

<b>1 Einleitung .....</b>	<b>4</b>
<b>2 Zur Parteientwicklung im Ersten Weltkrieg .....</b>	<b>9</b>
<b>2.1</b> Der 4. August 1914 .....	10
<b>2.2</b> Zum Aufbau der innerparteilichen Opposition .....	14
<b>2.3</b> Zur Gründung der USPD .....	19
<b>3 Kein einzig Land: Sachsen-Anhalt im Krieg .....</b>	<b>24</b>
<b>3.1</b> Proteste gegen den Krieg in Halle-Merseburg .....	25
<b>3.2</b> Proteste gegen den Krieg in Magdeburg .....	29
<b>4 Die Revolution in Magdeburg .....</b>	<b>35</b>
<b>4.1</b> Die Novemberrevolution .....	36
<b>4.2</b> Die Reaktion organisiert sich.....	45
<b>5 Die Revolution in Halle-Merseburg .....</b>	<b>51</b>
<b>5.1</b> Die Novemberrevolution .....	52
<b>5.2</b> Der Generalstreik im Februar/März 1919 .....	58
<b>5.3</b> Die Reaktion organisiert sich.....	61
<b>6 Die Frage nach der „richtigen“ Internationale     und die Spaltung der Arbeiterbewegung .....</b>	<b>65</b>
<b>7 Zusammenfassung .....</b>	<b>72</b>
<b>8 Ausgewählte Kurzbiographien .....</b>	<b>75</b>
<b>9 Rede Wilhelm Koenens zur Sozialisierung (1919) .....</b>	<b>79</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>95</b>



# **EINLEITUNG**

Über die Geschichte der Arbeiterbewegung<sup>1</sup> im heutigen Sachsen-Anhalt lässt sich nicht im Singular schreiben. Zu heterogen war die Bewegung und zu unterschiedlich ihr Verlauf. In der vorliegenden Broschüre wird dennoch der Versuch unternommen, die Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung in Halle-Merseburg und Magdeburg zumindest in Ansätzen in ihrer Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit für den Zeitraum von 1914 bis 1920 zu schreiben. Dabei wird sowohl auf den bestehenden Forschungsstand als auch auf eigene Forschungen zurückgegriffen.

Die Regionalgeschichtsschreibung der neuen Bundesländer ist mit einem besonderen historischen Erbe belastet. Zwar entstanden im Kontext der „Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung“ der SED teils materialgesättigte, aber ideologisch überformte Studien bspw. zu Halle und Magdeburg<sup>2</sup>, aber auch zur miteldeutschen Region im Allgemeinen.<sup>3</sup> Die DDR-Geschichtsschreibung zeichnet sich überwiegend dadurch aus, die Geschichte der Arbeiterbewegung als vermeintlich teleologischen „Fortschrittsprozess“ Richtung KPD zu beschreiben, was für das heutige Sachsen-Anhalt nicht haltbar ist, wo weder der Spartakusbund noch die KPD bis 1920 eine relevante politische Kraft waren.

Gleichzeitig war es den Historiker\_innen der BRD während der Existenz der DDR kaum möglich, Einblick in die ostdeutschen Archive zu erhalten, weshalb sich die regionalgeschichtliche Forschung dort vor allem auf das Gebiet der Bonner-Republik konzentrierte. Nach der Wende kam es zu

1 In der Arbeit wird in der Regel gegendert. Ausnahmen sind die Fälle, in denen es sich nachweislich nur um Männer gehandelt hat, und die Komposita „Arbeiterbewegung“ und „Arbeiterklasse“. Das gendern bei letzterem würde weniger eine geschlechtersensible Perspektive schärfen als die Marginalisierung von Frauen im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts beschönigen.

2 Für Halle seien für den Zeitraum genannt: Roswitha Mende und Karl-Heinz Leidigkeit: Von der Jahrhundertwende bis zum Roten Oktober. Geschichte der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Halle-Merseburg 1900–1917, Halle 1987; Karl-Heinz Leidigkeit und Jürgen Hermann: Auf leninistischem Kurs. Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg bis 1933, Halle 1979; Gertrud Kling: Die Rolle des Arbeiter- und Soldatenrates von Halle in der Novemberrevolution (November 1918 – März 1919), Halle 1958; Für Magdeburg: Helmut Asmus: Quellensammlung zur Geschichte der Magdeburger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Teil 3 1900–1917, Heft 5, Magdeburg 1966; Herbert Matthias: Quellensammlung zur Geschichte der Magdeburger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Teil 4/1 1917–1929, Heft 2, Magdeburg 1966.

3 Helga Schubert: Der Generalstreik in Mitteldeutschland 1919, Halle 1958.

einem erneuten Anlauf, sich der Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung zu widmen.<sup>4</sup> Auffallend ist jedoch das vollständige Fehlen von Arbeiten zur Geschichte der historischen regionalen Frauenbewegung.<sup>5</sup> Die Magdeburger Revolutionsgeschichte wurde bisher ebenfalls eher stiefmütterlich behandelt.<sup>6</sup>

Das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt gehörte seit 1815 zum Großteil zur preußischen Provinz Sachsen, die aus den drei Regierungsbezirken Magdeburg, Merseburg und Erfurt bestand. In den Befreiungskriegen von 1813 bis 1815 wurde die französische Vorherrschaft unter Napoleon Bonaparte zurückgedrängt und das Königreich Preußen eroberte weite Teile des 1807 verlustig gegangenen Territoriums zurück. Darüber hinaus bildete das Herzogtum Anhalt<sup>7</sup> einen Teil des heutigen Bundeslandes und schnitt den Regierungsbezirk Magdeburg fast gänzlich vom südlichen Teil der Provinz ab. Die vorliegende Untersuchung wird sich auf die Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg beschränken, da Erfurt heute bekanntlich als Landeshauptstadt zu Thüringen gehört.<sup>8</sup>

6

Die dargelegte Geschichte der Arbeiterbewegung im heutigen Sachsen-Anhalt soll einerseits auf die Vielfältigkeit der damaligen Zeit verweisen und andererseits an eine weitgehend vergessene historische Tradition der Arbeiterbewegung erinnern. Vor allem in der Region Halle-Merseburg entwickelte sich während des Ersten Weltkrieges, angetrieben durch USPD-Funktionäre, eine revolutionäre Massenbewegung, die Teil der deutschen Rätebewegung war und Verbindungen

4 Helga Grebing, Hans Mommsen und Karsten Rudolph (Hg.): *Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933*, Essen 1993; Hans-Walter Schmuhl: *Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, Halle 2007; ganz aktuell: Patrick Wagner und Manfred Hettling (Hg.): *Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik*, Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 17, Halle 2019.

5 Der Forschungsstand zur regionalen Frauenbewegung beschränkt sich auf die wenigen biographische Anmerkungen im zweiten Band der Reihe „Frauen in Sachsen-Anhalt“ (Eva Labouvie (Hg.): *Frauen in Sachsen-Anhalt. Ein biographisches-bibliographisches Lexikon vom 19. Jahrhundert bis 1945*, Bd. 2, Köln 2019).

6 Es existiert keine systematische Gesamtdarstellung der Revolutionsgeschichte Magdeburgs im 20. Jahrhundert. Seit den 2000er Jahren sind in allgemeinen Bänden zur Magdeburger Stadtgeschichte Artikel über den Ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution erschienen, darunter: Martin Gohlke: *Die Räte in der Revolution von 1918/19 in Magdeburg*, Diss., Oldenburg 2000; Mathias Tullner: *Modernisierung und mitteldeutsche Hauptstadtpolitik – Das „neue Magdeburg“ 1918–1933*, in: Matthias Puhle und Peter Petsch (Hg.): *Magdeburg. Die Geschichte der Stadt 805–2005*, Dössel 2005, S. 729–764; Guido Skirlo: *Die Antikriegsbewegung vor und während des Ersten Weltkrieges in Magdeburg*, in: Maren Ballerstedt et al (Hg.): *Magdeburg im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918. Eine Großstadt an der Heimatfront*, Halle 2014, S. 259–274; Mathias Tullner: *Zusammenbruch, Übergang und Neubeginn – Magdeburg in der „Zeitenwende“ 1918/19*, in: ebd., S. 312–328.

7 Ralf Regener: *Der Freistaat Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik*, in: Patrick Wagner und Manfred Hettling (Hg.): *Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik*, Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 17, Halle 2019, S. 47–68.

8 Zur USPD in Thüringen siehe: Mario Hesselbarth: *Zur Geschichte der USPD in Thüringen*, Jena 2017.

nach Berlin und ins Rheinland vorzuweisen hatte. Diese Tradition ist unzertrennlich mit dem Partei- und Gewerkschaftsfunktionär, sowie Räteaktivisten Wilhelm Koenen<sup>9</sup> (1886–1963) verbunden, der in dieser Arbeit eine zentrale Stellung einnimmt. Doch auch in Magdeburg gab es mit dem Partei- und Gewerkschaftsfunktionär Alwin Brandes<sup>10</sup> (1866–1949) einen einflussreichen Vertreter der Rätebewegung. Im folgenden Abschnitt (Kapitel 2) wird die „Politik des 4. August“ in einen größeren politischen Rahmen eingeordnet, bevor bei der Herausbildung der innerparteilichen Opposition und der Gründung der USPD im April 1917 näher auf die Situation in Sachsen-Anhalt eingegangen wird. Es wird schnell ersichtlich, dass die Situation im heutigen Sachsen-Anhalt keineswegs einheitlich war und die Antikriegsopposition unterschiedliche Ausmaße annahm (Kapitel 3). Die Arbeiterbewegungen in Magdeburg und in Halle gingen unterschiedliche Wege, was spätestens im Kontext der Novemberrevolution deutlich wird. Magdeburg war überwiegend durch die MSPD geprägt und kooperierte bereits vor Kriegsende mit staatlichen Akteuren und Behörden. In Halle-Merseburg waren die Kräfteverhältnisse hingegen genau umgekehrt und die MSPD nahezu irrelevant, während sich in den Reihen der USPD die Antikriegsopposition organisierte. In einem gewissen Sinne lassen sich anhand dieser beiden Regierungsbezirke zwei unterschiedliche historische Traditionen der Arbeiterbewegung rekonstruieren.

In der neueren Forschung wird die Novemberrevolution nicht als singuläres Ereignis, sondern als revolutionäre Periode verstanden, die mindestens bis in das Jahr 1920 reicht und auch den Generalstreik vom Frühjahr 1919, sowie den Kapp-Putsch 1920 umfasst. Diesen Stationen der Revolution wird für Magdeburg (Kapitel 4) und Halle-Merseburg (Kapitel 5) in jeweils eigenen Kapiteln nachgespürt. Abschließend wird auf die Spaltung der Arbeiterbewegung und das Ende der Revolution eingegangen (Kapitel 6). Die Arbeit verfolgt die Intention, gegen das Vergessen zu schreiben. Ganz bewusst erinnert werden soll im Anhang einigen ausgewählten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung im heutigen Sachsen-Anhalt anhand von vier Kurzbiographien (Kapitel 7), sowie durch eine abgedruckte Rede Wilhelm Koenens zur Frage der Sozialisierung, die er am 8. März 1919 in

<sup>9</sup> Streichhahn, Vincent: Wilhelm Koenen – Ein vergessener Revolutionär der mitteldeutschen Rätebewegung, in: Patrick Wagner und Manfred Hettling (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 17, Halle 2019, S. 82–101.

<sup>10</sup> In der aktuellen politischen Biographie zu Alwin Brandes wird auch auf seine Rolle in der Magdeburger Novemberrevolution genauer eingegangen (Siegfried Mielke und Stefan Heinz: Alwin Brandes (1866–1949). Oppositioneller – Reformier – Widerstandskämpfer, Berlin 2019).

der Nationalversammlung gehalten hat und die den Horizont des historisch Möglichen abstecken soll. Das Vorhaben eines Exkurses zur regionalen proletarischen Frauenbewegung konnte aufgrund des nicht vorhandenen Forschungsstandes bedauerlicherweise nicht realisiert werden.<sup>11</sup> Es bleibt zu hoffen, dass sich andere Wissenschaftler\_innen diesem Vorhaben künftig annehmen werden.

Ich hoffe darüber hinaus, mit dieser Publikation der Auseinandersetzung mit den historischen Erfahrungen der sozialen Bewegungen in Sachsen-Anhalt neue Impulse zu geben. Der Rosa-Luxemburg-Stiftung und besonders Gregor Kritidis möchte ich für die konstruktiv-solidarische Zusammenarbeit danken.

<sup>11</sup> In der vorliegenden Arbeit wird auf die Aktivität von Frauen verwiesen, wo es dem Verfasser möglich war. Doch auch jenseits der Frauenbewegung hat das Engagement von Frauen leider kaum Eingang in die Geschichtsschreibung der regionalen Arbeiterbewegung gefunden.





# **ZUR PARTEI- ENTWICKLUNG IM ERSTEN WELTKRIEG**

## 2.1 Der 4. August 1914

Als die SPD-Reichstagsfraktion am vierten August 1914 die Kriegskredite bewilligte, war das eine Zäsur<sup>12</sup> für die deutsche Sozialdemokratie, die bis heute in linken Debatten nachwirkt.<sup>13</sup> Es war ein ganz offener Bruch mit den Beschlüssen der II. Internationalen, die unter anderem 1907 auf der Konferenz in Stuttgart getroffen wurden: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern.“<sup>14</sup>

10

Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und dem Verzicht der Gewerkschaftsführung auf Tarifauseinandersetzungen während des Krieges hatte man mit dieser Haltung gebrochen und sich nicht nur auf die sogenannte „Burgfriedenpolitik“ mit der Monarchie eingelassen, sondern damit jedweden Anspruch aufgegeben, „grundsätzlich in Opposition gegenüber Regierung, Staat und bürgerlicher Gesellschaft zu stehen.“<sup>15</sup> Damit hatte in der deutschen Arbeiterbewegung indes kaum jemand gerechnet. Das ist nicht verwunderlich. Noch wenige Tage vor dem 4. August veröffentlichte der Parteivorstand eine Antikriegserklärung aufgrund der Ereignisse in Österreich.<sup>16</sup> An einer vom Parteivorstand organisierten Protestdemonstration beteiligten sich mindestens 750.000 Menschen im gesamten Kaiserreich.

Auch in Sachsen-Anhalt gingen die Arbeiter\_innen auf die Straße oder kamen zu Versammlungen zusammen. Am 29. Juli 1914 gab es Versammlungen in Sangerhausen und Artern, am Tag darauf in Halle und Könnern. Eine am 30. Juli stattfindende Frauenversammlung mit über 1000 Frauen

<sup>12</sup> Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, S. 9.

<sup>13</sup> Das Narrativ des Verrats wurde bisweilen sogar popkulturell adaptiert, u.a. von Marc-Uwe Kling in seinem Lied „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten“.

<sup>14</sup> Zitiniert nach Tony Cliff: Studie über Rosa Luxemburg, Frankfurt am Main 1982, S. 30.

<sup>15</sup> Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 9.

<sup>16</sup> „Der Weltkrieg droht. Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung“ (Zitiert nach Eugen Prager: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S. 22).

im halleschen „Volkspark“ wurde von der Polizei aufgelöst. Die Verhängung des Belagerungszustandes am letzten Julitag erschwerte die Antikriegsarbeit ungemein, was über 2000 Menschen nicht daran hinderte, in Zeit zu einer Versammlung zu kommen.<sup>17</sup> In Magdeburg rief der Sozialdemokratische Verein ebenfalls zu einer Kundgebung am 29. Juli im „Luisenpark“, dem traditionellen Veranstaltungsort der Sozialdemokratie, auf. Bereits eine halbe Stunde vor Beginn musste der Einlass wegen Überfüllung gestoppt werden.<sup>18</sup>

Die Abstimmung in der SPD-Reichstagsfraktion war zwar nicht einhellig, 14 der 110 Abgeordnete zählenden SPD-Fraktion stimmten dagegen<sup>19</sup>, hielten sich jedoch vorerst an die Fraktionsdisziplin, die nach den Sozialistengesetzen (1878–1890) unter Reichskanzler Otto von Bismarck (1815–1898) einen „fast kultischen Wert in der Partei“<sup>20</sup> besaß. Mit Adolf Albrecht (1855–1930) und Fritz Kunert (1850–1931) stimmten in der Fraktionssitzung auch zwei SPD-Reichstagsabgeordnete gegen die Zustimmung, die politisch in Halle-Merseburg verwurzelt waren.<sup>21</sup> Das deutet bereits darauf hin, dass die SPD in Halle-Merseburg als linker Parteibeck zu bewerten ist und innerhalb der Partei auch so gesehen wurde. Bei der Reichstagsitzung vom 4. August blieb nur Kunert der Abstimmung fern, daher entstand nach außen das Bild einer einheitlich agierenden Sozialdemokratie. Karl Liebknecht (1871–1919) war im Dezember 1914 schließlich der erste Abgeordnete, der im Reichstag gegen die Kriegskredite votierte. Magdeburg war hingegen ein Parteibeck, der seit dem Revisionismusstreit zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Zentrum des rechten Flügels der SPD wurde.

Im europäischen Rahmen war die deutsche Sozialdemokratie keine Ausnahme. Die Klammer bildete der Revisionismus. Kriegsfeindlich blieben vor allem diejenigen sozialistischen Parteien, die noch nicht zu großen, seit langem legalen Massenparteien geworden waren. Die institutionalisierten Massenparteien hingegen unterwarfen sich nach Kriegsausbruch fast ausnahmslos der Kriegspolitik ihrer Regierungen.<sup>22</sup> Doch wie konnte der einstige Stolz der europäischen Arbeiterbewegung scheinbar unerwartet in den Chor der Herrschenden einstimmen? So entdeckte Friedrich Stampfer (1874–1957) bereits Ende Juli 1914 in einem Leitartikel des

17 Mende und Leidigkeit: Roter Oktober, S. 275.

18 Skirlo: Antikriegsbewegung, S. 260.

19 Mende und Leidigkeit: Roter Oktober, S. 274.

20 Stefan Bornost: Der Weg zur KPD, in: Best of KPD. Linke Organisation damals und heute, theorie21, Heft 1/14, Berlin 2014, S. 14.

21 Mende und Leidigkeit: Roter Oktober, S. 274.

22 Ralf Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Von den Anfängen bis 1914, Stuttgart 2017, S. 142; Leszek Kolakowski: Die Hauptströmungen des Marxismus – Entwicklung, Bd. 2, München 1988, S. 39f.

„Vorwärts“, dessen Chefredakteur er 1916 werden sollte, seine patriotische Verantwortung: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die vaterlandslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen.“<sup>23</sup> Auch die Magdeburger „Volksstimme“<sup>24</sup> druckte am 2. August den Artikel „Sein oder Nichtsein!“ Stampfers ab, in dem dieser vor „kosakischen Bestalitäten“ gegenüber Frauen und Kinder warnte<sup>25</sup> und den Magdeburger Parteibeizirk damit auf den Kriegskurs der Partei einstimmt.

Der vermeintlich rasante Umschwung der SPD-Reichstagsfraktion resultierte aus mehreren Faktoren. Die Einreihung in die nationale Kriegsfront wurde mit der Hoffnung auf innenpolitische Zugeständnisse nach dem Krieg verbunden.<sup>26</sup> Vor allem die Parteirechte verfolgte die Strategie einer dauerhaften „positiven Integration“ in das politische System des Kaiserreichs und war weniger von einer allgemeinen Kriegsbegeisterung des Sommers 1914 getrieben, die von der Geschichtswissenschaft inzwischen als gezielt propagierter Geschichtsmythos dekonstruiert wurde.<sup>27</sup> So formulierte Ludwig Frank (1874–1914), Vertreter des reformistischen Flügels, der als freiwilliger Soldat schon im ersten Kriegsmonat fiel, ganz unverhohlen, statt eines Massenstreiks einen Krieg zur Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen zu führen.<sup>28</sup>

Die Zustimmung resultierte jedoch ebenfalls – vielleicht sogar vordergründig – aus einem längeren Entwicklungsprozess. Nach der Aufhebung der Sozialistengesetze im Jahr 1890 stiegen sowohl die Wahlergebnisse, als auch die Mitgliedszahlen kontinuierlich an: Bereits bei der Reichstagswahl 1890 erreichte die SPD 19,8 Prozent der Stimmen und konnte ihren Anteil bis 1912 auf 34,8 Prozent ausbauen. Die Sozialdemokratie stellte zwei Jahre vor Kriegsbeginn 110 von 397 Abgeordneten und war damit zur stärksten Partei im Reichstag geworden.<sup>29</sup>

„Im Verlauf ihrer sowohl von Repressionserfahrungen als auch Erfolgen in verschiedenen ökonomischen und politischen Kämpfen bis hin zu großen Wahlsiegen geprägte Entwicklung hatte sie eine ‚reformerische Praxis‘

23 Zitiert nach Prager: USPD, S. 22f.

24 Die Ausgaben der „Volksstimme“ sind von der Friedrich-Ebert-Stiftung digitalisiert und frei zugänglich ins Netz gestellt worden: <https://library.fes.de/inhalt/digital/volksstimme-magdeburg.htm> [20.08.2019].

25 Volksstimme vom 2. August 1914.

26 Kruse: Krieg und nationale Integration, S. 137.

27 Axel Weipert: Zur aktuellen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg, in: Bernd Hüttner (Hg.): Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg, Berlin 2015, S. 12.

28 Miller: Burgfrieden und Klassenkampf, S. 72.

29 Gerd Hohorst u.a. (Hg.): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch 1870–1914, Bd. 2, München 1978, S. 173ff.

herausgebildet, die sich den konkreten Alltagsproblemen der Arbeiterschaft zuwandte.“<sup>30</sup> Durch die Sozialistengesetze verblieb die Parlamentsarbeit als einziger legaler Ort der öffentlichen Agitation für die deutsche Sozialdemokratie. In dieser Zeit wurde der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis immer deutlicher. So entwickelte sich eine Schicht von Funktionär\_innen, die nicht mehr allein für, sondern vor allem von der Arbeiterbewegung lebte. Aktionen der Massen wurden dadurch als eine Unterbrechung der alltäglichen Routine wahrgenommen, die die Gefahr eines neuen Verbots sozialdemokratischer Organisationen in sich trug, weshalb man sie frühzeitig einzuhegen versuchte. Vor diesem Hintergrund wurde der Revisionismusstreit innerhalb der Sozialdemokratie während der Jahrhundertwende ausgetragen. Am Vorabend des Krieges war es daher auch eine nicht unbegründete Angst vor massiven staatlichen Repressionen, die eine grundlegende Antikriegspolitik verhinderte. So wurde Friedrich Ebert (1871–1925) vorsorglich mit der Parteikasse in die Schweiz geschickt. Die Furcht vor einem neuerlichen Organisationsverbot trug damit wesentlich zur Zustimmung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie bei.<sup>31</sup>

Die Absicht, keine vaterlandslosen Gesellen mehr sein zu wollen, resultierte darüber hinaus aus der Erfahrung der „Hottentotten-Wahlen“ von 1907, die durch den Hererokrieg in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika und die kritische Haltung der Sozialdemokratie zur deutschen Kolonialpolitik bestimmt waren. Bei dieser Wahl verlor die SPD die Hälfte ihrer Reichstagsmandate, obwohl sie absolut eine Viertelmillionen Stimmen dazu gewann. Die hohe Wahlbeteiligung sowie die Stichwahlabkommen der anderen Parteien führten am Ende zu den Mandatsverlusten. Trotz des Stimmengewinns wurde diese Wahl daher von der Parteiführung als Niederlage interpretiert. Fortan trat die grundsätzliche Militarismuskritik der Sozialdemokratie in den Hintergrund und machte Platz für eine systemkonforme und reformorientierte Detailkritik.<sup>32</sup> Man wollte künftig den Vorwurf gegen sich vermeiden, vaterlandslos und antinational zu sein. Es ist somit auch diese Erfahrung, die große Teile der SPD-Führung vor der Ablehnung der Kriegskredite zurückschrecken ließ. Mario Hesselbarth weist mit Recht darauf hin, dass der traditionelle Antizarismus der deutschen Sozialdemokratie, die Bereitschaft zur Landesverteidigung in weiten Teilen der deutschen Arbeiter\_innenschaft gefördert habe, was jedoch nicht mit Kriegsbegeisterung gleichzusetzen ist.

30 Hesselbarth: USPD in Thüringen, S. 12.

31 Kruse: Krieg und nationale Integration, S. 62f.

32 Bernhard Neff: ‚Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe...‘: Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913, Köln 2004, S. 248.

## 2.2 Zum Aufbau der innerparteilichen Opposition

Zum Zeitpunkt der Zustimmung zu den Kriegskrediten gab es im Grunde keine innerparteilichen Organisationsstrukturen des linken Parteiflügels, die über relativ lose Kneipenrunden hinausreichten. Die in der Fraktions-sitzung vom 3. August unterlegende Minderheit konstituierte im April 1917 schließlich den Kern der späteren USPD.<sup>33</sup> Einige Mitglieder des radikalen linken Parteiflügels trafen sich noch am Abend des 4. Augusts in der Wohnung Rosa Luxemburgs (1871–1919) in Berlin Südende. Direkt nach Kriegsbeginn wandten sich Rosa Luxemburg und Franz Mehring (1846–1919) mit 300 Telegrammen an führende deutsche Sozialdemokrat\_innen, um Protest gegen die Kriegshaltung der eigenen Partei zu organisieren. Clara Zetkin (1857–1933) war die einzige, die überhaupt auf das Telegramm der beiden antwortete. Zunächst lehnte sie jedoch den Vorschlag Luxemburgs und Mehrings aus taktischen Gründen ab:

„Wir [...] haben große Bedenken dagegen und bitten Euch dringend, die Sache nochmals zu überlegen. An der Haltung der Fraktion ändert der Protest nichts mehr, er bliebe eine rein persönliche Kundgebung, die jetzt von niemand(em) verstanden würde, nur zeigte, dass wir völlig isoliert in der Luft stehen und wie klein und ohnmächtig wir sind. [...] Wir müssen jetzt von unserer Richtung zusammenhalten, was sich zusammenhalten lässt.“<sup>34</sup>

Diese taktisch begründete Zurückhaltung währte jedoch nicht lang. Schon in den folgenden Kriegsmonaten veröffentlichte Zetkin mit Luxemburg, Liebknecht und Mehring eine gemeinsame Erklärung gegen den Krieg in der schweizerischen sozialdemokratischen Presse.<sup>35</sup> Zusammen sollten sie im Juli 1915 auch die erste und einzige Ausgabe der Zeitschrift „Die Internationale“ herausgeben, die von den Behörden aufgrund des Vorwurfs des Hochverrats sofort verboten wurde. Es war gleichzeitig der Versuch,

33 Dieter Engelmann und Horst Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922*, Berlin 1993, S. 10.

34 Marga Voigt (Hg.): *Clara Zetkin: Die Kriegsbriefe (1914–1918)*, Bd. 1, Berlin 2016, S. 17.

35 Clara Zetkin: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin 1957, S. 657.

die Kriegsgegner\_innen in der „Gruppe Internationale“, dem Vorläufer des Spartakusbundes, zu organisieren. Der Kriegszustand erschwerte die politische Arbeit immens. Zensur, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen standen auf der Tagesordnung. Karl Liebknecht hatte indes als erster SPD-Abgeordneter am 2. Dezember 1914 im Reichstag gegen die Kriegskredite und die eigene Fraktion gestimmt. In der Fraktion geächtet, dauerte es nur zwei Tage, bis die Funktionärsversammlung der sozialdemokratischen Kreisorganisation Halle–Saalkreis sich mehrheitlich solidarisch mit Liebknecht erklärte.<sup>36</sup> Das war, obwohl Liebknecht und Luxemburg in den Jahren vor 1914 öfter in Halle gesprochen und in der regionalen Parteipresse („Volksblatt“/„Volksbote“) publiziert hatten, nicht garantiert. Die hallesche Sozialdemokratie war zwar kein Teil des Spartakusbundes, doch sie baute ihren oppositionellen Kurs in der Partei weiter aus. Verbindungen gab es jedoch durchaus. So wurden einige illegale Flugblätter des Spartakusbundes in Halle und Schkeuditz gedruckt.<sup>37</sup>

Über die Stadt Halle wurde bereits Ende Juli 1914 der „verschärfte Belagerungszustand“ verhängt. Geplante Arbeiter\_innenversammlungen erhielten fortan starke Beschränkungen, die Vorbeugehaft und Einberufung von Sozialdemokraten wurde intensiviert, sowie die Zensur des „Volksblattes“ verschärft. Antikriegskundgebungen sollten vom Militär verhindert werden.<sup>38</sup> Die politische Arbeit wurde durch die Einberufungspraxis der Behörden massiv erschwert. Unliebsame Sozialdemokraten wurden von den Behörden an die Front geschickt, um sich kritischer Stimmen zu entledigen. Im September 1914 waren bereits ein Fünftel und im März 1915 etwa die Hälfte der Parteimitglieder der Bezirksorganisation einberufen worden.<sup>39</sup> Die SPD-Mitgliedschaft in Halle-Merseburg schrumpfte von 26.174 Mitgliedern im August 1914 auf 15.119 im März 1915.<sup>40</sup> Die Parteistrukturen waren dadurch in der Fläche stark ausgedünnt.

Vor diesem Hintergrund war es das Konzept der Betriebsvertrauensleute,

<sup>36</sup> Wilhelm Koenen berichtet retrospektiv über die genannte Funktionärsversammlung: „In dieser Sitzung kam ich mit der Nachricht: Karl Liebknecht hat gegen die Kriegskredite gestimmt! Als Vorstandsmitglied erhob ich mich und beantragte, daß wir sofort beschließen, diesen Schritt Karl Liebknechts zu begrüßen, uns hinter ihn zu stellen und ihn einzuladen, zu uns zu kommen, um in Halle zu sprechen und unser Bekenntnis mit ihm gemeinsam auswerten zu können. Wir haben die Diskussion gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die zwar nur durch wenige Leute, aber doch mit Einzelnen auch in diesem Funktionärskreis vertreten war, heftig geführt“ (Wilhelm Koenen: Referat auf der Konferenz zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung am 11. April 1958, in: Bezirksstelle Halle, Nr. 383, Halle 1958).

<sup>37</sup> Mende und Leidigkeit, Roter Oktober, S. 341.

<sup>38</sup> Roswitha Mende: Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Halle im Ersten Weltkrieg, in: Grebing/Mommsen/Rudolph (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 171–180, hier S. 171f.

<sup>39</sup> Ebd., S. 175.

<sup>40</sup> Mende und Leidigkeit, Roter Oktober, S. 282.

durch das die politische Arbeit trotz des Kriegszustandes im Parteibezirk Halle-Merseburg behelfsmäßig aufrechterhalten werden konnte. Das Konzept der „Vertrauenspersonen“ hatte eine längere Tradition in der deutschen Sozialdemokratie und diente bereits während der Sozialistengesetze zur Aufrechterhaltung politischer Strukturen. Frauen war es durch das preußische Reichsvereinsgesetz noch bis 1908 verboten, sich politisch zu organisieren. Die sozialdemokratische Frauenbewegung griff daher im Laufe der 1890er Jahre ebenfalls auf ein Netzwerk aus „Vertrauenspersonen“ zurück.<sup>41</sup> Die Grundlage der Betriebsvertrauensleute lag anders als bei den „Vertrauenspersonen“ auf betrieblicher Ebene, auf der Informationen an die Belegschaft weitergegeben und agitiert wurde.<sup>42</sup> Der Ausbau des Netzwerks von Betriebsvertrauensleuten war eine eindeutige Reaktion auf die Bedingungen des Krieges:

„Die alten Organisationsformen und Kampfmethoden genügten jetzt nicht mehr und mußten durch andere, der neuen Situation entsprechende ersetzt werden. So kam es zum Beispiel im Bezirk Halle-Merseburg zur Schaffung von politischen Betriebsvertrauensleuten in den entscheidenden Großbetrieben.“<sup>43</sup>

Nach Kriegsausbruch sei in allen Großbetrieben Mitteldeutschlands mit aller Kraft halblegal und illegal das politische System der Betriebsvertrauensleute weiter entwickelt und gefestigt worden.<sup>44</sup> Die Betriebsvertrauensleute waren das wichtigste Bindeglied des linken Flügels der SPD in Halle-Merseburg zu den Großbetrieben. In den Jahren des Krieges gelang es der SPD- bzw. USPD-Führung um Koenen, sich den Zugang zu etwa 100 Betrieben des Regierungsbezirkes zu sichern, darunter befanden sich 39 als kriegswichtig eingestufte Betriebe, die ab 1916 entstehenden Leuna-Werke mit eingeschlossen.<sup>45</sup> Diese Entwicklung vollzog sich weitgehend unterhalb des Radars der Behörden.

Der Bezirksvorstand der SPD/USPD berief einen Vertreter pro Betrieb. Derjenige musste zuverlässig sein und das Vertrauen der Belegschaft genießen.

41 Vorher hießen diese „Vertrauensmänner“. Auf Initiative der Sozialdemokratinnen wurde die geschlechterneutrale Bezeichnung „Vertrauenspersonen“ eingeführt (Elisabeth Haarmann: Schwestern zur Sonne zur Gleichheit. Anfänge der proletarischen Frauenbewegung, Hamburg 1985, S. 96).

42 Hans-Dieter Klein: Zwischen Burgfrieden und Komintern. Die Unabhängige Sozialdemokratie in Halle Merseburg 1917–1920, in: Grebing/Mommsen/Rudolph (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 181–195, hier S. 185.

43 Wilhelm Koenen: Zu einigen Fragen der Novemberrevolution und Gründung der KPD, Halle 1958, S. 15.

44 Wilhelm Koenen schildert die damaligen Entwicklungen in seinen Erinnerungen, die wie sein Nachlass im Sonderbestand der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (im Folgenden: SAPMO) einzusehen sind (Wilhelm Koenen, Erinnerungen, SAPMO, BArch SgY 30/355; Wilhelm Koenen, Nachlass, SAPMO, BArch NY 4074), hier: SAPMO, BArch SgY 30, Bl. 1.

45 Mende und Leidigkeit: Roter Oktober, S. 173.



Die verschiedenen Vertreter trafen sich alle vier Wochen in den Kolonnaden des haleschen „Volksparks“. Im Juli 1907 als Versammlungshaus der SPD eingeweiht, wurde der „Volkspark“ der Sozialdemokratie in den Kriegsjahren entzogen und zu einem Kriegslazarett umfunktioniert. Die dortigen Besprechungen dienten dem Austausch von politischen Informationen, Berichten über die Stimmung in den Betrieben und der Planung von Aktionen. Bemerkenswert ist, dass es laut Koenen während der gesamten Kriegszeit auf diesen Treffen zu keinerlei Zwischenfällen gekommen sei.<sup>46</sup>

Das rapide Anwachsen der Chemieindustrie und des Bergbaus im Regierungsbezirk, vor allem der Aufbau der Leuna-Werke, zog einen immensen Bedarf an Arbeitskräften nach sich. Das führte dazu, dass viele der Betriebsvertrauensleute Reklamierte<sup>47</sup> mit Fronterfahrung für die kriegswichtige Industrie waren, wie zum Beispiel Koenens Bruder, Bernard Koenen<sup>48</sup> (1889–1964), der „Vertrauensperson“ in den Leuna-Werken wurde. Diese neuen Genossen trugen zur weiteren Linksentwicklung der USPD und einer Verankerung in der Arbeiter\_innenschaft im Bezirk Halle-Merseburg bei.<sup>49</sup> Sie waren der Ausgangspunkt für die Antikriegsarbeit und revolutionären Anläufe der folgenden Jahre.

Für Magdeburg zog der mit dem Krieg verbundene Belagerungszustand ebenfalls eine weitgehende Aussetzung des Presse-, Versammlungs- und Vereinsrechts nach sich. Die sozialdemokratischen Blätter wurden einer Präventivzensur unterworfen, die Anmeldung von Versammlungen konnten ohne Angabe von Gründen abgelehnt und Vereine aufgelöst werden.<sup>50</sup> Auf eine Kritik am Kriegskurs, die sicherlich aufgrund der Zensur kreative Formen bedurft hätte, wurde daher in der „Volksstimme“ weitgehend verzichtet. Allerdings ist für Magdeburg „davon auszugehen, dass die führenden Sozialdemokraten, die Redaktion der ‚Volksstimme‘ und der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins die vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion vertretene Politik des Burgfriedens teilten und unterstützten“<sup>51</sup> und sich auch deshalb mit Kritik zurückhielten.

Die soziale Situation bot in Magdeburg eigentlich einen guten Nährboden für die Bildung einer Antikriegsopposition. Bei Kriegsbeginn wies Magdeburg die höchste Konzentration des Industrieproletariats im

<sup>46</sup> Horst Naumann: Wilhelm Koenen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle (Biographien und Erinnerungen 10), Leipzig 1973, S. 20.

<sup>47</sup> Zum Krieg eingezogene Soldaten konnten reklamiert werden, d.h. sie konnten für den Einsatz im zivilen bzw. kriegswichtigen Bereich vom Kriegsdienst befreit werden.

<sup>48</sup> Werner Reinowski: Bernard Koenen: ein Leben für die Partei, Halle 1962.

<sup>49</sup> Klein, Zwischen Burgfrieden und Komintern, S. 185.

<sup>50</sup> Skirlo, Antikriegsbewegung, S. 261.

<sup>51</sup> Ebd., 261

Regierungsbezirk auf. Fast die Hälfte der Arbeiter\_innen war in den Großbetrieben der Schwerindustrie mit über 1000 Beschäftigten tätig.<sup>52</sup> Forderungen nach Lohnerhöhungen waren daher nicht ohne Zufall gerade in der Magdeburger Metallindustrie seit dem Frühjahr 1916 immer lauter zu vernehmen. Doch der Metallarbeiterverband hielt sich an die von den Gewerkschaften bei Kriegsausbruch beschlossene Friedenspflicht.<sup>53</sup> Im Laufe desselben Jahres begannen sich in einigen Rüstungsbetrieben, darunter das Krupp-Gruson-Werk, oppositionelle Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter\_innen, die dem Metallarbeiterverband angehörten, zu organisieren.<sup>54</sup>

Es steht jedoch außer Frage, dass sich eine große Mehrheit der Magdeburger Arbeiter\_innenschaft an die Politik des Burgfriedens hielt, und das mindestens bis in das Jahr 1918. Noch im Juli 1917 war in einem Bericht des stellvertretenden Generalkommandos des IV. Armeekorps zur politischen Einordnung der regionalen SPD zu lesen: „Die sozialdemokratische Partei in dem Regierungsbezirk Magdeburg, Herzogtum Anhalt und Herzogtum Sachsen-Altenburg gehört der rechtsstehenden, sogenannten Scheidemann’schen Gruppe an.“<sup>55</sup> Gemeint ist Philipp Scheidemann (1865–1939), einer der Führer des rechten Parteiflügels in der SPD.

In Deutschland waren die Kritiker der Burgfriedenspolitik bestrebt, ihre Kräfte zu bündeln. Doch es war nicht das Ziel der Kriegsgegner\_innen in der Partei, eine Spaltung herbeizuführen, sondern wieder Mehrheiten zu erlangen. Die Parteiführung machte das jedoch durch ihre harten Repressionsmaßnahmen unmöglich. Als erstes wurde Karl Liebknecht im Januar 1916 aus der Fraktion ausgeschlossen – Otto Rühle (1874–1943) ging solidarisch mit ihm. Nur zwei Monate später wurden weitere 18 Abgeordnete der Fraktion verstoßen und waren fortan gezwungen, als Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) eine eigene Fraktion im Reichstag zu bilden, die unter Führung des marxistischen Zentrums stand. Auch Kunert als Reichstagsabgeordneter von Halle-Merseburg war als Abgeordneter in der SAG organisiert. Die Spartakusleute hielten kritische Distanz, spielten jedoch wie die KPD bis 1921 keine bedeutende politische Rolle in Sachsen-Anhalt.

52 Asmus, Quellensammlung, S. 18.

53 Helmut Asmus: 1200 Jahre Magdeburg. Von der Kaiserpfalz zur Landeshauptstadt, Bd. 3: Die Jahre von 1848 bis 1945, Magdeburg 2005, S. 436.

54 Skirlo, Antikriegsbewegung, S. 262f.

55 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Magdeburg (im Folgenden LHASA, MD), C 28 I a, Nr. 845, Bd. 14, Bl. 14–17 zitiert nach Skirlo, Antikriegsbewegung, S. 263.

## 2.3 Zur Gründung der USPD

Die Gründung der USPD war keine Wunschgeburt. Sie wurde erforderlich nach dem Ausschluss der Opposition durch den SPD-Parteivorstand im Frühjahr 1917 und stellte dadurch – mit den Worten Jörn Schütrumpfs gesprochen – eine „Notgemeinschaft von politisch Heimatvertriebenen“<sup>56</sup> dar. Zunächst, so Emil Eichhorn (1863–1925), ging es eigentlich darum, eine „Opposition in der Organisation“ zu schaffen.<sup>57</sup> Doch der Parteausschluss der Opposition hatte die Situation grundlegend verändert. Es galt fortan, „eine Organisation zu schaffen für die Opposition in der Partei, und zwar eine Organisation für die Gesamtopposition“, so Hugo Haase (1863–1919) auf dem Gründungsparteitag in Gotha. „Ich mißachte keine der Richtungen, die in der Opposition bestehen. [...] Aber alle müssen den Willen haben, die Opposition zur Macht auszubauen.“<sup>58</sup>

Noch im Januar, auf der ersten Oppositionskonferenz, entschied man sich ganz bewusst für den Verbleib in der SPD.<sup>59</sup> Doch auch nach der USPD-Gründung war es nicht ausgemacht, dass sich alle ausgesonderten Kräfte der neuen Partei anschließen würden. Zwar hatten sich in den ersten Kriegsjahren in der SPD erste innerparteiliche Zusammenschlüsse wie die Gruppe Internationale, später Spartakusbund, oder die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft formiert. Bestrebungen einer separaten Parteigründung hatte jedoch – bis auf die Bremer Linksradikalen<sup>60</sup> – niemand vertreten. Erste Debatten zu einer möglichen Parteigründung begannen allerdings bereits

56 Jörn Schütrumpf: Zankapfel Bolschewiki, in: Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18, Berlin 2017, S. 443.

57 Emil Eichhorn: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Glashütten 1975 [1921], S. 4.

58 Ebd., S. 10.

59 So erklärte Ernst Meyer (1887–1930) auf der Oppositionskonferenz im Januar 1917: „Wir bleiben in der Partei [SPD] nur so lange, als wir den Klassenkampf gegen den Parteivorstand führen können. In dem Augenblick, wo wir darin gehemmt werden, wollen wir in der Partei nicht bleiben. Umgekehrt treten wir auch nicht für eine Spaltung ein“ (zitiert nach Hermann Weber: Einleitung, in: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, Berlin 1993, S. 22).

60 „Die Bremer Linke ist ein Produkt der intensiven Klassenkämpfe in der Hansestadt. [...] Die Parteilinke erobert die Vorstandsmehrheit und reorganisiert die Bildungsarbeit. 1910 wurde der holländische Sozialist Anton Pannekoek als Schulungsleiter für marxistische Theorie nach Bremen berufen – eine pikante Personalie, denn Pannekoek war einer der theoretischen Köpfe der holländischen Linksabspaltung SDP“ (Bornost: Weg zur KPD, S. 17).

am Abend des 4. August 1914 bei dem besagten Treffen in Luxemburgs Wohnung in Berlin Südende.<sup>61</sup> In einem Brief vom August 1914 schreibt Luxemburg voller Erstaunen über einen möglichen Austritt aus der SPD: „Willst du vielleicht aus der Menschheit auch ‚austreten‘? Über geschichtliche Erscheinungen von diesem Maßstab vergeht einem jeder Ärger, und es bleibt nur Platz für kühle Überlegung und hartnäckiges Handeln.“<sup>62</sup> Doch drei Jahre später setzten sich auch Leo Jogiches und Luxemburg für den Eintritt in die USPD ein.

Während die Bremer Linksradikalen der USPD nicht beitraten, weil sie den Vertreter\_innen des Zentrums eine schwankende Haltung vorwarfen, entschieden sich die Spartakusleute für die Arbeit in der im April 1917 in Gotha gegründeten USPD. Das heißt nicht, dass die Kritik der Spartakusleute am „Zentrum“ weniger scharf gewesen wäre, aber als Damoklesschwert schwebte immer die Gefahr der Isolation von den Massen über dem Spartakusbund: „Es gilt ebenso, die neue Partei, die größere Massen in sich vereinigen wird, als Rekrutierungsfeld für unsere Ansichten, für die unterschiedene Richtung in der Opposition auszunutzen“, so Luxemburg, „es gilt schließlich, die Partei als ganzes durch rücksichtslose Kritik, durch unsere Tätigkeit in den Organisationen selbst wie auch durch unsere selbstständigen Aktionen vorwärts zu treiben.“<sup>63</sup>

Der Parteibeizirk Halle-Merseburg zeichnet sich durch einen raschen und umfassenden Anschluss an die USPD aus. In der Zeitspanne von der Gründung der USPD im April 1917 bis zum Juli desselben Jahres hatten sich 90 Prozent der ehemaligen SPD-Mitglieder der USPD im Parteibeizirk angeschlossen. Darüber hinaus übernahm die USPD in Halle-Merseburg fast die gesamte Parteinfrastruktur, einschließlich der halleschen, sozialdemokratischen Zeitschrift, das „Volksblatt“.<sup>64</sup>

Der Historiker Patrick Wagner erklärt diesen fast gänzlichen Anschluss mit dem Konzept des „Organisationspatriotismus“. „Wenn nun die lokalen Organisationen des Milieus einen bestimmten politischen Weg einschlugen, so folgten ihnen jeweils die große Mehrheit der Arbeiter auf diesem Weg, schon aus besagter Solidaritätsverpflichtung und ohne sich notwendig jeweils individuell für ein Programm zu entscheiden.“<sup>65</sup> Diese Überlegung spielte sicherlich eine wichtige Rolle bei der Entscheidung

61 Weber: Einleitung, S. 11f.

62 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5., Berlin 1984, S. 7f.

63 Zitiert nach Bornost: Weg zur KPD, S. 24.

64 Klein: Zwischen Burgfrieden und Komintern, S. 186.

65 Patrick Wagner: „Es ist alles ruhig. Auf dem Rathause eine rote Flagge“. Die Revolution von 1918/19 in Halle an der Saale, in: Patrick Wagner und Manfred Hettling (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Halle 2019, S. 18.

für eine Organisation. Jedoch hingen die Mehrheitsverhältnisse in der Führung von weiter zurückreichenden Entwicklungen ab. Es ist gerade kein Zufall, dass Halle-Merseburg als bekennender linker Parteibeirk eine Hochburg der USPD wurde. Der „Organisationspatriotismus“ war aber sicherlich ein maßgeblicher Grund dafür, warum die MSPD in Halle-Merseburg vor allem in den Kriegsjahren lediglich eine marginale politische Gruppierung darstellte. Im städtische Soldatenrat konnte sie im Kontext der Novemberrevolution hingegen einen gewissen Einfluss ausüben. Im Juli 1917 kam sie im Parteibeirk auf kaum 500 Mitglieder.<sup>66</sup> 1922 vereinigte sich schließlich die in der USPD verbliebene Minderheit mit der SPD. Zwar hatte sich der Bezirksverband bereits 1916 der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) angeschlossen und damit die Antikriegshaltung gegenüber der Mehrheitsfraktion und dem Parteivorstand bestätigt, doch dem Anschluss der Bezirksorganisation an die USPD, die durch den Parteiausschluss im Januar 1917 notwendig wurde, gingen intensive innerparteiliche Kämpfe voraus. Diese waren erst mit der Wahl des USPD-Bezirksvorstandes im Juli 1917 abgeschlossen. Dem engeren Bezirksvorstand gehörten als Vorsitzender Wilhelm Osterburg, als Bezirkssekretär Karl Reiwand und als Kassierer Gustav Schmidt an.<sup>67</sup>

Es war – noch im Frühjahr 1917 – das Bestreben der Bezirksorganisation, die Einheit der Partei zu wahren, weshalb der Anschluss an die USPD nicht bereits auf dem Gründungsparteitag am 6. bis 8. April in Gotha vollzogen wurde, auf dem auch sechs Delegierte aus dem Parteibeirk Halle-Merseburg teilnahmen. Die Vereinigung aller oppositioneller Parteibeirke hatte der Vorstand der SAG bereits am 9. Februar 1917 als Reaktion auf den Parteiausschluss gefordert. Der Bezirksvorstand Halle-Merseburg berief daraufhin eine Bezirkskonferenz ein, die am 11. März 1917 im halleischen „Volkspark“ tagte und über das weitere Vorgehen befinden sollte. Der Parteivorstand der SPD versuchte, den drohenden politischen Verlust des Parteibeirkes zu verhindern und schickte Georg Schöpflin (1869–1954), Redakteur der „Sozialdemokratischen Partei-Correspondenz“, zu der Versammlung. Gemeinsam mit Adolf Thiele (1853–1925) sollte er den Parteibeirk Halle-Merseburg für den Parteivorstand zurückgewinnen.

An den grundlegenden politischen Differenzen, die man noch zu überbrücken hoffte, gab es keinen Zweifel. So unterstützte die Versammlung mit 57 zu 2 Stimmen die Politik der SAG und verurteilte das Agieren des

<sup>66</sup> Mende: Arbeiterschaft, S. 178.

<sup>67</sup> Genaue Lebensdaten der drei konnten vom Autor leider nicht ermittelt werden. Mende und Leidigkeit: Roter Oktober, S. 318.

Parteivorstandes. Gleichzeitig sollte bis zu einem kommenden SPD-Parteitag, der allein die Richtigkeit sozialistischer Politik und die Zugehörigkeit der Sozialdemokratie beurteilen könne, die Einheit der „Parteiorganisation unter Duldung freier Meinungsäußerung“<sup>68</sup> gewahrt werden. Als der Parteivorstand schließlich dem wegen Landesverrat verurteilten Konrad Müller<sup>69</sup>, er hatte illegale Flugblätter des Spartakusbundes drucken lassen, die bereits zugesagte Rechtshilfe verweigerte, führte die Kreisorganisation Merseburg–Querfurt seit Ende Mai keine Beiträge mehr an den Vorstand ab. Vor allem die organisierte Industriearbeiter\_innenschaft drängte auf Entscheidungen. Die im Januar 1917 gebildete Betriebsgruppe des Leuna-Werkes um Bernhard Koenen schloss sich direkt der USPD an. Der Anschluss vollzog sich im Parteibezirk schließlich schrittweise ab Ende April. Während sich die Kreisorganisation Halle–Saalkreis bereits am 26. April mit 190 gegen 10 Stimmen für den baldigen Anschluss aussprach, bestätigte die Kreisgeneralversammlung vom 6. Mai den Anschluss mit 116 gegen 13 Stimmen endgültig. Durch diese eindeutigen Mehrheitsverhältnisse gelang es den Akteur\_innen, den gesamten bisherigen sozialdemokratischen Organisationsapparat in die neue Partei zu überführen. Darunter befanden sich die Kassenbestände, Fonds, Bibliotheken, Gebäude, sowie das Bezirksorgan „Volksblatt“ und die Kreiszeitung „Volksbote“.<sup>70</sup>

In Magdeburg tagte am 25. Februar 1917 eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins, auf dem ein Antrag über den Ausschluss der Opposition behandelt wurde. Ein Drittel der Anwesenden stimmte gegen den Antrag und zeigte, dass der Kurs der Parteiführung nicht unumstritten war.<sup>71</sup> Die Gründung der USPD vollzog sich in Magdeburg schließlich unter maßgeblicher Führung von Albert Vater (1859–1923), der im April 1917 eine Ortsgruppe in Magdeburg gründete. Vater war seit Jahren beim linken Flügel der SPD aktiv und gehörte 1900 zum Gründungskreis des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg, dessen Vorsitzender er in den Jahren 1904 bis 1906 war. Laut Vater kam die USPD im August 1917 auf etwa 600 Mitglieder. Damit waren die Größenverhältnisse zwischen MSPD und USPD im Vergleich zu Halle–Merseburg genau umgekehrt. Die USPD hatte schon allein aufgrund ihrer nominalen Größe in Magdeburg relativ wenig Einfluss. Bei der Werbung für einen Generalstreik zur Durchsetzung des Friedens Anfang August 1917 wurden mehrere

68 Ebd., S. 320.

69 Lebensdaten konnten vom Autor leider nicht ermittelt werden.

70 Mende und Leidigkeit: Roter Oktober, S. 323f.

71 Asmus: Quellensammlung, S. 24.

USPD-Mitglieder verhaftet. Ein Solidaritätsstreik von 600 Arbeiter\_innen der Abteilung Geschützbau des Krupp-Gruson-Werkes wurde nach kurzer Zeit abgebrochen.<sup>72</sup> 1918 konnte die USPD durch ihre Vertreter des Metallarbeiterverbands, Brandes und Vater, jedoch auch in Magdeburg einen gewissen Einfluss unter der Industriearbeiter\_innenschaft entfalten. In der Zeit vor der Novemberrevolution existierte auch eine Gruppe des Spartakusbundes in Magdeburg, die jedoch politisch weitgehend unbedeutend blieb.<sup>73</sup>

<sup>72</sup> Skirlo: Antikriegsbewegung, S. 267.

<sup>73</sup> Tullner: Zusammenbruch, S. 316.



3

## **KEIN EINIG LAND: SACHSEN-ANHALT IM KRIEG**



## 3.1 Proteste gegen den Krieg in Halle-Merseburg

„Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges änderte sich auch in Sachsen-Anhalt [...] die Lebenslage der Menschen grundlegend und schlagartig.“<sup>74</sup> Die Arbeitslosigkeit war bereits durch die Wirtschaftskrise im Sommer 1913 stark angestiegen und schoss durch die Mobilmachung und Umstellung auf die Kriegswirtschaft weiter in die Höhe. Das Wirtschaftsleben war in den ersten drei Kriegsmonaten teilweise lahmgelegt worden. Für Arbeitslose gab es in den ersten Wochen des Krieges keinerlei staatliche Unterstützung. „Die Verteuerung fast aller Massenkonsumgüter und der Lebensmittel, deren Verknappung bald um Schwarzmarkthandel und zu entsprechenden Überpreisen führte, belastete die Arbeiterfamilien besonders schwer.“<sup>75</sup>

Der Weltkrieg bedeutete für die sozialdemokratischen Parteistrukturen in Halle-Merseburg, wie oben beschrieben, zunächst eine massive Ausdünnung. Es kam zu einer vermehrten Einberufung von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern. Für die Bildung einer Antikriegsopposition erwies sich dieser Umstand als äußerst erschwerend. Trotz der strukturell-organisatorischen Herausforderungen, die der Krieg mit sich brachte, formierte sich eine neue junge Führung, die mit der Politik der SPD- und Gewerkschaftsführung, dem „Burgfrieden“ und der vermeintlichen Vaterlandsverteidigung nicht einverstanden war. An ihrer Spitze stand Wilhelm Koenen. Bei ihrer Antikriegsarbeit stützten sie sich auf ein illegales Netz von Betriebsvertrauensleuten, das sie in den ersten Kriegsmonaten flächendeckend aufbaute. Allgemein nahm die Industrialisierung im Regierungsbezirk durch den Krieg massiv an Fahrt auf.<sup>76</sup> „Mehr und mehr prägte die rasche Entwicklung der chemischen und elektrochemischen Industrie und des Braunkohlebergbaus mit seinen Nebenbetrieben – wie der Teer- und Paraffinproduktion – neben der traditionell starken Metall- und Maschinenbauindustrie das

<sup>74</sup> Mende: Arbeiterschaft, S. 171.

<sup>75</sup> Ebd., S. 174.

<sup>76</sup> Klein: Zwischen Burgfrieden und Komintern, S. 181ff.

industrielle Profil des Regierungsbezirkes Merseburg.“<sup>77</sup> Der Krieg führte dazu, dass auch Frauen zunehmend in die Industrieproduktion einbezogen wurden. Gleichwohl verdienten sie nur einen Bruchteil des Lohnes ihrer männlichen Kollegen, in der chemischen Industrie waren es durchschnittlich 38,5 Prozent.<sup>78</sup> Der Krieg dauerte kaum ein halbes Jahr, da wurde im Januar 1915 die Brotkarte eingeführt. Die Rationierung von Lebensmitteln nahm ihren Lauf. Durch die Einführung der Fleischkarte im Jahr 1916 waren nun alle Lebensmittel rationiert. Ob man die zugeteilten Rationierungen auch wirklich erhielt, war nicht gewiss. Die Lebensmittelkarten garantierten eine Berechtigung, aber keinen Anspruch auf Lebensmittel. „Die Frauen und Kinder mußten stundenlang anstehen, um überhaupt eine Chance zu haben, ein Hühnerei, einen Hering, Kartoffeln oder Kohlrüben zu erhalten.“<sup>79</sup> Ein anwachsender Krankenstand und eine hohe Kindersterblichkeit waren die Folgeerscheinungen des Krieges. Doch es regte sich Protest: „Die Bevölkerung wehrte sich seit Anfang 1915 mit Versammlungen, in denen gegen den Lebensmittelwucher und die einsetzende Hungersnot protestiert wurde. Der Kohlrübenwinter 1916/1917 brachte zusätzliches Leid. Viele starben den Hungertod.“<sup>80</sup>

Der Antikriegsstreik im August 1917 war das erste große Anzeichen im Parteibeizirk, dass die herrschende Klasse den Konsens für ihren Kriegskurs zunehmend verlor. Dieser war ohnehin stets brüchig gewesen, weshalb die Behörden von Anfang an auf massive Repressionen gegen die Opposition setzten. Die Antikriegsstimmung, reichsweit befeuert durch den Kohlrübenwinter 1916/1917 und angefacht durch die Russische Februarrevolution, entlud sich in Deutschland im Sommer 1917 in Massenstreiks. Diese wurden in Halle-Merseburg durch die Betriebsvertrauensleute vorbereitet, die überwiegend in der USPD organisiert waren. Wie diese Organisationsarbeit genau funktionierte, soll anhand der Leuna-Werke illustriert werden.

Die sozialistische Agitation der Arbeiter\_innenschaft in den Leuna-Werken wurde bereits seit Baubeginn im Sommer 1916 akribisch betrieben. Wilhelm Koenen, zu dieser Zeit Redakteur beim „Volksblatt“, schreibt in seinen Erinnerungen: „Als dann Mitte August die ersten vier Baracken mitten im Feld [...] errichtet worden waren, waren auch wir schon da. Als erstes begannen wir mit der Abonnentenwerbung für das Hallische ‚Volksblatt‘, [...] in dem ich alle Leunafragen bearbeitete.“<sup>81</sup> Das „Volksblatt“ war

<sup>77</sup> Mende: Arbeiterschaft, S. 177.

<sup>78</sup> Ebd., S. 178.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> SAPMO, BArch SgY 30, Bl. 21.

das sozialdemokratische Presseorgan, welches trotz Zensur die Antikriegsbotschaften verbreitete. In den Baracken zogen regelmäßig zwei bis vier (damals noch) SPD-Mitglieder, von Bett zu Bett, um Abonnenten für das „Volksblatt“ zu werben. Mit Erfolg: Schon nach wenigen Monaten nach Beginn der Bauarbeiten konnten 1.000 Abonnent\_innen verzeichnet werden. Wenige Monate später waren es ca. 2.000. Im Sommer 1917 betrug die Belegschaft 12.000 Arbeiter\_innen. Es ist aufgrund des hohen Anteils von Abonnent\_innen davon auszugehen, „dass die Ansichten und Positionen der SPD und später der USPD, soweit es die Kriegszensur zuließ, unter der Arbeiterschaft breit bekannt waren.“<sup>82</sup>

Die im März 1917 gegründete Parteigruppe, die in den Leuna-Werken unter maßgeblicher Beteiligung von Bernard Koenen entstand, schloss sich im April 1917 direkt der USPD an. „Dieser starke, politisch bewusste Kern hatte, wie in anderen Großbetrieben Mitteldeutschlands, sofort die Schaffung eines Systems von Betriebsvertrauensleuten in allen Bauabschnitten und Abteilungen des inzwischen riesig entwickelten Betriebes begonnen.“<sup>83</sup> Schon am 16. April begann die erste politische Aktion im Betrieb als Reaktion auf die Kürzung der Brotration. Rund ein Viertel der Arbeiter\_innen verließ zeitweise den Betrieb und forderte höhere Löhne.<sup>84</sup> Die Streikbewegung, noch weit unter dem Streikniveau von Berlin und Leipzig, zeigte, dass sich eine Opposition zu formieren begann. Dieser kontinuierliche Organisationsaufbau beschränkte sich nicht allein auf die Leuna-Werke. Betriebsvertrauensleute befanden sich in 39 als kriegswichtig eingestufteten Betrieben im Regierungsbezirk und bildeten zusammen ein weit gespanntes Netzwerk, das das Fundament bildete, auf dem die revolutionären Aktionen der folgenden Zeit gedeihen konnten.

Der Protest der Leuna-Belegschaft gegen die steigenden Brotpreise war nur das Vorspiel für den Antikriegsstreik im August 1917. „Auf einer solch durchorganisierten Basis konnten wir Ende Juli zur Vorbereitung eines gemeinsamen Antikriegsstreiks der mitteldeutschen Großbetriebe übergehen. Als Bezirksvorsitzender der USPD zusammen mit unserem Parteisekretär veranstalteten wir eine Konferenz von 22 führenden Parteifunktionären, die an der Spitze der Betriebsvertrauensleute standen.“<sup>85</sup> Insgesamt 24 USPD-Funktionäre tagten illegal unter der Leitung Wilhelm Koenens im Gasthaus „Müllers Hotel“ in Halle. Darunter befanden sich ausschließlich männliche Vertreter aus weiten Teilen des Regierungsbezirks, d.h. konkret aus Halle,

<sup>82</sup> Streichhahn: Ein vergessener Revolutionär, S. 92.

<sup>83</sup> SAPMO, BArch SgY 30 Bl. 24.

<sup>84</sup> Ebd., Bl. 25 f.

<sup>85</sup> SAPMO, BArch SgY 30, Bl. 26 f.

Merseburg–Leuna, Mansfeld, Bitterfeld und Wittenberg, die verschiedene Industriebereiche repräsentierten.<sup>86</sup> Die Versammlung fasste schließlich den Beschluss zur Durchführung eines Antikriegsstreiks: „Hier wußten wir, daß infolge der bereits in den vorherigen Kriegsjahren geschaffenen Betriebsvertrauensleute jeder erschienene Genosse wirklich verantwortlich für die Gesamtbelegschaft sprechen und entscheiden konnte. So wurde in dieser Konferenz der Beschluß für den gemeinsamen Antikriegsstreik der mitteldeutschen Großbetriebe für den 15. August aus Anlaß der Kürzungen der Fleischrationen einmütig gefaßt.“<sup>87</sup> Der Ablauf sollte sich wie folgt vollziehen: Einige halleische Traditionsbetriebe sollten die Arbeit am Morgen niederlegen, woraufhin sich der Streik bis zu einem deutschlandweiten Generalstreik zur Beendigung des Krieges ausweiten sollte.

„Nach unserem Plan fing dieser Antikriegsstreik in Halle in den Metallbetrieben an“, so Wilhelm Koenen. „Daraufhin begannen auf ein Zeichen unseres Vertrauensmannes aus dem Werk dann die Bauarbeiter in Leuna von den Gerüsten zu klettern. Es war ein eindrucksvolles Bild: Plötzlich, für die Werkleitung und Polizei völlig überraschend, belebten sich die Gerüste. Überall kletterten und kletterten die Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer herunter, strömten die Metall- und Chemiearbeiter aus den Toren und ein riesiger Demonstrationzug der 12.000 marschierte in Richtung Merseburg.“<sup>88</sup>

Vordergründig drehte sich der Streik um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen. Die Betriebsvertrauensleute um Wilhelm Koenen waren jedoch darum bemüht, den „Antikriegsgedanken“ in das Zentrum des Streiks zu rücken und damit den wirtschaftlichen mit dem politischen Streik zu verzahnen. Auf dem Demonstrationzug wurden daher auf Zetteln Antikriegsbotschaften verteilt. Wie effektiv das Konzept der Betriebsvertrauensleute war, zeigt ein Bericht des Regierungspräsidenten Wolf von Gersdorff, der am 15. August nach Berlin schrieb:

„Eure Exzellenz beehre ich mich in Verfolg meiner Telegramme gehorsamst zu berichten, daß die Streikbewegung im hiesigen Bezirke zweifellos noch im Zunehmen begriffen ist. Gestern war die Arbeiterschaft, wie die Nachrichten aller beteiligten Behörden übereinstimmend ergaben, noch vollständig ruhig.“<sup>89</sup> Die Namen der Agitatoren waren trotz Nachforschungen „leider bisher geheim geblieben“.<sup>90</sup>

86 SAPMO, BArch NL 74 230, Bl. 28.

87 SAPMO, BArch SgY 30, Bl. 27.

88 Naumann, Wilhelm Koenen, S. 22.

89 Ebd., S. 23.

90 Ebd.

Nachdem einige der wirtschaftlichen Forderungen erfüllt worden waren, wurde der Streik am 18. August 1917 geschlossen abgebrochen. Es handelte sich um den ersten und größten Antikriegsstreik im Regierungsbezirk Merseburg. Gewiss, das Ziel der Auslösung eines Generalstreiks wurde bei weitem nicht erreicht. Doch es war ein wichtiges Zeichen des Aufbegehrens.

## 3.2 Proteste gegen den Krieg in Magdeburg

Der erste größere Streik während des Weltkrieges wurde in Magdeburg von Jugendlichen getragen. Wie an vielen anderen Orten im deutschen Reich löste der geplante „Sparzwang“<sup>91</sup> für Jugendliche im Mai 1916 eine Revolte aus. Zunächst legten am 27. Mai 1916 rund 50 Jugendliche, alle unter 18 Jahren, die Arbeit in der neuen Polteschen Patronenfabrik nieder. Gefordert wurde die Aussetzung des Erlasses des stellvertretenden Generalkommandos. Am Tag darauf wurde der Streik fortgesetzt und gegen Abend zogen etwa 150 Jugendliche von der Firma in Sudenburg, einem sozialdemokratisch geprägten Stadtteil Magdeburgs, Richtung Norden durch die Stadt. Die Polizei verhaftete drei Siebzehnjährige, die sie als Rädelführer identifizierte. Daraufhin kam es zu Angriffen auf das 6. Polizeirevier, in das die drei Verhafteten gebracht worden waren. Mit dem Einsatz von berittenen Schutzmännern brachten die Beamten die Lage wieder unter Kontrolle, was die Jugendlichen nicht daran hinderte, sich am folgenden Abend erneut zu versammeln. 2000 bis 3000 Demonstrierende sollen es am Ende gewesen sein. Der Einsatz des Militärs, Verhaftungen, sowie weitere Restriktionen zum Verhalten im öffentlichen Raum beendeten die Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen in

<sup>91</sup> Der Krieg verschärfte die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter\_innenschaft. Es kam zu längeren Arbeitszeiten und vor allem in der Rüstungsproduktion zu vermehrten Arbeitsunfällen sowie Gesundheitsschäden. Gleichzeitig stiegen die Löhne nominell, d.h. ohne Inflationsbereinigung, um mehr als das Doppelte bis 1918. Jugendliche Arbeiter\_innen, die zunehmend in der Produktion eingesetzt wurden, verfügten über ein steigendes Geldeinkommen, was als moralisches Krisensymptom der Kriegsgesellschaft betrachtet wurde. Die Behörden erließen daher einen sogenannten „Sparzwang“ für Jugendliche, um das „Krankheitssymptom“ zu bekämpfen. Darauf reagierten Jugendliche in verschiedenen Städten mit Streiks und Unruhen, die mitunter erfolgreich waren.

den folgenden Tagen nach und nach. Allerdings hatte das stellvertretende Generalkommando den Erlass zum „Sparzwang“ der Jugendlichen inzwischen zurückgenommen. Drei Tage lang dauerte der Protest der Jugendlichen, an dessen Ende insgesamt 31 Jugendliche angeklagt wurden.<sup>92</sup> „Der erfolgreiche Streik der jungen Arbeiter hatte eine unübersehbare politische Stoßrichtung erhalten, da damit eine staatliche Anordnung außer Kraft gesetzt worden war. Nicht nur deshalb hatte der Streik eine ermunternde Wirkung auf anstehende Arbeitskämpfe und Auseinandersetzungen mit dem Staat und dem Militär.“<sup>93</sup>

Die Frage, welches Ziel der Krieg eigentlich noch verfolgte, beschäftigte im Laufe des Jahres 1916 zunehmend die Öffentlichkeit. Die Magdeburger Sozialdemokratie organisierte am 25. August 1916 eine Kundgebung unter dem Titel „Das Volk und der Friede“<sup>94</sup>. „Tausende und aber Tausende strömten schon in früher Stunde dem Versammlungsort zu, und bereits dreiviertel Stunden vor Beginn mussten die Zugänge abgesperrt werden, und Tausende fanden keinen Einlass mehr!“<sup>95</sup> Die Veranstaltung durfte nur unter der Bedingung stattfinden, dass es keine Diskussion dort geben würde. Paul Bader (1865–1945), damaliger Chefredakteur der „Volksstimme“, hielt eine Rede und zum Abschluss wurde folgende Resolution einstimmig verabschiedet:

„Die Versammelten fordern, daß der Krieg, der seit mehr als zwei Jahren Europa verwüstet und allen beteiligten Ländern ungeheure Opfer an Gut und Blut auferlegt, so bald als möglich ein Ende bereitet wird. Unter Ablehnung aller Eroberungspläne, die nicht nur den Krieg verlängern, sondern auch den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, fordern die Versammelten von den verbündeten Regierungen, daß sie sich zum Abschluß eines Friedens bereit erklären, das dem Reiche 1. seine politische Unabhängigkeit, 2. seine territoriale Unversehrtheit, 3. seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet.“<sup>96</sup>

Diese kriegskritische Resolution führte jedoch nicht dazu, das die Parteiführung die Politik des Burgfriedens revidiert hätte. Es blieb eine rhetorische Absichtserklärung. Der Krieg ging ungestört weiter. Es war der „Kohlrübenwinter“ der die soziale Lage in Magdeburg, wie im gesamten Kaiserreich, weiter zuspitzte und die Kriegsmüdigkeit noch weiter erhöhte. Der Regierungspräsident betonte

92 Asmus: Quellensammlung, S. 22.

93 Tüllner: Zusammenbruch, S. 313.

94 Volksstimme vom 25.08.1916.

95 Volksstimme vom 27.08.1919.

96 Ebd.

in einem Bericht vom Januar 1917 an das stellvertretende Generalkommando die angespannte Lage in der Arbeiter\_innenschaft: „Zum Schluß muss auf die in der letzten Zeit wiederholt zutage getretene höchst bedenkliche Haltung der Arbeiter in den Magdeburger Fabriken, insbesondere den Munitionsfabriken, hingewiesen werden. Die Beschwerden werden stets sofort mit der Drohung bekräftigt, die Arbeit einzustellen. [...] Bezeichnend ist ferner, daß die Beschwerden oft ihren Grund nur darin finden, daß angeblich in anderen Fabriken die Arbeiter in der Ernährung besser gestellt seien. [...] Äußerst bedenklich ist aber, daß die Arbeiter ihre demzufolge unberechtigten Ansprüche geltend machen unter Androhung eines Streiks. Wenn diesen unberechtigten und in dieser schweren Zeit der Not höchst bedauerlichen Bestrebungen nicht schon jetzt mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird, so stehen allerdings schwere Unruhen zu befürchten.“<sup>97</sup>

Das Streikjahr 1917 leiteten Mitte Januar die Magdeburger Straßenbahnschaffnerinnen ein. Sie wehrten sich gegen eine geplante Arbeitszeitverlängerung. „Die Fahrgäste, die selbst beobachten konnten, welch schweres Los die Schaffnerinnen haben, waren zumeist sehr damit einverstanden, als heute morgen die Schaffnerinnen die Wagen verließen“<sup>98</sup>. Berichtete die „Volksstimme“. Der Streik konnte nach nur einem Tag erfolgreich beendet werden. Die Lebensmittelengpässe verschärften sich im Frühjahr 1917 rapide. Es wurde publik, dass die Getreidevorräte nicht ausreichen, weshalb die Brotrationen zum 15. April erneut herabgesetzt werden sollten. Gleichzeitig wurde angekündigt, die Feiertagsarbeit in der Rüstungsindustrie einzuführen, was zu einer Reihe von kleineren Demonstrationen und Streiks führte, die auch im Zeichen der russischen Februarrevolution standen. „Am 28. März 1917, einem Mittwoch, gab es bereits nachmittags in der Stadt Gerüchte über bevorstehende Unruhen und beabsichtigte Demonstrationen wegen der Herabsetzung der Brotrationen.“<sup>99</sup> Führende SPD-Politiker aus Magdeburg versuchten, das zu verhindern, da sie weiterhin unbeirrt an der Burgfriedenspolitik festhielten. So tat sich insbesondere der SPD-Stadtrat und spätere Oberbürgermeister Hermann Beims (1863–1931) darin hervor, die Arbeiter\_innen in den Betrieben von ihrem Streikvorhaben abzubringen. Zwar kamen am Abend mehrere Hundert Leute auf dem Alten Markt zusammen und demolierten im folgenden Verlauf einige Schaufenster, doch die Lage beruhigte sich schnell wieder.

<sup>97</sup> LHASA, MD, C 28 I f. Nr. 2266 Bd. 1, Bl. 310–315 zitiert nach Skirlo: Antikriegsbewegung, S. 264f.

<sup>98</sup> Volksstimme Nr. 12 vom 16. Januar 1917.

<sup>99</sup> Skirlo: Antikriegsbewegung, S. 265

Eine größere Streikwelle traf Magdeburg um Ostern 1917. Rund 20.000 Arbeiter\_innen aus verschiedenen Rüstungsbetrieben, darunter die Krupp-Gruson-Werke, Schäffer & Budenberg, Polte und die Buckauer Maschinenfabrik, traten in den Streik. Grundlegend angetrieben war der Streik sicherlich aufgrund der neuerlichen Lebensmittelrationierungen. Doch auch der Einfluss revolutionärer Arbeiter\_innen nahm zu. So wurden in Abteilungen des Krupp-Gruson-Werkes Flugblätter der Spartakusgruppe verteilt. Der kommandierende General Lyncker kam daher zu der Einschätzung: „Die in letzter Zeit vorgekommenen Streiks sind nach zuverlässigen Mitteilungen auf Machenschaften des radikalen linken Flügels der sozialdemokratischen Partei zurückzuführen. Gegen solche Machenschaften muß mit aller Strenge schnell, aber mit besonderer Vorsicht eingeschritten werden.“<sup>100</sup>

Insgesamt verlief der Streik jedoch in ruhigen Bahnen, da es den Führern der MSPD gelang, die Bewegung frühzeitig einzuhegen und unter Kontrolle zu bringen. Kurz nach Ostern wurde der Streik abgebrochen, nachdem die Garantie für eine Beteiligung an den Nachprüfungsausschüssen für die Lebensmittelvorräte gegeben wurde. Die Bedeutung der Sozialdemokratie für diesen glimpflichen Verlauf ist nicht zu unterschätzen, wie auch das stellvertretende Generalkommando in seinem Bericht von Mitte Juli festhielt: „Im Großen und Ganzen hat in der letzten Zeit das Verhalten der Sozialdemokratie in diesen Bezirken keinen Anlaß zum Einschreiten gegeben. [...] Auch in Magdeburg sind Sozialdemokraten in der Lebensmittelverteilung mit großem Eifer tätig und tragen viel zur Aufklärung und Beruhigung bei.“<sup>101</sup>

Das stellvertretende Generalkommando war durchaus bereit, sich für diese Zusammenarbeit erkenntlich zu zeigen. So unterstützte sie die „Volksstimme“ bei der Gründung einer Ausgabe für Halle mit dem Ziel, den Einfluss des „Volksblattes“ zu beschränken.<sup>102</sup> Auch personell rückte die gewünschte „Integration“ in das Kaiserreich immer näher. So war August Müller (1873–1946), führender Redakteur der „Volksstimme“, als erster Sozialdemokrat ab Mai 1916 in einer der obersten Reichsbehörden, dem Kriegsernährungsamt, beschäftigt. Im Laufe des Jahres 1917 wurde er dort zum Unterstaatssekretär ernannt.<sup>103</sup>

Die im April 1917 auch in Magdeburg gegründete USPD gewann 1918 vor allem durch Alwin Brandes deutlich an Einfluss unter der

<sup>100</sup> LHASA, MD, C 28 I a, Nr. 845, Bd. 14, Bl. 14–17 zitiert nach Skirlo: Antikriegsbewegung, S. 266.

<sup>101</sup> Ebd.

<sup>102</sup> Asmus: Quellensammlung, S. 108.

<sup>103</sup> Ebd., S. 12.



Industriearbeiter\_innenschaft. Das Jahr 1918 wurde in Deutschland mit den größten Massenstreiks des Krieges eingeleitet, deren Schwerpunkt der Munitionsarbeiterstreik in Berlin darstellte. Auf Initiative Brandes' der am 28. Januar 1918 eine Versammlung mit rund 250 Industriearbeiter\_innen einberief, wurde ein am Folgetag beginnender zweitägiger Streik beschlossen.<sup>104</sup> Die Mehrheitssozialdemokratie beeilte sich, sich in der „Volksstimme“ schleunigst von dem Streik zu distanzieren: „Die auf einen Streik hindrängende Bewegung ist nicht durch die Organisation der sozialdemokratischen Partei veranlaßt. Die Partei lehnt daher jede Verantwortung für die Bewegung und ihre Folgen ab.“<sup>105</sup> Insgesamt traten rund 26.000 Arbeiter\_innen in den Ausstand.<sup>106</sup> Am Abend des ersten Streiktages schlossen sich die „Vertrauenspersonen“ der Streikenden den Forderungen der Berliner Arbeiter\_innen an. Die wichtigsten Forderungen waren die nach einem sofortigen Friedensschluss ohne Annexionen, ausreichende Nahrungsversorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes, Amnestie für politische Häftlinge, eine umfassende Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, sowie das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen. Am Mittwoch versammelten sich die Streikenden auf dem alten Markt. Ein zu ihnen sprechender USPD-Politiker wurde kurzzeitig festgenommen. Die Behörden drohten indes mit der militärischen Verwaltung der streikenden Betriebe sowie einer Ausweitung der Einziehung von Wehrpflichtigen zum Heeresdienst. Der Streik wurde daraufhin um einen Tag verlängert, aber schließlich auf Vorschlag Brandes' auf einer Versammlung bei lediglich drei Gegenstimmen fast einhellig abgebrochen.<sup>107</sup> Der Regierungspräsident zeigte sich in seinem Bericht an den Kaiser aufgrund des politischen Charakters des Streiks zunehmend nervös: „[...] unrichtig ist es, von einem Hungerstreik zu reden, denn die Ernährungsfragen haben nachweislich eine Rolle bei diesem Ausstande nicht gespielt. Der eigentliche Zweck seitens der unabhängigen Sozialdemokraten war ausschließlich der, eine Machtprobe zu veranstalten, einmal gegenüber der Staatsgewalt, inwieweit dies sich bei der Wichtigkeit der Aufrechterhaltung der Betriebe in Abhängigkeit von der Arbeiterschaft fühlen würden, und zweitens gegenüber der alten Sozialdemokratie, ob diese nicht angesichts einer solchen Bewegung in der Arbeiterschaft den Mut finden würde, sich auf die vaterländische Seite zu stellen, auf die Gefahr hin, ihren Einfluß auf die Arbeitermengen einzubüßen. Leider hat

104 Skirlo: Antikriegsbewegung, S. 268.

105 Volksstimme Nr. 24 vom 29. Januar 1918.

106 Matthias: Quellensammlung, S. 5.

107 Skirlo: Antikriegsbewegung, S. 270.

sie sich in dieser letzten Erwartung nicht getäuscht, die Haltung der alten Sozialdemokratie war äußerst zweideutig. Sie erklärte zwar den Ausstand nicht zu wollen, sobald er aber ausgebrochen war, drängten sich ihre Männer an die Streikleitung heran, angeblich um die Bewegung in der Hand zu behalten, tatsächlich aber, wie aus ihrer Haltung in Wort und Presse unzweideutig hervorging, um den Unabhängigen nicht allein das Feld zu überlassen, wenn der Streik einen Erfolg haben sollte, selbst an dem etwa erreichten Vorteile mit teilzunehmen und auch als Väter der Bewegung den Dank der Masse für sich in Anspruch zu nehmen. [...] Nunmehr, nach diesem glänzendem Mißerfolg des Ausstandes, rückte auch wieder die alte Sozialdemokratie, ganz entgegen ihren gegebenen Erklärungen, sichtlich von der Ausstandsbewegung ab.“<sup>108</sup>

Im Frühjahr verschärfte sich die Agitation gegen den Krieg, nachdem Forderungen nach einer Revolution erhoben wurden, sowie nach der Einrichtung von Arbeiter- und Soldatenräten, wie es die Russische Revolution vorgemacht hatte.<sup>109</sup> Die Parlamentsreform im Oktober 1918 brachte die MSPD bereits vor der Novemberrevolution in die nationale Regierung. In Magdeburg mobilisierte die MSPD ihre Mitglieder zu einer Versammlung. Dort sprach der Reichstagsabgeordnete und spätere Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell (1869–1962) am 30. Oktober im Gasthaus „Zur Reichskrone“ zu den aktuellen Friedensaussichten.

<sup>108</sup> LHASA, MD, C 20 I b, Nr. 833, Bd. 6, Bl. 373ff. zitiert nach Skirlo: Antikriegsbewegung, S. 270f.

<sup>109</sup> Vincent Streichhahn: Die revolutionäre deutsche Linke und der Kometenschweif der russischen Oktoberrevolution, in: Arbeit-Bewegung-Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, Heft 2/19, Berlin 2019, S. 65–80.



# **DIE REVOLUTION IN MAGDEBURG**

## 4.1 Die Novemberrevolution

Die führende Rolle der Mehrheitssozialdemokratie in der Stadtpolitik ließ nicht bis zur Novemberrevolution auf sich warten, sondern erfolgte bereits im Kontext der reichsweiten Oktoberreform, die die MSPD in die Reichsregierung brachte. In Magdeburg wurde unter anderem die Zusammensetzung der Stadträte verändert, die sich fortan nach der Fraktionsstärke in der Stadtverordnetenversammlung bestimmte. „Das bedeutete eine gewisse Demokratisierung und führte dazu, dass die Sozialdemokraten neben Hermann Beims zwei weitere unbesoldete Stadträte stellen konnten.“<sup>110</sup> An einer Kommission zu Zwecken der Demobilisierung waren sowohl die MSPD als auch die Gewerkschaften mit Vertretern beteiligt. Der Krieg war jedoch noch nicht vorüber.

An einer Friedenskundgebung am 3. November auf der Rotehorn-Insel nahmen laut „Volksstimme“ etwa 50.000 Menschen teil.<sup>111</sup> „Organisiert und geleitet wurde diese Kundgebung von der MSPD und der USPD gemeinsam. Es handelte sich um die größte Kundgebung der Magdeburger Arbeiterbewegung, die bis dahin stattfand.“<sup>112</sup> In der Volksstimme wurde zwei Tage später berichtet:

„Mit aller Schärfe wendet sich das deutsche Volk gegen die Kriegstreiber, die sich der Beendigung des wahnwitzigen Blutvergießens entgegenstemmen, und gegen die reaktionären Dunkelmänner, die wieder hintertreiben wollen, was an Erweiterung der Volksrechte eingeleitet worden ist. [...] Die Zeit ist angebrochen, da die Demokratie auch in Deutschland für alle Zukunft verankert werden muß.“<sup>113</sup>

Am selben Tag tagten rund 5.000 Anhänger\_innen der USPD im Walthalla-Theater und forderten in einer dort verabschiedeten Resolution die Errichtung einer Arbeiter-Republik in Deutschland. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der Novemberrevolution wurde deutlich, so Martin Gohlke, dass beide Arbeiter\_innenparteien sich zwar bei der zentralen Parole – „Ohne Demokratie kein Frieden“ – einig gewesen seien, doch von dieser

110 Tullner: Zusammenbruch, S. 316.

111 Skirlo: Antikriegsbewegung, S. 271.

112 Tullner: Zusammenbruch, S. 316.

113 Volksstimme, 5. 11. 1918, S. 1.

Forderung ein sehr unterschiedliches Verständnis gehabt hätten.<sup>114</sup> „[D]as neue Deutschland der Demokratie und Freiheit“<sup>115</sup> wollte die MSPD-Führung unbedingt mit friedlichen Mitteln und auf parlamentarischen Wege erreichen. Mit der eindrucksvollen Erhebung sei das wichtigste bereits erreicht. Die USPD wollte die Revolution hingegen weiter treiben, um die Erfolge zu sichern.

Die MSPD-Führung war daher darum bemüht, den Einfluss der radikalen Kräfte in Form der USPD und der Führungsfigur Brandes zu beschränken. Die Mehrheitssozialdemokratie setzte in Magdeburg auf eine Strategie der „randständigen Integration“. Die USPD-Führung wurde teilweise mit Positionen betraut, ohne einen entscheidenden Einfluss nehmen zu können. So wurde Albert Vater vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Beigeordneten des Polizeipräsidenten ernannt. Der weiterhin durch kaiserliche Sympathie geprägte Magistrat war über das Aufbegehren der Massen dermaßen entsetzt, dass die Stadtverwaltung im Geheimen Unterdrückungsmaßnahmen durch das Militär vorbereitete, die jedoch nicht zur Anwendung kamen.<sup>116</sup>

Vier Tage nach der eindrucksvollen Friedenskundgebung, am 8. November, schwappte eine Welle der Empörung durch die Stadt, da die alten Militärorgane die heimkehrenden Matrosen am Hauptbahnhof einer Kontrolle unterzogen. Dabei wurde ein Matrose erschossen, weil er sich der Kontrolle durch die Behörden verweigerte.<sup>117</sup> Bereits am nächsten Morgen, die Nachricht der Revolution hatte sich in Magdeburg per Zeitung in der ganzen Stadt verbreitet, zogen Soldaten der Encke-Kaserne in Sudenburg und Arbeiter\_innen der Fabriken in Buckau durch die Stadt.<sup>118</sup> Die Gewerkschaften riefen indes zum Generalstreik auf. „Die vormittäglichen Ereignisse waren von einer bestimmten Spontaneität geprägt. Es wurden Häftlinge befreit, Offiziere entwaffnet und teilweise gefangengenommen, Gebäude besetzt und auch geplündert. Ein Soldat wurde dabei von dem wütenden Besitzer eines angegriffenen Geschäftes erschossen.“<sup>119</sup>

Damit hatten die Behörden in Magdeburg nicht gerechnet. Nahezu handlungsunfähig überließen die staatlichen Behörden der Sozialdemokratie das Ruder. Auf Initiative der beiden Arbeiterparteien kamen am Nachmittag des 8. November bis zu 50.000 Demonstrierende auf dem Domplatz

114 Gohlke, Die Räte in der Revolution. S 49.

115 Volksstimme vom 5. November 1918.

116 Tullner: Zusammenbruch, S. 317.

117 Matthias: Quellensammlung, S. 8.

118 Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 86ff.

119 Tullner: Zusammenbruch: S. 318.

zusammen und feierten den Sieg der „neuen Zeit“.<sup>120</sup> Als Magdeburger Bevollmächtigter des Deutschen Metallverbandes durfte Brandes als erster zu den Massen auf dem Domplatz sprechen: „Heute ist ein Feiertag für Magdeburg! Das alte Regiment ist gestürzt. Das Regiment, unter dem die Bevölkerung viel zu leiden hatte. An seine Stelle tritt ein neues Regime, das Befreiung von jeder Knechtschaft auf seine Fahne geschrieben hat.“<sup>121</sup> Die Revolution sollte sich durch die Arbeiter- und Soldatenräte endgültig durchsetzen. Ernst Wittmaack (1878–1942) hingegen rief als MSPD-Redner auf dem Domplatz zur Ruhe auf und forderte die Sicherheit des Eigentums sowie die Entwaffnung von Zivilisten.<sup>122</sup>

Die weitgehend ratlosen Behörden versuchten, zumindest einen gewissen Einfluss zu nehmen und nutzten ihre Kontakte zur MSPD, wie der Magdeburger Polizeipräsident Kurt von Alten (1864–1927) in einem Bericht an den Oberpräsidenten des Regierungsbezirkes mitteilte: „Die sozialdemokratische Parteileitung, die ich sofort benachrichtigt hatte, versuchte die Leute zur Ruhe zu ermahnen [...]. Von den Rednern wurde wiederum, ebenso gemäß Verabredung durch Handzettel, zur Besonnenheit aufgefordert.“<sup>123</sup>

Doch die revolutionäre Dynamik war zu diesem Zeitpunkt auch in Magdeburg schwer zu bremsen. So schnell wie möglich sollte auf Grundlage von 15 Forderungen, die der „Ausschuss zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates“ erarbeitet hatte, mit dem Generalkommando verhandelt werden. Auf der Kundgebung auf dem Domplatz wurde übergangsweise ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat anerkannt. Wittmaack (MSPD), Brandes (USPD) und ein soldatischer Vertreter bildeten dessen Führung. Eine zentrale Rolle spielte auch Beims, der als „unbestrittene Integrationsfigur“<sup>124</sup> galt. Er genoss das Vertrauen der Arbeiter\_innen und zog die Hoffnung des Bürgertums nach einer „sanften Novemberrevolution“ auf sich.

Die 2019 erschienene politische Biographie zu Alwin Brandes scheint die Ausführungen Tullners über Beims als „unbestrittene Integrationsfigur“ zu relativieren. Siegfried Mielke und Stefan Heinz betonen Brandes integratives Handeln, da er es verstanden habe, „sowohl die Interessen der gemäßigeren Kräfte zu berücksichtigen als auch auf die radikaleren Kräfte der revolutionären Bewegung Einfluss zu nehmen.“<sup>125</sup>

120 Tullner: *Modernisierung*, S. 729.

121 Alwin Brandes, 8. II. 1918, zit. nach: *Volksstimme*, 10. II. 1918, S. 2.

122 Matthias: *Quellensammlung*, S. 9.

123 Zitiert nach ebd., S. 45.

124 Tullner: *Zusammenbruch*: S. 319.

125 Mielke/Heinz: *Alwin Brandes*, S. 90.

Dem späteren Oberbürgermeister Beims attestieren sie im Fortlauf der Revolution ein zunehmend ablehnendes Verhältnis zur radikalen Linken. Der Übergang vom Kaiserreich vollzog sich in den kommenden Tagen ohne Streiks und Unruhen. Eine Bürgerwehr wurde aufgestellt, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Bildung des Exekutivausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates wurde auf einem Treffen der Vertrauensleute im Wahalle-Theater am 10. November vollzogen. Das taktische Gespür von Brandes wird ersichtlich, wenn wir uns sein Agieren auf dem besagten Treffen anschauen. „Brandes übernahm bei der Sitzung eine defensive, vor allem aber vermittelnde Rolle zwischen radikaleren Vertretern der USPD wie Albert Vater und den Mehrheitssozialdemokraten um Ernst Wittmaack und Hermann Beims.“<sup>126</sup> Er setzte sich dafür ein, dass alle an der Revolution beteiligten und relevanten Organisationen Vertreter\_innen in den Exekutivausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates entsenden dürfen. Aufgrund der starken Dominanz der MSPD in Magdeburg wäre ohne dieses Proporzsystem nicht gewiss gewesen, dass alle Teile der Arbeiterbewegung im Rat vertreten sind. Brandes machte daher folgenden Wahlvorschlag, dem die Versammlung folgte:

„Gebildet werden soll nun ein Exekutiv-Ausschuß in Stärke von acht Personen. Es sollen in diesen Ausschuß delegieren: die alte sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratie, das Gewerkschaftskartell, der Soldatenrat je zwei Personen. Der Soldatenrat ist schon gebildet und besteht aus 80 Delegierten. [...] Der Arbeiterrat wird in folgender Weise gebildet: Je 250 Personen wählen einen Delegierten. Kleinere Betriebe und kleinere Berufe werden zusammengelegt. Die Angestellten und Beamten wählen nach gleichen Bedingungen.“<sup>127</sup>

Der Exekutivausschuss des Magdeburger Arbeiter- und Soldatenrates bestand aus den beiden MSPD-Vertretern Beims und Wittmaack sowie den USPD-Politikern Brandes und Vater. Die Gewerkschaften delegierten die Hauptamtlichen Otto Flügge (USPD) und Wilhelm Haupt (SPD) und der Soldatenrat entsendete den Unteroffizier Willi Inspektorek (USPD) und den Gefreiten Otto Wernicke. Wittmaack und Brandes wurden zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Exekutivausschusses bestimmt.<sup>128</sup> Der Rat wurde schnell tätig: „Zu den ersten Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrates gehörte die Einführung des Achtstundentages im Arbeitsleben. Der Generalstreik wurde beendet, obwohl das auf Widerstand einiger

<sup>126</sup> Ebd., S. 94.

<sup>127</sup> Alwin Brandes, 10. 11. 1918, zit. nach: Volksstimme, 12. 11. 1918, S. 4.

<sup>128</sup> Gohlke, Die Räte in der Revolution, S. 57 f.

USPD-Vertreter traf, die den Streik bis zur Umstellung der Rüstungsbetriebe auf Friedensproduktion ausdehnen wollten.“<sup>129</sup>

Auch bürgerliche Vertreter\_innen versuchten Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen und begannen deshalb sehr bald, eigene Räte zu bilden. Auf Initiative des Ortsvereins der Nationalliberalen Partei gründete sich am 13. November ein Bürgerrat. „Vor allem unter dem Einfluss der Linksliberalen erkannte der Bürgerrat die Exekutivgewalt des Arbeiter- und Soldatenrates an, dessen Verbündeter der Bürgerrat damit blieb. Vorsitzender des Bürgerrates war der Kaufmann Carl Miller (1860–1930). Der Bürgerrat konnte schließlich sogar Vertreter in den ‚Großen Arbeiter- und Soldatenrat‘ entsenden.“<sup>130</sup> Der Forderung des „Bürgerrats“, mindestens zwei Sitze im Exekutivausschuss für sich zu beanspruchen, widersprachen allerdings USPD- und MSPD-Vertreter.<sup>131</sup>

In Magdeburg kam es am 20./21. November 1918 zur Gründung eines „Frauenrates“, der sich aus den Vorsitzenden von 36 bürgerlichen Frauenvereinen konstituierte. Das Frauenwahlrecht wurde wohlwollend diskutiert, genauso wie über eine Reform des Ehegesetzes und die Einführung des Achtstundentages für Dienstmädchen. Die in dem Rat organisierten Frauen nahmen jedoch davon Abstand, die Entsendung von Delegierten in die Vollversammlung der Magdeburger Arbeiter- und Soldatenräte zu fordern. Stattdessen begnügte sich der Frauenrat damit, dem Exekutivausschuss in einem Gespräch den Willen zur Mitarbeit zu signalisieren. „Eine Unterstützung der nichtsozialdemokratischen Frauen war ihm [dem Exekutivausschuss, Anm. VS] aber wichtig, und so gestand er dem Frauenrat eine Mitarbeit in der Form zu, daß er ihm die Gründung eines sogenannten Sachverständigenausschusses zubilligte, der den Exekutiv-ausschuß bei Frauenfragen beraten sollte.“<sup>132</sup>

Die Magdeburger Frauenbewegung beschränkte sich keineswegs auf den „Frauenrat“, der im Grunde nur einen kleinen Teil der politisierten Frauen ansprach. Der viel größere Teil der Frauenbewegung kam und diskutierte zusammen auf den Frauenversammlungen der SPD und USPD. „Dort war eine sozialdemokratische Mitarbeit im Frauenrat kein Thema, da der Frauenrat seinen Charakter als ein Zusammenschluß nicht sozialdemokratischer Frauen unzweideutig erklärt hatte. Ein eigener Frauenrat stand ebenfalls nicht zur Debatte.“<sup>133</sup> Eine SPD-Frauenversammlung aus

129 Ebd., S. 320.

130 Ebd., S. 321.

131 Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 96.

132 Gohlke: Die Räte in der Revolution, S. 80.

133 Ebd., S. 81.



mehreren hundert Teilnehmer\_innen forderte Ende November 1918, dass Frauen bei Gremienwahlen auf der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates das Recht auf eine Kandidatur haben sollten. Die Forderung scheint nicht selbstverständlich gewesen zu sein. Auf der Vollversammlung wurde diese gar nicht erst debattiert.<sup>134</sup>

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung wurden von der Novemberrevolution zunächst kaum berührt. Der Exekutivausschuss stand dadurch vor der Aufgabe, zunächst „seine Macht und Legitimität zu erhöhen und die alten Strukturen zu demokratisieren – zumal Mitglieder des Exekutivausschusses wie Hermann Beims, Ernst Wittmaack und nicht zuletzt Alwin Brandes ohnehin seit Jahren in der Stadtverordnetenversammlung tätig waren.“<sup>135</sup> Die städtischen Institutionen wurden selbst nicht in Frage gestellt. Brandes war sich seines begrenzten Handlungsspielraums aber durchaus bewusst und setzte deshalb auf einen langsamen Prozess der Umwandlung anachronistischer Strukturen.<sup>136</sup>

In der folgenden Zeit wurde die Autorität und der Führungsanspruch des Arbeiter- und Soldatenrates nicht offen angezweifelt. Am 9. Dezember, eine Woche vor dem Reichsrätekongress in Berlin, fand schließlich die erste Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrates in der Magdeburger Pauluskirche statt. Als Eröffnungsredner hatte Brandes zur Vorsicht gemahnt, da die revolutionären Errungenschaften noch nicht gesichert seien:

„Das Wirtschaftsleben ist ein Trümmerhaufen. Aus Trümmern soll das Reich entstehen, das uns vorschwebt. Wir wollen das Glück, das Wohlergehen aller. Dazu bedarf es der Mitarbeit aller und unermüdlicher Aufklärung. Wenn das Mißtrauen ausartet, zerstört es letzten Endes alles wieder, was errungen ist. Wenn wir mehr erreichen wollen, müssen wir fernhalten, was unsere Arbeit stört. Wehe dem Volke, wenn es den Gegnern wieder gelingt, die politische Macht zu erringen.“<sup>137</sup>

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte seine Legitimität „bei erheblichen Teilen der Magdeburger Bevölkerung gesichert, indem der Rat – trotz aller Defizite – zuallererst eine Sicherstellung der Versorgung und die Regulierung des lokalen Arbeitsmarktes übernahm.“<sup>138</sup> Die Mehrheit der Magdeburger MSPD argumentierte für eine „Sicherung“ der Revolution, während Brandes für eine „Vertiefung“ der erreichten Erfolge plädierte.

<sup>134</sup> Zur Problematik des weitgehenden Ausschlusses von Frauen aus den Räten, den zeitgenössischen Debatten und Lösungsvorschlägen siehe: Axel Weipert: Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015, S. 329–342.

<sup>135</sup> Ebd., S. 95f.

<sup>136</sup> Gohlke: Die Räte in der Revolution, S. 62.

<sup>137</sup> Alwin Brandes, 9. 12. 1918, zit. nach: Volksstimme, 11. 12. 1918, S. 1.

<sup>138</sup> Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 100.

„Mit Alwin Brandes' tagespolitischen Überlegungen verbunden war von Ende 1918 bis Mitte 1919 die Idee einer von der Rätebewegung ausgehenden Demokratisierung der politischen und ökonomischen Institutionen. Für Brandes bedeutete dies, mithilfe der Arbeiter- und Soldatenräte eine sozialistische Perspektive anzustreben, gleich einem schrittweisen Prozess der Veränderung von Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft und Verwaltung.“<sup>139</sup> Dies weist Brandes, ähnlich wie Wilhelm Koenen in Halle-Merseburg, als Vertreter der deutschen Rätebewegung aus, die in dieser Periode bestrebt war, die Sozialisierung voranzutreiben. Anfang Dezember 1918 warb Brandes ebenfalls für die Einberufung der Nationalversammlung und stellte sich mit dieser Forderung gegen manche Vertreter\_innen des linken Flügels seiner eigenen Partei. Die Vollversammlung des Magdeburger Arbeiter- und Soldatenrates stimmte schließlich auf der Sitzung mit einer überwältigenden Mehrheit von 485 der 490 Delegierten für die Wahlen zur Nationalversammlung. Die radikalen Kritiker\_innen, daran wird Brandes vermittelndes Auftreten erneut sichtbar, mahnt er zum Vertrauen in die Arbeiter\_innenschaft:

42

„In der Frage der Nationalversammlung darf man sich weder von rechts noch von links beeinflussen lassen. Denen von links, die in der schnellen Einberufung der Konstituante eine Gefahr sehen, rufe er zu: Habt mehr Vertrauen zur Arbeiterschaft, mehr Vertrauen zur Bevölkerung! Es ist ein Fehler, daß man sich im sozialdemokratischen Lager noch streitet über die Zweckmäßigkeit der Nationalversammlung, während die bürgerlichen Parteien schon eine außerordentlich rege Werbearbeit entfalten. Die Nationalliberalen allerdings, die es vor kurzer Zeit noch abgelehnt hatten, auch nur die besonderen lokalen Verschlechterungen des Dreiklassenwahlrechts zur Stadtverordneten-Versammlung zu beseitigen, haben kein Recht, sich jetzt über Mangel an Demokratie zu beklagen. Sie haben auch kein Recht, darüber Beschwerde zu erheben, daß die Nationalversammlung nicht sofort einberufen wurde. Auf der anderen Seite haben aber auch die Arbeiter keinen Grund zu der Befürchtung, daß die Nationalversammlung den Arbeitern und Soldaten die Errungenschaften der Revolution wieder entreißen könne. Man kann der Zuversicht sein, daß die Nationalversammlung die Revolution zu ihrem sozialistischen Ziele weiterführen werde.“<sup>140</sup>

In der folgenden Zeit gab es verschiedene Vereins- und Parteigründungen, die die politische Bandbreite auch in Magdeburg parteipolitisch abbildeten.

<sup>139</sup> Ebd., S. 103.

<sup>140</sup> Alwin Brandes, 9. 12. 1918, zit. nach: Volksstimme, 11. 12. 1918, S. 2.

Auf der Gründungsversammlung der KPD zur Jahreswende nahmen fünf Vertreter aus Magdeburg teil. Eine eigene Ortsgruppe konstituierte sich in der Elbstadt jedoch erst am 19. Februar 1919.<sup>141</sup> Eine historisch fatale Gründung war die des „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ am ersten Weihnachtfeiertag 1918 in dem großen Magdeburger Gesellschaftshaus „Harmonie“. Die von der Front zurückkehrenden Soldaten erweiterten dessen Mitgliederreservoir erheblich. „Um den Fabrikanten Seldte traf sich seit November 1918 eine Anzahl von Weltkriegsteilnehmern aus seinem persönlichen Umfeld und aus Kreisen von Kriegskameraden des Magdeburger Traditionsregimentes Nr. 66, um die durch die Revolution entstandene Lage zu diskutieren und nach Wegen zu suchen, die Revolution zu bekämpfen.“<sup>142</sup> Der Stahlhelm sollte die folgenden Jahre maßgeblich zur anhaltenden Militarisierung der Gesellschaft beitragen und in Magdeburg eine führende Rolle einnehmen. In Magdeburg als traditionellem Rüstungsstandort fand der Verband dafür einen guten Nährboden. Heimkehrende Soldaten wurden von der Bevölkerung meist mit der kaiserlichen Flagge begrüßt, da konnte auch der Arbeiter- und Soldatenrat nichts ausrichten.<sup>143</sup> Bereits im Januar bot Franz Seldte (1882–1947) außerdem an, das städtische Wachregiment mit ausgebildeten Frontsoldaten zu verstärken. Seldtes Angebot wurde da noch abgelehnt.

Die soziale und wirtschaftliche Lage verschlechterte sich weiterhin. Es kam zu Massenentlassungen in den Betrieben, da die Kriegsproduktion eingestellt wurde. Die demobilisierten Soldaten drängten ebenfalls auf den Arbeitsmarkt, was zu hohen Arbeitslosenzahlen führte. Teile der Arbeiter\_innenschaft radikalisierten sich weiter, was sich auch in Spannungen zwischen den Arbeiterparteien ausdrückte. Auch die politische Situation spitzte sich mit dem Austritt der USPD-Vertreter Ende 1918 aus dem Rat der Volksbeauftragten weiter zu. Anlass war die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD), der sich weigerte, auf demonstrierende Arbeiter\_innen in der Hauptstadt schießen zu lassen.

In Magdeburg sorgte ein anderes Ereignis in der Nacht zum 30. Dezember dafür, dass sich auch in der Elbstadt das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien rapide verschlechterte. Bewaffnete Matrosen seien auf dem Weg nach Berlin, so das Kriegsministerium zu Beims, um die Reichsregierung zu stürzen.<sup>144</sup> Das Ministerium forderte den Magdeburger Exekutivausschuss auf, den Zug zu stoppen und die Matrosen zu entwaffnen. Beims ließ

141 Matthias: Quellensammlung, S. 11.

142 Tullner: Modernisierung, S. 73f.

143 Zum Magdeburger Flaggenstreit siehe: Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 101–103.

144 Gohlke, Die Räte in der Revolution, S. 88 f.

Maschinengewehre am Bahnhof platzieren, die jedoch nicht zum Einsatz kamen. Die Information war eine Falschmeldung. Dennoch kritisierte die USPD Beims Verhalten scharf. Die Bereitschaft zur Kooperation begann zunehmend zu bröckeln. Um die Massen zu beruhigen, wurde unter der Billigung von Brandes ein Märchen verbreitet. Alles sei nur ein Missverständnis gewesen. Der Konflikt konnte damit zunächst entschärft werden. „Doch das Verhältnis zwischen Brandes und Beims war einmal mehr belastet. Die zum Jahreswechsel 1918/19 neugegründete KPD und kleine Teile der USPD versuchten, Beims Verhalten zu skandalisieren und forderten dessen Rücktritt von allen Ämtern und Mandaten. Doch die Linksradi-kalen standen mit dieser Forderung isoliert da.“<sup>145</sup>

Die eindeutigen Kräfteverhältnisse wurden spätestens bei der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 offenkundig. Die MSPD erzielte mit 58,6 Prozent die absolute Mehrheit. Die liberalen Kräfte der DDP kamen auf 25,4 Prozent. Die USPD verzeichnete gerade einmal 6 Prozent der Stimmen für sich.<sup>146</sup> Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 2. März 1919, für die die „Volksstimme“ ihre Werbespalten bürgerlichen Parteien zur Verfügung stellte<sup>147</sup>, unterschied sich kaum von den Wahlergebnissen der Nationalversammlung. Erstmals waren in der Stadtverordnetenversammlung auch fünf Frauen unter den 81 Abgeordneten vertreten. Während sich die Zusammensetzung der städtischen Kammer im Vergleich zur Kaiserzeit aufgrund der Situation und des allgemeinen und geheimen Wahlrechts für beide Geschlechter stark verändert hatte, war der Magistrat ohne große Umbrüche ausgekommen. Der kaiserliche Oberbürgermeister Hermann Reimarus (1857–1920) war schließlich der erste, der zum 1. Mai 1919 seinen Rücktritt ankündigte – wohlgermerkt aus „Krankheitsgründen“.<sup>148</sup>

Magdeburg blieb von der allgemeinen Streikbewegung im Regierungsbezirk weitgehend unberührt. Es entstand aufgrund der hohen Inflation und der gesellschaftlichen Stimmung jedoch eine Bewegung für Lohn-erhöhungen. Für die Durchführung von Streiks wurden in den Betrieben jedoch häufig keine Mehrheiten erzielt und es blieb bei Verhandlungen.<sup>149</sup> Die Metallindustrie mit ihren 35.000 Beschäftigten in Magdeburg entwickelte hingegen eine zunehmende parteipolitische Bindung zur USPD, was auch an der Führungsfigur Brandes lag. Als im Februar

145 Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 111.

146 Tullner: Zusammenbruch, S. 323.

147 Matthias: Quellensammlung, S. 12.

148 Tullner: Modernisierung, S. 733.

149 Gohlke: Die Räte in der Revolution, S. 123

der Generalstreik in Halle-Merseburg ausbrach, blieb es in Magdeburg bei Sympathiestreiks, wie im „Krupp-Gruson-Werk“. Die Magdeburger USPD setzte sich jedoch nicht aktiv für den Generalstreik ein. „Sie distanzierte sich zwar nicht vom Streikgeschehen, versuchte aber ihre eigenen Anhänger unter Kontrolle zu behalten. Die Magdeburger USPD gab unter dem Einfluss der lokalen DMV-Leitung bzw. von Brandes zu verstehen, dass dieser Generalstreik derzeit nicht sinnvoll sei.“<sup>150</sup>

Die Anspannung in der Stadt führte zu gewaltsamen Konfrontationen. In der Nacht vom 3. auf den 4. Februar kam es in der Innenstadt zu Plünderungen. Matrosen und Soldaten versuchten vergeblich, Inhaftierte aus dem Gerichtsgefängnis zu befreien. Die Unruhe konnte nur durch ein gewaltsames Eingreifen des Wachregiments verhindert werden, was zu Toten und Verletzten sowie zur Ausrufung des „kleinen Belagerungszustandes“ führte.

## 4.2 Die Reaktion organisiert sich

Der Reichswehrminister Gustav Noske (MSPD) war maßgeblich daran beteiligt, der Reaktion in Magdeburg auf die Sprünge zu helfen. Bereits Ende Februar 1919 hatte er dem Stahlhelm-Führer Seldte die Vollmacht zur Gründung einer „Einwohnerwehr“ erteilt. Seldte versicherte, dass die USPD-Anhänger\_innen und Kommunist\_innen dabei seien, einen Putsch zu planen, der Aussicht auf Erfolg habe. Noske erkannte recht bald, dass diese Falschinformationen dafür bestimmt waren, ihn als Reichswehrminister zum Handeln zu zwingen und den Einfluss der linken Kräfte in den Soldatenräten zu schmälern.

Das hinderte Noske jedoch nicht daran, dem Generalkommandeur des 4. Armeekorps im März 1919 den Auftrag zu geben, eine 500-köpfige Einwohnerwehr aufzustellen. Die Soldatenräte sollten komplett herausgehalten werden, was zu einer separaten Struktur führte, die den Machtanspruch der Soldatenräte in Frage stellte. Als die Magdeburger Öffentlichkeit davon erfuhr, machte sich Entrüstung in der Arbeiter\_innenschaft breit. Die Delegiertenkonferenz der Soldatenräte des 4. Armeekorps beschlossen am

22. März 1919 einstimmig, dass man sich jede weitere Einmischung Noskes in Zukunft verbitte und seine Anweisungen in Zukunft ignorieren würde.<sup>151</sup> Auf einem Treffen am 3. April 1919 sollen sich Gustav Noske und die Magdeburger MSPD-Funktionäre darin einig gewesen sein, die Magdeburger Soldatenräte und USPD zu schwächen und die Machtfrage damit endgültig zu beantworten. Beschlossen wurde die Verhaftung von Brandes, Kegel (Vorsitzender des Garnisonssoldatenrates) und Völker (Mitglied des Zentralsoldatenrates des 4. Armeekorps). „Die Verhaftungen sollten die Offiziere ermuntern, die Kommandogewalt an sich zu reißen. In die daraus resultierende Auseinandersetzung sollte dann mit dem Einsatz von Regierungstruppen zugunsten der Offiziere eingegriffen werden.“<sup>152</sup>

Gohlke führt aus, dass Noske und Beims die Verhaftungen mit der bewussten Falschmeldung von Putschplänen seitens der USPD legitimieren wollten. Am gleichen Tage bat Gustav Noske den Reichsjustizminister Otto Landsberg (1869–1957), ein Ermittlungsverfahren gegen Brandes einzuleiten. Die Verhaftungen erfolgten am 6. und 7. April. Die drei wurden getrennt voneinander in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit gebracht.<sup>153</sup> Als sich die Verhaftung von Brandes in der Stadt herumgesprochen hatte, kam es zu einem großen Proteststurm. Die USPD und KPD riefen als Reaktion zusammen zu einem Generalstreik auf. Sympathisierende Soldaten begannen daraufhin eine Militärrevolte. Sie setzten Offiziere fest, darunter sogar den kommandierenden General des IV. Armeekorps, Alfred von Kleist. Allerdings dauerte die Inhaftierung nicht lange an.

Die Eskalationsspirale drehte sich immer schneller und führte zur Verhaftung von Landsberg, der aus Magdeburg stammte und von den USPD- und KPD-Anhänger\_innen für die Verhaftung von Brandes verantwortlich gemacht wurde. Landsberg sollte per Auto nach Braunschweig geschafft werden, wo eine linke Räteregierung an der Macht war. Die „Reise“ endete jedoch schon in Helmstedt, wo die alarmierte Polizei den Gefangenentransport stoppte. Als Grund für die Geiselnahme nannte die daran nicht beteiligte USPD den Aufbau von republikfeindlichen Einwohnerwehren des Stahlhelms, die schon damals als Gefahr wahrgenommen wurden.<sup>154</sup>

151 Gohlke: Die Räte in der Revolution, S. 142 f.; Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 115.

152 Gohlke, Die Räte in der Revolution, S. 148.

153 Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 119.

154 Marcel Bastian: ‚Soll Unsinn werden, was uns tiefster Sinn war?‘ – zur Gründung des Stahlhelmbundes in Magdeburg 1918/19, in: Maren Ballerstedt et al (Hg.): Magdeburg im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918. Eine Großstadt an der Heimatfront, 2014 Halle, S. 339.

Am 7. April kam es schließlich zu blutigen Kämpfen. Bewaffnete Revolutionär\_innen besetzten die Zitadelle. Es war eine Bewegung gegen die Verhaftung der drei USPD-Rätefunktionäre und wurde in der zeitgenössischen Presse auch so verhandelt. „An den folgenden militanten Aktionen beteiligten sich bis zu 4000 Menschen. [...] Auf Seiten radikalisierten Arbeiter interpretierte man die Verhaftungen als Teil einer Gegenrevolution, auf die man mit einer revolutionären Offensive antworten müsse. So wurde versucht, Gefangene aus dem Justizgebäude zu befreien und das Polizeipräsidium zu besetzen.“<sup>155</sup> Infolgedessen wurde der Belagerungszustand ausgerufen. Es kam zu Plünderungen und Schießereien, bei denen Verletzte und Tote zu beklagen waren. Auf Anweisung des Reichswehrministers Gustav Noske (1868–1946) rückte am 9. April General Georg Maercker (1865–1924) mit seinem Landjägerkorps in Magdeburg ein und schlug den Widerstand nieder.<sup>156</sup> Aufgrund des ausgerufenen Belagerungszustandes herrschte ein Versammlungsverbot, dem sich jedoch tausende Menschen, die sich auf dem Domplatz versammelten, widersetzen. Die Maercker-Truppen räumten den Platz, es fielen Schüsse. Zehn Menschen starben bei der Auseinandersetzung, viele wurden schwer verletzt.<sup>157</sup>

Gohlke kommt in seiner Dissertation zu dem Ergebniss, dass der Einmarsch Maerckers keineswegs „in einem ursächlichen Zusammenhang mit den gewalttätigen Ereignissen der letzten beiden Tage“ stand.<sup>158</sup> Noskes Entscheidung dazu sei vielmehr bereits Ende März 1919 gefallen, da sich das 4. Armeekorps wiederholt der Kommandogewalt widersetzte. Unterstützung erhielt Noske bei seinem Vorhaben von Magdeburger Offizieren, die den Hauptbahnhof in der Nacht des Einmarsches absicherten. Ähnlich wie in Halle waren es lancierte Falschinformationen und der Ruf nach „Ruhe und Ordnung“, die die Reichsregierung und die lokale MSPD-Führung nutzten, um den Widerstand militärisch zu brechen.

Das Ringen um die Revolution fand damit in Magdeburg im Grunde sein Ende. Maercker löste sowohl das Wachregiment als auch die Bürgerwehr auf. Vor allem im Wachregiment waren auch radikalere Kräfte vertreten gewesen. „Stattdessen wurde eine Einwohnerwehr unter der Leitung des Stahlhelm-Führers Franz Seldte gebildet. Abermals bot sich Seldte mit seinen Frontkämpfern als Ordnungsfaktor in der Stadt an und wurde

<sup>155</sup> Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 127.

<sup>156</sup> Bastian: Stahlhelm, S. 339.

<sup>157</sup> Dirk Schumann: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 59f.

<sup>158</sup> Gohlke: Die Räte in der Revolution, S. 156.

zeitweilig als solcher aktiv.“<sup>159</sup> Es ist verblüffend, dass der renommierte Landeshistoriker Mathias Tullner auf den Stahlhelm als Ordnungsfaktor verweist, ohne dessen (künftige) Bedeutung kritisch zu hinterfragen. So war es doch gerade Seldte, der bereits im Frühjahr 1919 die Dolchstoßlegende auf einer Veranstaltung der DVP verbreitete.<sup>160</sup> Diese wurde zu einem Grundmythos der rechten antirepublikanischen Kräfte in Deutschland. Unerwähnt bleibt auch die Tatsache, dass Seldte unter Adolf Hitler (1889–1945) die gesamte NS-Zeit über Arbeitsminister (1933–1945) war und bei den Nürnberger Prozessen angeklagt werden sollte, deren Beginn er jedoch aufgrund seines Todes 1947 nicht mehr erlebte. Tullner zeigt sich stattdessen davon überzeugt, dass durch die Wahl von Beims als Oberbürgermeister – bei zehn Enthaltungen und ohne Gegenstimme<sup>161</sup> „[...] ein deutliches Zeichen für eine demokratische Stadtentwicklung gesetzt worden“<sup>162</sup> sei. Im Gegenteil – so wäre zu betonen – wurde auf diese Weise die Allianz von Sozialdemokratie und Republikfeinden manifestiert.

48

Brandes wurde indes bereits am 12. April 1919 aus der Haft entlassen. Laut Ermittlungsrichter beim Kriegsgericht ließe sich die Anschuldigung des Hochverrats nicht beweisen. Die Vorwürfe gegen die Soldatenräte Kegel und Völker wurden ebenfalls fallen gelassen. Wie kalkuliert die Verhaftungen waren, wird aus einer – erstmals von Mielke und Heinz veröffentlichten – Gesprächsnotiz zwischen dem USPD-Politiker Emil Barth, der mit Noske über die Freilassung der Magdeburger sprach, offensichtlich. Darin sagt Noske: „Das[s] Brandes verhaftet [worden] sei, sei sehr gut und wenn die Magdeburger Arbeiter aus diesem Grunde in den Streik getreten sind [...], dann können die Magdeburger Arbeiter lange streiken. Brandes wird zweifellos wegen dieser Geschichte der Prozess gemacht werden und da wird ein Streik der Magdeburger Arbeiter nichts daran ändern.“<sup>163</sup> Doch auch nach seiner Freilassung setzte Brandes auf Deeskalation, indem er seine Parteigenoss\_innen dazu aufrief, „sich nicht in Streitigkeiten mit den Rechtssozialisten zu verlieren und anstatt dessen den agitatorischen Erfolg für den politischen Tageskampf zu nutzen.“<sup>164</sup> Diese Beschwichtigungstaktik resultierte sicherlich auch aus einer realistischen Einschätzung der Kräfteverhältnisse. Die Autorität von Beims und der MSPD war nach dem Einmarsch Maerckers weiter gefestigt. „Die USPD

<sup>159</sup> Tullner: Zusammenbruch, S. 326.

<sup>160</sup> Bastian: Stahlhelm, S. 333.

<sup>161</sup> Tullner: Modernisierung, S. 733.

<sup>162</sup> Tullner: Zusammenbruch, S. 327.

<sup>163</sup> Zitiert nach Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 121.

<sup>164</sup> Arne Pannen: Alwin Brandes – eine politische Biographie, Diplomarbeit FU Berlin, Berlin 2008, S. 35.



befürchtete zugleich, aus dem Exekutivausschuss verdrängt und in den Gewerkschaften geschwächt zu werden – schließlich war bereits ihr früherer Vertreter Albert Vater wegen Fehlverhaltens inzwischen aus dem Exekutivausschuss ‚entfernt‘ worden.“<sup>165</sup>

Die politischen und sozialen Widersprüche waren mit der Wahl Beims keineswegs erledigt. „Teile des Magdeburger Bürgertums, der Beamenschaft, des Militärs und andere Gruppen lehnten die sozialdemokratisch dominierte Stadtverwaltung ebenso ab wie die Weimarer Republik insgesamt.“<sup>166</sup> Darüber hinaus weigerten sich Teile der Magdeburger Wirtschaft, den neuen Oberbürgermeister zu treffen. Gleichzeitig war das vermeintliche „deutliche Zeichen“ einer demokratischen Stadtentwicklung, eher als ein verhaltener Aufbruch zu werten. In der Stadtpolitik galt weiterhin die Magistratsverfassung. Der Magistrat führte dementsprechend wie bisher die Verwaltung und konnte den Beschlüssen der demokratisch gewählten Stadtverordnetenversammlung seine Zustimmung versagen. Während in der städtischen Versammlung die MSPD eine absolute Mehrheit besaß und mit den liberal-bürgerlichen Kräften der DDP auf über drei Viertel der Stimmen kam, war der Magistrat immer noch durch eine Mehrheit der einstigen kaiserlichen Ratsherren bestimmt.<sup>167</sup>

Die Maercker-Truppen lösten nicht nur das Wachregiment und die Bürgerwehr auf, um sich auf die militärische Unterstützung des späteren Faschisten Seldte zu stützen, sondern unter Maercker wurde auch das Mitbestimmungsrecht des Arbeiter- und Soldatenrates abgeschafft.<sup>168</sup> Die Einwohnerwehr gewährleistete künftig „Ruhe und Ordnung“, d.h. den Schutz des Eigentums, was ihr das Vertrauen der Bürgerschaft einbrachte. „In enger Zusammenarbeit und politischer Grundübereinstimmung mit den städtischen Behörden und der Unterstützung der politischen Eliten der Mehrheitssozialdemokratie konnte der Stahlhelm im Jahr 1919 in Magdeburg eine maßgebliche Funktion als Selbstschutzverband und Polizei- und Wehersatzfunktionen übernehmen. Typisch für paramilitärische Organisationen in der Weimarer Republik war die Anmaßung hoheitlicher Gewalt, obwohl sie formell nur Vereinscharakter besaßen.“<sup>169</sup> Der noch amtierende Oberbürgermeister Reimarus bedankte sich beim Stahlhelm für die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“. Auf Grundlage eines Magistratsbeschlusses vom 6. Juni 1919 wurden aus der Kämmerkasse

165 Mielke/Heinz: Alwin Brandes, S. 132.

166 Tullner: Modernisierung, S. 733.

167 Ebd., S. 734.

168 Matthias: Quellensammlung, S. 14.

169 Bastian: Stahlhelm, S. 339f.

der Stadt insgesamt 3.000 Reichsmark an die paramilitärische Organisation Seldtes überwiesen. Zwei Monate später beteiligte sich der Stahlhelm mit vier Kompanien an den von der Reichswehr unter Gustav Noske geschaffenen Zeitfreiwilligenbataillonen.<sup>170</sup>

Nach der Niederschlagung der April-Revolution ging das Stadtleben durch die paramilitärische Absicherung einen relativ geordneten Gang. Zwar sympathisierten einige Militärs und Beamte mit dem Kapp-Putsch im März 1920, vor allem die Offiziere in der Kaserne Altengrabow, deren Absetzung die „Volksstimme“ anschließend forderte.<sup>171</sup> Doch der deutschlandweite Generalstreik führte auch in Magdeburg zu einem breiten Widerstand gegen die Putschisten, in der die Arbeiterklasse von KPD bis MSPD in ungekannter Einigkeit zusammen stand.<sup>172</sup> So konnte der Putsch „bereits am 19. März während einer großen Kundgebung auf dem Domplatz als erfolgreich beendet erklärt werden.“<sup>173</sup> Die im August 1919 geschaffenen Zeitfreiwilligenbataillone wurden auf Verordnung des Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing, nach dem erfolglosen Kapp-Putsch aufgelöst. Der Stahlhelm selbst hatte sich während des Putsches passiv verhalten. Es ist anzunehmen, dass sich das Verhalten der durch und durch wilhelminisch geprägten Führungselite des Stahlhelms bei einer anderen Dynamik schnell geändert hätte. In der folgenden Zeit entwickelte sich der Stahlhelm aus seiner lokalen Begrenzung zu einem „politischen Kampfbund überregionaler Bedeutung und damit zum Kern der konservativ-nationalistischen Gegner der Weimarer Republik.“<sup>174</sup>

<sup>170</sup> Ebd., S. 340.

<sup>171</sup> Volksstimme vom 21. März 1920.

<sup>172</sup> Matthias: Quellensammlung, S. 15.

<sup>173</sup> Tullner: Modernisierung, S. 735.

<sup>174</sup> Bastian: Stahlhelm, S. 340.



# **DIE REVOLUTION IN HALLE-MERSEBURG**

## 5.1 Die Novemberrevolution

Als sich die deutsche Kriegsniederlage im Herbst 1918 abzeichnete, stand die Bezirkspartei Halle-Merseburg „im Hochgefühl einer kräftigen, gut organisierten, sich als revolutionär verstehenden Partei, die sich mit der Organisation von Streikaktionen von April bis September selbst bestätigt hatte.“<sup>175</sup> Die Partei hielt mehrere Versammlungen in Halle ab und forderte u.a. den Friedensschluss, die Errichtung der Republik, die Demokratisierung des Reiches und das Ende der Monarchie. Mit diesen Punkten befand man sich in Einklang mit den Anfang Oktober 1918 aufgestellten Forderungen der USPD-Reichstagsfraktion. Trotz ihrer Stärke im Parteibezirk „lebte die USPD im Regierungsbezirk mehr in Erwartung der Revolution als daß sie sie vorbereitet hätte.“<sup>176</sup>

Auf den Matrosenaufstand in Kiel reagierte die Partei in Halle-Merseburg jedoch umgehend. Das hallesche „Volksblatt“ berichtete bereits am 6. November 1918 über die Ereignisse in Kiel. In den Großbetrieben wie den Leuna-Werken wurden noch am selben Tag Arbeiterräte gegründet. Zwar rief die USPD für den folgenden Tag zu einer Friedenskundgebung in Halle auf, doch es waren die Soldaten der Fliegerersatzabteilung, die ihre Offiziere absetzten und entwaffneten und damit zur Revolution übergingen.<sup>177</sup> Allein am Volkspark versammelten sich an dem besagten 7. November etwa 10.000 Menschen, die jedoch nicht alle in den Sälen des „Arbeiterpalastes“<sup>178</sup> unterkamen und daher auch das Außengelände füllten. Wie sich die in Halle stationierten Soldaten verhalten würden, war nicht gewiss. Während der laufenden Versammlung erschienen aber einige Soldaten, die die Loyalität der Truppen mit der Revolution versicherten.

Auf der Versammlung sprachen sowohl der Vorsitzende der USPD-Halle, Adolf Albrecht, sowie der Gewerkschaftssekretär Karl Kürbs<sup>179</sup>, der stark in

175 Klein: Burgfrieden, S. 187.

176 Ebd., S. 188.

177 Schmuhl: Halle, S. 11; Schumann: Gewalt, S. 45.

178 Simone Trieder: Ein Palast für Arbeiter. 100 Jahre Volkspark, Mitteldeutsche Kulturhistorische Hefte, Nr. 8, Halle 2007.

179 Lebensdaten konnten vom Autor nicht ermittelt werden.

den Aufbau der Betriebsvertrauensleute involviert war und nun die Bildung eines großen Arbeiterrates für Halle vorschlug. Die halleschen Fabriken sollten dafür bis zum 9. November Delegierte wählen.<sup>180</sup> Es wurde schließlich eine Resolution verabschiedet, in der man sich zum internationalen Sozialismus bekannte, Wucher und Ausbeutung ablehnte sowie den Sturz des Kapitalismus forderte. Außerdem wurden alle „Brüder im Waffenrock“ dazu aufgefordert, „mit den Arbeitern in Verbindung zu treten, um die Bahn frei zu machen für den Sieg des sozialistischen Proletariats.“<sup>181</sup>

Die Revolution nahm in den folgenden Tagen in der Saalestadt ihren Lauf. Bereits am 8. November kam es zur Gründung eines Soldatenrates bei der Fliegerersatzabteilung, und ein provisorischer Arbeiterrat wurde im Gebäude der USPD-Bezirksleitung im Harz 42 gegründet, in dessen Räumlichkeiten sich heute ein Wohnheim des Studentenwerks der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg befindet. Dabei handelte es sich um den sogenannten „großen“ Arbeiterrat, der aus gewählten Vertretern der Betriebe und Delegierten der Arbeiterparteien bestand. Er umfasste etwa 80 Personen.<sup>182</sup> Dieser große Arbeiterrat beanspruchte unmittelbar die Kontrolle über die städtische Verwaltung für sich.<sup>183</sup> Zum ersten Vorsitzenden wurde Adolf Albrecht und zu dessen Stellvertreter Otto Kilian (1879–1945) gewählt<sup>184</sup>, dessen Person heutzutage durch eine recht heruntergekommene und kaum leserliche Plakette am Harz 42 gedacht wird.

Für den 9. bis 11. November rief die USPD zu einem Demonstrationstreik auf, dem viele Soldaten und Arbeiter\_innen folgten. „Die Bewegung, plötzlich beginnend, hat sich, ohne Widerstand zu finden, schnell durchgesetzt“, so der Merseburger Regierungspräsident Wolf von Gersdorf. Und weiter: Die „Umwälzung“ sei „in der Hauptsache ohne besondere Unruhen oder Ausschreitungen verlaufen.“<sup>185</sup> Die alten Eliten der Stadt zogen sich zurück und nach und nach bekundeten der Magistrat, die Handelskammer und schließlich auch die Universität dem Arbeiter- und Soldatenrat ihre Loyalität.<sup>186</sup>

180 Kling: Rolle, S. 14.

181 Schmuhl: Halle, S. 11f.

182 Kling: Rolle, S. 16.

183 Schmuhl: Halle, S. 12.

184 In der Literatur findet sich häufig die Bemerkung, Kilian sei Vorsitzender des Großen Arbeiter- und Soldatenrates gewählt worden. Das stimmt nicht, auch wenn er Albrecht in dessen Funktion oft vertreten hat. Kilian war allerdings Vorsitzender des „mittleren“ Arbeiterrats. Zu Kilian siehe: Christine von Bose: Ein „König von Halle“? Otto Kilian und seine Rolle in den revolutionären Ereignissen von 1918/19, in: Patrick Wagner und Manfred Hettling (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Halle 2019, S. 129–157.

185 Zitiert nach Schumann: Gewalt, S. 45.

186 Schmuhl: Halle, S. 12.

Die zweifache Ausrufung der Republik am 9. November 1918, einmal die parlamentarische, das andere mal die sozialistische, durch Philipp Scheidemann (MSPD) und Karl Liebknecht (USPD) ist ein beliebtes historisches Bild einerseits für die Wirren der Revolution, andererseits für die Geburtsstunde der „deutschen“ Demokratie. Ein nicht ganz so geschichtsträchtiges, aber bedeutsames symbolisches Ereignis, trug sich am selben Tage auf dem Balkon des halleischen Rathauses zu. Dort verkündete Kilian den Teilnehmer\_innen der besagten Demonstration, die sich inzwischen auf dem Marktplatz versammelt hatten, der Bürgermeister Rive habe ihm die vollziehende Gewalt übertragen.

Im Laufe des Novembers entwickelte sich ein Rätssystem mit mehreren Ebenen in der Stadt. Neben dem großen Arbeiterrat wurde ein 15-köpfiger mittlerer Arbeiterrat gewählt, der für die Erledigung der Geschäfte zuständig war. Der Soldatenrat schaffte sich mit dem „engeren“ Soldatenrat ein ähnliches Gremium. Darüber hinaus entstand der aus vier Arbeitern und Soldaten bestehende Vollzugsausschuss, der die Räte nach außen vertrat und dessen ausführendes Organ bildete. Alle Anordnungen und Schreiben mussten von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Vollzugsausschusses unterzeichnet werden, um bindend zu werden. Die Arbeit der Arbeiter- und Soldatenräte in der Region sollte der Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat für den Regierungsbezirk Merseburg koordinieren. Dieser war überwiegend mit USPD-Mitgliedern besetzt, darunter Wilhelm Koenen, Adolf Albrecht und Bernhard Düwell.<sup>187</sup> Der Regierungspräsident von Gersdorff erkannte dessen vollziehende Gewalt bereits in einer Bekanntmachung vom 13. November an.<sup>188</sup> Darin hieß es, der Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat lege besonderen Wert auf die Wahrung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit, sowie die ausreichende Versorgung des Bezirks mit Nahrungsmitteln. Die Beamten und Behörden sollten die Arbeiter- und Soldatenräte bei diesem Vorhaben unterstützen.<sup>189</sup> Die Räte hatten die Macht damit vorerst übernommen.

Wolfgang Mommsen betont, dass es den meisten Arbeiter\_innen um konkrete Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen ging und weniger um Fragen des politischen Systems.<sup>190</sup> Es gründeten sich eine Vielzahl von Arbeiterräten in den Großbetrieben in der Region, die in erster Linie auf

187 Ebd.

188 Die Akten des Magistrats der Stadt Halle über den Arbeiter- und Soldatenrat befinden sich im Stadtarchiv Halle (im Folgenden StA Halle), A 2.9 Kap. I, Abt. B Nr. 12, Bd. 1, Bl. 1.

189 StA Halle, A 2.9 Kap. I, Abt. B Nr. 12, Bd. 1b, Bl. 196f.

190 Wolfgang Mommsen: Die deutsche Revolution 1918–1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung, in: Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, S. 362–391, hier S. 381.

konkrete Veränderungen und Mitbestimmungsrechte im Betrieb pochten. So erreichte der Arbeiterrat in den Leuna-Werken u.a. den 8-Stunden-Tag und die Zahlung von Stundenlöhnen statt Akkordlöhnen.<sup>191</sup> Es ist ein Verdienst der USPD, die der Rätebewegung im Regierungsbezirk aufgrund ihrer Organisationsstärke eine überdurchschnittlich lange Wirkung verlieh. Wie die politische Entwicklung weiter gehen sollte, davon hatten die beiden Arbeiterparteien recht unterschiedliche Vorstellungen. So betonte Adolf Thiele auf einer MSPD-Mitgliederversammlung in Halle am 21. November, dass seine Partei für die „soziale Demokratie, aber ebenso selbstverständlich für die Demokratie [stehe]. Diese sei die Grundlage des Sozialismus. Ohne Demokratie ist der Sozialismus unmöglich.“<sup>192</sup> Die Versammlung fasste den Beschluss, dass die bolschewistische Politik als undemokratisch und antisozialistisch für Deutschland abzulehnen sei. Die Nationalversammlung müsse daher schnellstmöglich einberufen werden, um Deutschland in eine parlamentarische Republik zu verwandeln. Bis dahin läge die vollziehende Gewalt aber legitimerweise in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.<sup>193</sup>

Paul Henning<sup>194</sup>, Chefredakteur des „Volksblattes“, betonte auf einer Parteiversammlung der USPD Anfang Dezember anders als Thiele, dass Demokratie ohne Sozialismus lediglich das Fortbestehen der alten Klassenherrschaft zur Folge habe. Die USPD war derweil immer noch mit drei Vertretern im Rat der Volksbeauftragten in Berlin vertreten, den die halle-schen Versammlungsteilnehmer\_innen nur weiterhin unterstützen würden, solange er „die feste Absicht bekundet, dem neuen Staat Form und Inhalt einer sozialistischen Republik zu geben.“ Bezüglich der Sozialisierung von Großindustrie, Banken und Großgrundbesitzern hatte die halle-sche USPD eine eindeutige Haltung. Diese müsse schleunigst, noch vor Zusammentritt der Nationalversammlung, eingeleitet und gesichert werden.<sup>195</sup>

Doch die Sozialisierung lies auf sich warten und somit wuchs an der Basis die Ungeduld. Linke USPD-Funktionäre wie Wilhelm Koenen forderten, „aus der halben die ganze Revolution zu machen.“<sup>196</sup> Die USPD und mit ihr der Arbeiterrat entwickelten sich ab Dezember 1918 weiter nach links. Mit Alfred Oelßner (1879–1962) und Wilhelm Koenen nahmen zwei Vertreter an dem am 16. Dezember beginnenden Reichsrätekongress in

<sup>191</sup> Schumann: Gewalt, S. 45

<sup>192</sup> Zitiert nach Kling: Rolle, S. 20.

<sup>193</sup> Ebd., S. 20f.

<sup>194</sup> Lebensdaten konnten vom Autor leider nicht ermittelt werden.

<sup>195</sup> Volksblatt vom 7.12.1918 zitiert nach Schmuhl: Halle, S. 15.

<sup>196</sup> SAPMO, BArch SgY 30, Bl. 52.

Berlin teil. Der MSPD-dominierte Kongress entschloss sich mit großer Mehrheit für die baldige Einberufung der Nationalversammlung, was im Grunde das Datum für das Ende des Rätessystems setzte. Wilhelm Koenen betonte direkt nach seiner Rückkehr bei einer Versammlung in Halle, dass die Arbeiterräte auch nach der Konstituierung der Nationalversammlung unbedingt weiter bestehen bleiben müssten.

Die Radikalisierung verstärkte sich, nachdem die USPD-Vertreter aus dem Rat der Volksbeauftragten in Folge der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) ausgetreten waren. Eichhorn hatte sich geweigert, gewaltsam gegen die Arbeiter\_innen bei den sogenannten Weihnachtskämpfen 1918 in Berlin vorzugehen. Für eine zunehmende Radikalisierung spricht auch Kilians Position zum Spartakusbund auf einer Volksversammlung am 19. Dezember 1918: Dieser sei „das vorwärtstreibende Gewissen der klassenbewussten Arbeiterschaft, das uns auf die Gefahren aufmerksam macht, die der Revolution drohen, das uns immer an unsere Pflicht der entschiedenen Sicherung erinnert und das die Triebkraft auf dem Weg zum Sozialismus bedeutet.“<sup>197</sup> Die Methoden des Spartakusbundes lehnte er in dieser Rede jedoch deutlich ab.

Mit dem Jahreswechsel 1918/1919 wurde die Revolution auch in Halle von erheblichen Konflikten und blutigen Kämpfen begleitet. Eine Matrosenkompanie und andere revolutionäre Soldaten besetzten in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar den Hauptbahnhof in Halle. Sie wollten Züge aufhalten, die Regierungstruppen zur Niederschlagung des sogenannten „Spartakusaufstandes“ nach Berlin transportieren sollten. Dieses gelang, und die Züge konnten nicht auf direktem Wege nach Berlin fahren, manche Truppenteile wurden sogar durch die Matrosen entwaffnet. Nachdem Gerüchte über den Sturz der Regierung aufkamen, versammelten sich revolutionäre Soldaten und Arbeiter\_innen am 7. Januar auf dem Marktplatz, um für eine Machtübernahme durch Liebknecht und Luxemburg zu demonstrieren. Die Differenzen zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat spitzten sich weiter zu. Revolutionäre Soldaten sandten an den Soldatenrat eine Deputation mit Forderungen. Sie verlangten, drei MSPD-Mitglieder aus dem Rat auszuschließen, da diese in der Nacht versucht hatten, die Entwaffnung der Truppentransporte zu verhindern. Alle Soldaten sollten außerdem ihre Rangabzeichen entfernen und weitere Truppenzüge nach Berlin und Oberschlesien entwaffnet werden. Die erste Forderung lehnte der Soldatenrat ab, stimmte den anderen beiden jedoch zu.<sup>198</sup> Es sollte nicht die letzte Kraftprobe bleiben.

<sup>197</sup> Volksblatt vom 20.12.1918 zitiert nach Kling: Rolle, S. 23f.

<sup>198</sup> Schmuhl: Halle, S. 19.



Inzwischen entzog der Arbeiterrat der Regierung in Berlin ganz offen die Unterstützung: „Der Arbeiterrat zu Halle beschliesst, dass er die Regierung Ebert-Scheidemann nicht unterstützen kann, da sie nicht ernsthaft für die Durchführung der Revolution bis zum Sozialismus wirkt, sondern die Gegenrevolution stützt.“<sup>199</sup> Am 10. und 12. Januar fanden Demonstration für die Regierung statt, weshalb es zu einigen handgreiflichen Auseinandersetzungen kam.<sup>200</sup> Der Streit spitzte sich schließlich zu, als die revolutionär gesinnte Matrosenkompanie aufgelöst werden sollte. Der Arbeiterrat wollte die Auflösung nicht zulassen. Die Gegenseite drohte in diesem Fall offen mit einem militärischen Eingreifen. Die Matrosenkompanie wartete die weiteren Verhandlungen nicht ab, sondern verschanzte sich in ihrem Stützpunkt im „Wettiner Hof“. Ihrer Auflösung, so wurde gedroht, würden sie sich mit Waffengewalt widersetzen. Man einigte sich schließlich auf einen Kompromiss: Matrosen, die nicht aus Halle stammten, sollten aus der Kompanie entlassen werden. Die halleschen Matrosen bildeten mit Garnisonsoldaten gemeinsame Sicherheitstruppen. Die Mitte Januar durchgeführte Neuwahl des Soldatenrates „brachte einen deutlichen Rechtsruck.“<sup>201</sup>

Arbeiter\_innen traten in der Region zeitweise in den Streik, um die Position des Arbeiterrates zu stärken. Die Bergarbeiter\_innen aus Ammendorf, Bruckdorf und Gröbers forderten die sofortige Sozialisierung der Grubenunternehmen, Mindestlöhne und den Rücktritt der Berliner Regierung. Kilian forderte als Vertreter des Arbeiterrates am 14. Januar auf einer Demonstration von den Anwesenden, die Revolution zu verteidigen und bis zur Sozialisierung zu führen. Anders als die zum Jahreswechsel gegründete KPD rief Kilian die USPD zur Teilnahme an der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar auf: „Eine starke USPD-Fraktion wäre ein Element zur Weitertreibung der Revolution.“<sup>202</sup> Der Wahltag in Halle verlief ohne Zwischenfälle. Die USPD erhielt in der Stadt Halle über 40 Prozent der Stimmen. Im gesamten Wahlkreis Merseburg waren es sogar 44 Prozent, wodurch die Partei mit Abstand stärkste Kraft wurde. Die MSPD erreichte in Halle hingegen nur rund 15 Prozent. Die Sonderstellung des Wahlkreises zeigt das Gesamtwahlergebnis der Provinz Sachsen. Hier erzielte die MSPD mit knapp 35 Prozent etwa zehn Prozentpunkte mehr als die USPD.<sup>203</sup>

199 Der vom Arbeiterrat beschlossene Antrag Kilians ist in dessen Anklageschrift zu finden: StA Halle, A 2.8 PL 621, Bl. 54.

200 Schumann, Gewalt, S. 51ff.

201 Schmuhl: Halle, S. 24.

202 Kling: Rolle, S. 39.

203 Wahlergebnisse zu finden bei Schmuhl: Halle, S. 26f.

## 5.2 Der Generalstreik im Februar/März 1919

58

Die nächsten Wochen kam es vermehrt zu Streiks innerhalb der Arbeiter\_innenschaft, die weiterhin auf der raschen Sozialisierung der Produktionsmittel bestand. Am radikalsten zeigten sich die regionalen Bergarbeiter\_innen. Um seinen Einfluss unter der revolutionären Arbeiter\_innenschaft zu festigen, stellte der Bezirksarbeiter- und Soldatenrat das Oberbergamt Halle als die staatliche Aufsichtsbehörde für das mitteldeutsche Bergbaugebiet unter seine Kontrolle. Dem neu gewählten Bezirksarbeiterrat gehörte auch Wilhelm Koenen an. Unmittelbares Ziel war der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Betriebsräten im mitteldeutschen Bergbau.<sup>204</sup> Während vor allem die halleschen Vertreter\_innen der USPD weiterhin den Ausbau der Arbeiterräte anstrebten, war die Entscheidung für ein parlamentarisches System bereits gefallen. Mit Kritik an dieser Entwicklung hielt der Arbeiterrat in Halle nicht zurück. Am 7. Februar erklärte dieser öffentlich, „dass er sich nach wie vor mit allen seinen Kräften und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Bekämpfung der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske und für die Aufrechterhaltung der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte bis zur vollkommenen Sicherung der sozialistischen Republik einsetzen“ werde.<sup>205</sup>

Die Bergarbeiter\_innen konnten eine gewisse Verhandlungsmacht entfalten. So verhandelten Vertreter der Reichsregierung am 13. und 14. Februar 1919 mit Delegationen aus Halle und dem Ruhrgebiet in Weimar über die zukünftige Rolle der Betriebsräte in den Bergbaubetrieben. Aus Halle nahmen Wilhelm Düwell (1866–1936) und Wilhelm Koenen an den Verhandlungen teil. Die Regierung war zwar bereit, die Betriebsräte zu akzeptieren, diese jedoch lediglich mit geringen Kompetenzen auszustatten. So sollte ihnen bspw. ein beschränkter Einblick in die Geschäftsunterlagen ihrer Betriebe gewährt werden. Koenen forderte hingegen in der

<sup>204</sup> Ebd., S. 28f.

<sup>205</sup> Saalezeitung vom 7.2.1919 zitiert nach ebd., S. 30.

von ihm verfassten „Vorläufige[n] Dienstanweisung für den Betriebsrat“ umfassende Kontrollrechte der Betriebsräte, die auch wirtschaftliche Angelegenheiten, sowie Gehalts- und Personalfragen umfassen sollten.<sup>206</sup> Die Verhandlungen scheiterten, sodass die Rätevertreter der Regierung eine Verschleppung der Betriebsrätefrage vorwarfen.

Im Ruhrgebiet begann der Generalstreik zur Durchsetzung der Betriebsräte mit „harten“ Kontrollrechten bereits am 17. Februar. Die mitteldeutsche Bergarbeiterkonferenz tagte hingegen erst am 23. Februar in Halle und beschloss ebenfalls den Generalstreik auf Grundlage von Koenens „Dienstanweisung“. Schon am nächsten Tag legten Arbeiter\_innen in den Regionen Anhalt, Thüringen und Sachsen die Arbeit nieder. Sämtliche Gruben in den Braunkohlebezirken Bitterfeld, Halle, Oberröblingen, Geiseltal und Weißenfels traten in den Generalstreik. Auch Betriebe der Metallindustrie und der chemischen Industrie, einschließlich der Leuna-Werke, wurden bestreikt.<sup>207</sup> Ein neu gebildeter Aktionsausschuss koordinierte den Generalstreik in Halle. In einer Streikproklamation wurde die Anerkennung der Betriebsräte und Sicherung der Arbeiter- und Soldatenräte gefordert. Bis zur Umsetzung dieser Forderungen werde die Arbeit in der Region nicht wieder aufgenommen. Die Akteur\_innen betonten in der Proklamation, dass die Bäckereien, das Wasserwerk und der Schlachthof in Betrieb bleiben, Lebensmitteldepots bewacht würden und „Jede Gewalttätigkeit [...] zu unterbleiben“ habe.<sup>208</sup>

Am 25. Februar weitete sich der Streik auf die Metall- und Holzarbeiter\_innen, sowie die Straßenbahn- und Eisenbahnarbeiter\_innen in Halle aus. Der Eisenbahnverkehr kam in der gesamten Stadt und Umgebung zum Erliegen. Damit wurde auch die Verbindung zwischen der Nationalversammlung in Weimar und der Hauptstadt Berlin unterbrochen. Der hallesche Arbeiterrat forderte daraufhin die gesamte Arbeiter\_innenschaft der Stadt auf, „sich unverzüglich der Bewegung anzuschließen, damit die kapitalistischen Widerstände gebrochen und die Forderungen zum Siege geführt werden, wenn es sein muß, durch die Beseitigung der gegenwärtigen Regierung, die das Vertrauen der mitteldeutschen Arbeiter ohnehin nicht besitzt.“<sup>209</sup> Drei Viertel der mitteldeutschen Betriebe befanden sich zu dieser Zeit im Ausstand. Bis zu 50.000 Arbeiter\_innen demonstrierten auf dem Marktplatz und stellten sich gegen die Regierung.

206 Die Dienstanweisung findet sich bei Schubert: Generalstreik, S. 53.

207 Ebd., S. 23.

208 Die Proklamation des Aktionsausschusses ist abgedruckt in Leidigkeit/Hermann: Kurs, S. 77.

209 Volksblatt vom 26.2.1919 zitiert nach Kling, S. 46.

Noch am selben Tag rief ein Aktionsausschuss bürgerlicher Vereine ebenfalls zu einem „Generalstreik des gesamten Bürgertums“ auf, „der solange andauern sollte, bis die Arbeiterschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit sei.“<sup>210</sup> Dieser „Gegengeneralstreik“ diente vor allem dazu, dass sich das Bürgertum als politischer Akteur formierte. Das bindende dabei war weniger der soziale Status als die Feindschaft zum Sozialismus. „Zugleich forderte der bürgerliche Aktionsausschuss in einem Telegramm an die Reichsregierung von dieser ‚schnellste Hilfsmaßnahmen‘.“<sup>211</sup> Wagner stellt in seinen Ausführungen heraus, dass das bürgerliche Lager einerseits als politischer Faktor im Revolutionsgeschehen stärker berücksichtigt werden sollte und die bürgerliche Protestbewegung andererseits ganz bewusst proletarische Aktionsformen adaptierte.

Während die Arbeiter\_innenschaft die Versorgungsbetriebe vom Generalstreik ausnahm, „zielte der bürgerliche Gegenstreik bewusst darauf, die Grundversorgung der halleschen Bevölkerung kollabieren zu lassen.“<sup>212</sup> Diese bewusste Zuspitzung der sozialen Lage war vom bürgerlichen Aktionsausschuss strategisch wohl überlegt. Durch die gezielte Eskalation wollten die bürgerlichen Vertreter der Reichsregierung den letzten Anstoß geben, in Halle-Merseburg militärisch zu intervenieren, wie es in Erfurt und Gotha schon geschehen war. Der Plan ging auf, jedoch darf die bürgerliche Eskalationstaktik nicht überbewertet werden. Vermeintliche „Gründe“ für eine Intervention in Halle hatte die Reichsregierung reichlich.

<sup>210</sup> Wagner: Es ist alles ruhig, S. 37.

<sup>211</sup> Ebd.

<sup>212</sup> Ebd.

### 5.3 Die Reaktion organisiert sich

Die Regierung erteilte dem General Georg Maercker am 27. Februar den Befehl, wie etwa einen Monat später in Magdeburg, mit seinen Landjägerkorps in Halle einzurücken. Maercker sollte nach eigenen Angaben vor dem 2. März in der Stadt eintreffen, da die an diesem Tag geplanten Stadtverordnetenwahlen in geordneten Bahnen stattfinden sollten.<sup>213</sup> Die militärische Übermacht Maerckers war unbestreitbar und so besetzten seine Truppen – ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen – zentrale Punkte der Stadt und führten Entwaffnungen durch.<sup>214</sup>

Es kam in den ersten Märztagen zu Kämpfen, bei denen 29 Personen getötet und 67 verwundet wurden. Knapp 300 Geschäfte wurden geplündert. Der Belagerungszustand wurde von Maercker nun auf einen Umkreis von 30 Kilometern um Halle und die Städte Bitterfeld und Merseburg ausgeweitet.<sup>215</sup> Nach Ende des Generalstreiks nahmen Freikorpsmitglieder Karl Merseberg, ehemaliger Anführer der Matrosenkompanie, fest, erschossen ihn und warfen ihn danach in die Saale.<sup>216</sup> Der Magistrat konnte seine Macht dadurch gegenüber dem Arbeiterrat wieder festigen. Die von ihm angesetzte Neuwahl des großen Arbeiterrats Mitte März führte zu einer Stärkung der mehrheitssozialdemokratischen und demokratischen Mitglieder. Zwar bestand der Arbeiterrat noch ein Jahr weiter, führte jedoch „nur noch ein Schattendasein ohne große politische Bedeutung.“<sup>217</sup>

Anders als die Regierung behauptete, ging es nicht darum, wieder Ruhe und Ordnung in Halle herzustellen, die bis zum Einmarsch der Freikorpsverbände durchaus bestand. An der Intention der Regierung ließ Maercker in seinen 1921 erschienen Memoiren keinen Zweifel: „Im Kampf der Reichsregierung gegen die Linksradikalen handelte es sich ausschließlich um die Erhaltung der politischen Macht. Zu diesem rein politischen Zweck wurde die Truppe eingesetzt: als Machtmittel zur Fortsetzung der inneren Politik. Die Schwäche der Regierung gestattete es aber nicht, das offen zu sagen.“

<sup>213</sup> Georg Maercker: Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Leipzig 1921, S. 135.

<sup>214</sup> Maercker: Kaiserherr, S. 137.

<sup>215</sup> Ebd., S. 152.

<sup>216</sup> Schumann: Gewalt, S. 58

<sup>217</sup> Kling: Rolle, S. 53.

Sie fürchtete sich, Farbe zu bekennen und zu erklären, daß die Freiwilligen-truppe dazu diene, die Räteherrschaft zu beseitigen, wo sie noch bestand. Denn darauf kam es letzten Endes an. Sie umging es, indem sie militärische Angelegenheiten zum Anlaß des Eingreifens nahm.“<sup>218</sup>

Mit der Niederschlagung des mitteldeutschen Generalstreiks gewann die Reaktion zunehmend an Stärke. Die Justizbehörden erhoben Anklagen gegen die Streikführer und an den Plünderungen und Gewalttaten beteiligten Arbeiter\_innen. Der Steiger Otto Peters vom Bezirksbergarbeiter-rat wurde bspw. von der Strafkammer des Landgerichts am 8. Mai 1919 wegen Erpressung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Peters habe, etwa 30 Bergarbeiter anführend, während des Generalstreiks den Direktor der Hallischen Kaliwerke AG zur Anerkennung der Lohnforderungen gezwungen. Der Haftbefehl konnte jedoch nicht vollzogen werden, da Peters untertauchte.<sup>219</sup>

Der wohl bekannteste „Justizfall“ der Stadt war der Prozess gegen Otto Kilian, der bis zum Prozessbeginn am 9. November 1919 in Untersuchungshaft saß. Der Prozess vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Halle endete am 12. Dezember mit einer Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis. Die Liste der Straftatbestände war lang: Nötigung, „Bildung bewaffneter Haufen“, Freiheitsberaubung und „Aufreizung zum Klassenhass“. Die USPD berief im Volkspark unmittelbar eine Massenversammlung ein. 5.000 Arbeiter\_innen nahmen daran teil, protestierten gegen die „Klassenjustiz“ und riefen zum Generalstreik auf. Einige Arbeiter\_innen legten für kurze Zeit die Arbeit nieder, doch allgemein zeigte sich eine gewisse „Streikmüdigkeit“ nach den Kämpfen der letzten zwei Jahre.<sup>220</sup>

Der „Stahlhelm“ bildete in Halle am 2. August 1919 mit 34 Gründungsmitgliedern nach Magdeburg eine zweite Ortsgruppe. Führender Kopf die halleschen Gruppe war ab Anfang 1920 der ehemalige Obersleutnant Theodor Duesterberg (1875–1950), der sich in der DNVP engagierte. Duesterberg verfolgte offenkundig einen antisemitischen, völkischen und antirepublikanischen Kurs und trug maßgeblich dazu bei, dass sich die hallesche Gruppe zur Hochburg des rechten Flügels im Verband entwickelte.<sup>221</sup> Der Kapp-Putsch bot Duesterberg und seinem Wehrverband Mitte März 1920 schließlich die Gelegenheit, dem „demokratischen Spuk“ ein Ende zu bereiten. Als die Nachricht vom Putsch am 13. März für Aufregung in der Stadt sorgte, riefen die MSPD und USPD sofort zum

<sup>218</sup> Maercker: Kaiserheer, S. 161f.

<sup>219</sup> Schmuhl, Halle, S. 41

<sup>220</sup> Ebd., S. 42.

<sup>221</sup> Ebd., S. 44; Bastian: Stahlhelm, S. 34off. .

Generalstreik auf. Die nationale „Hallesche Zeitung“ versicherte in der Morgenausgabe noch, dass Putschabsichten nicht bekannt seien. Doch auf der Nachmittagsausgabe prangte schon in großen Lettern der angebliche Erfolg des Putsches. Der hallesche Stahlhelm verhielt sich anders als in Magdeburg ganz offen zu den Putschisten, „war aber einstweilen noch zu schwach, um größere Teile der Bürgerschaft zu mobilisieren.“<sup>222</sup>

Oberst Hermann von Czetteritz, Garnisonskommandeur in Halle, druckste zwar auf der anberaumten Pressekonferenz etwas herum, um schlussendlich doch zu zeigen, dass er hinter den Putschisten stand. Er schränkte unverzüglich die Pressefreiheit ein. Veröffentlicht wurden nur noch die Telegramme der Kapp-Lüttwitz-Regierung. Versammlungen wurden verboten. In der Nacht des folgenden Tages wurde der Hauptbahnhof und das Eisenbahnpräsidium vom Reichswehr-Pionier-Bataillon besetzt. Der von den beiden Arbeiterparteien ausgerufene Generalstreik konnte seine Wirkung erst am Montag, den 15. März 1920, voll entfalten. Auch in Halle-Merseburg zeigte sich eine bis dato nicht dagewesene Einheit der Arbeiter\_innenschaft. Mit dieser Gegenwehr hatte das Militär nicht gerechnet und wurde zunehmend nervös.<sup>223</sup>

In dieser konterrevolutionären Situation verabschiedete die DDP, die Christliche Volkspartei, die MSPD und USPD in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig eine Protestnote gegen den Putsch. Die Vertreter der DNVP hatten die Sitzung vor der Abstimmung verlassen. Die hinter dem Putsch stehende Garnison Halles lies in den nächsten Tagen verschiedene Vertreter der sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien verhaften, darunter u.a. die Redakteure des „Volksblattes“, USPD-Stadträte und DDP-Parteifunktionäre. Das Militärregime hielt sich bis zum Sturz der Gegenregierung am 19. März in Berlin aufrecht. Die in diesen Tagen unterdrückten Parteien hielten unmittelbar danach Versammlungen ab. Es schien, als sei in der Stadt als Reaktion auf den Putsch „ein breites Bündnis zur Unterstützung der parlamentarischen Demokratie entstanden.“<sup>224</sup> Teile der revolutionär gesinnten Arbeiter\_innenschaft hatten sich bereits wegen des Ausbleibens der Sozialisierung weiter radikalisiert. Doch die Angst, dass ihnen die alten Eliten nun auch noch die „halbe Revolution“ wieder nehmen wollten, hatte sich bestätigt und lies die Arbeiter\_innenschaft erneut in die Offensive gehen. Noch am 19. März strömten die Arbeiter\_innen aus den umliegenden Ortschaften nach Halle.

222 Schmuhl, Halle. S. 45.

223 Schmuhl, Halle. S. 45.

224 Ebd., S. 48.

In Ammendorf wurde das Hauptquartier einer „revolutionären Kampftruppe“ errichtet. „Die Aufständischen besetzten eine Linie, die von Ammendorf über Beesen und Wörmnitz, durch die Südstadt bis an den Hallmarkt reichte.“<sup>225</sup> Einen Tag darauf rückten Arbeiter\_innen auch von Norden in die Stadt und besetzten Trotha. Das Militär war mit einer Stärke von 1.500 Mann in der Stadt den Aufständischen deutlich unterlegen und bezog daher Stellung in den Franckeschen Stiftungen und der Moritzburg. Es kam unter anderem am Rannischen Platz und am Galgenberg zu schweren Kämpfen. Zwar verhandelten die Aufständischen am 21. März 1920 bereits mit einer Kommission aus Magdeburg über die Bedingungen eines Kampfabbruchs, doch währenddessen griff das Militär, inzwischen verstärkt, die revolutionären Truppen am Galgenberg an. Schlussendlich waren die Arbeiter\_innen dem Militär mit seiner besseren Ausrüstung unterlegen. Alfred Lemck, KPD-Parteisekretär, akzeptierte als Kommandierender der revolutionären Truppen einen Waffenstillstand. In der Nacht zum 23. März rückten die Aufständischen von ihren Stellungen ab.<sup>226</sup>

64

Die 115 Märzgefallenen wurden am 29. März 1920 von etwa 30.000 Trauergästen auf dem Gertraudenfriedhof zu Grabe getragen. Die Zahl der Opfer lag mit hoher Wahrscheinlichkeit um einiges höher. Die sich zurückziehenden Arbeiter\_innen hatten nämlich viele Verwundete auf ihrem Rückzug aus der Stadt mitgenommen, die später ihren Verletzungen erlagen. Bei der am 6. Juni 1920 stattfindenden Reichstagswahl schwenkte das hallesche Bürgertum nach rechts. Die große Wahlverliererin war die DDP. Sie rutschte von 33,5 Prozent auf 11,9 Prozent ab, „weil Politiker dieser Partei wie Walther Schreiber für einen Ausgleich mit der Arbeiterschaft eingetreten waren.“<sup>227</sup> Die USPD blieb mit über 40 Prozent weiterhin stärkste Kraft. Vor allem die republikfeindlichen Parteien konnten ihre Stärke ausbauen. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei kamen auf 35 Prozent der Stimmen, während sie im Januar 1919 gerade einmal 13,5 Prozent erhalten hatten.<sup>228</sup> Damit erodierte das bürgerliche Spektrum, welches jenseits der Arbeiterbewegung als Stütze der Weimarer Republik hätte fungieren können.

225 Ebd., S. 48.

226 Ebd., S. 49.

227 Wagner: Es ist alles ruhig, S. 44.

228 Schmuhl: Halle, S. 53.





**DIE FRAGE NACH  
DER »RICHTIGEN«  
INTERNATIONALE UND  
DIE SPALTUNG DER  
ARBEITERBEWEGUNG**

Da die Revolution vor allem lokal nicht nur ins Stocken geriet, sondern zurückgedrängt wurde, drängte sich die Frage nach der Internationale immer weiter auf. Diese war zwar schon während des Weltkrieges ein Streitpunkt, der jedoch (noch) nicht offen ausgefochten wurde. Das Thema blieb auch auf dem Gründungsparteitag der USPD im April 1917 ausgespart, „um die labile Einheit, die man erreicht hatte, nicht zu gefährden.“<sup>229</sup> Die Parteidebatten bestimmte die Frage seit dem Sommer 1919 zunehmend. Zwar löste bereits der Besuch Karl Kautskys (1854–1938) und Eduard Bernsteins (1850–1932) beim Treffen der II. Internationale in Berlin im Februar 1919 auf dem sogenannten „Revolutionsparteitag“ der USPD starken Widerspruch hervor.<sup>230</sup> Dennoch wurde diese Kontroverse durch die innenpolitische Dynamik überschattet und entfaltete erst im darauf folgenden Sommer ihre Wirkung. Der Konflikt sollte schließlich auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920 sein Ende finden. Doch was war seit dem Sommer 1919 geschehen?

Innerhalb der deutschen Arbeiter\_innenschaft kam es seit dem Frühjahr 1919 zu einem Radikalisierungsprozess, der von einer negativen ökonomischen Entwicklung, der ausbleibenden Sozialisierung und der Niederschlagung des Generalstreiks forciert wurde. Die Arbeiter\_innen merkten, dass die Sozialisierung nicht „marschiert“, wie ihnen die Regierung versprach. Viele enttäuschte und radikalisierte Arbeiter\_innen fanden ihren Weg in die Reihen der USPD.<sup>231</sup> Der revolutionäre Prozess schien in Deutschland ins Stocken zu geraten, während sich Anfang März 1919 in Moskau die Komintern<sup>232</sup> gründete. So musste „die Frage in den Vordergrund treten, ob man sich nicht der neugegründeten Dritten Internationale anschließen sollte, die

229 Robert Wheeler: USPD und Internationale: sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt am Main 1975, S. 27.

230 Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Frankfurt a. M. 1975, S. 129; Als eine unter vielen ließ Zetkin kein gutes Haar an diesem Versuch der Revitalisierung der II. Internationale: „Die alte Internationale ist in Schmach und Schande auf den imperialistischen Schlachtfeldern verrochelt. Sie kann nicht galvanisiert werden, auch nicht durch die schönsten Resolutionen“ (Clara Zetkin: Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist, in: Ausgewählte Reden und Schriften (1918–1923), Bd. 2, Berlin 1960, S. 106).

231 Betrug die Mitgliedschaft der USPD im März 1919 noch rund 300.000 Mitglieder, ist deren Anzahl binnen einen halben Jahres auf 750.000 angewachsen (Krause: USPD, S. 146).

232 Alexander Vatlin: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin 2009.

den revolutionären Weg zu gehen schien, den man selbst gehen wollte.“<sup>233</sup> Noch Anfang August 1919 nahmen zwei Vertreter der USPD, Arthur Crispian (1875–1946) und Rudolf Hilferding (1877–1941), an der Tagung der II. Internationale in Luzern teil. Die Parteiführung hatte zuvor festgehalten, dass ein Anschluss an die Internationale für die USPD nur in Frage käme, wenn die Mehrheitssozialdemokratie darin keinen Platz hätte. Noch bestand die Hoffnung, in der II. Internationale wieder Mehrheiten für eine sozialrevolutionäre Politik zu gewinnen. Diese Hoffnung sollte sich als Illusion erweisen. Es wurde immer eindeutiger, dass der Verbleib in der alten Internationale kein gangbarer Weg war.<sup>234</sup>

Anfang September 1919 waren in der halleschen Ausgabe der mehrheitssozialdemokratischen „Volksstimme“ folgende Zeilen zu lesen: „Sie wissen genau warum sie für ihr Rätssystem, für die dritte von Moskau gebildete Internationale werben. Von Halle aus soll die deutsche Arbeiterschaft fein sachte auf die kommunistische Seite geführt werden.“<sup>235</sup> Die wenige Tage darauf folgende Reichskonferenz der USPD am 9. und 10. September 1919 verdeutlichte, dass die MSPD nicht unbedingt Unrecht damit hatte. „Im Parteibezirk war eine deutliche Tendenz für einen Komintern-Beitritt erkennbar. Die damit ohnehin verbundene deutlichere Distanz zur regierenden Mehrheitssozialdemokratie erhielt spektakuläre Nahrung durch einen Akt von Klassenjustiz.“<sup>236</sup> Gemeint ist die oben beschriebene Verurteilung Kilians zu drei Jahren Zuchthaus wegen seiner Aktivitäten während des Generalstreiks.

Der am 30. November 1919 beginnende USPD-Parteitag in Leipzig sollte als „Parteitag der Klärung“ in die Geschichte eingehen. Dass Walter Stoecker (1891–1939) und Wilhelm Koenen in Leipzig auch mit dem KPD-Vorsitzenden Paul Levi (1883–1930) über einen möglichen Anschluss an die Komintern sprachen, löste Empörung in den Reihen der USPD aus.<sup>237</sup> Die Thematik der Internationale wurde auf dem Parteitag erst am 4. Dezember debattiert. Es gab dazu drei Referenten, die zur Frage des Anschlusses unterschiedliche Positionen vertraten. Hilferding schlug die Gründung einer Internationale jenseits von Komintern und II. Internationale vor. Es gäbe zwar kein Zurück zum Reformsozialismus, aber ebenso kritisierte er den Terror der Bolschewiki. Der bedingungslose Anschluss an die Komintern würde die USPD in einen „Prügeljungen der Bolschewiki“ verwandeln.

<sup>233</sup> Krause: USPD, S. 142.

<sup>234</sup> Wheeler, USPD, S. 108–114.

<sup>235</sup> Volksstimme vom 6. September 1919.

<sup>236</sup> Klein: Burgfrieden, S. 191.

<sup>237</sup> Krause: USPD, S. 151.

„Wenn wir glauben, wir können nach Moskau gehen und unsere Freiheit behalten, so ist das ein Irrtum.“<sup>238</sup> Die USPD würde sich dadurch vom westeuropäischen Proletariat isolieren. Daran anschließend plädierte Stoecker für den bedingungslosen Anschluss an die Komintern: „Wir müssen den alten Schlachtruf der Pariser Kommune wieder aufnehmen: ‚Krieg den Palästen! Friede den Hütten!‘ Immer kraftvoller mußte unsere Parole lauten: Kampf dem imperialistischen Weltkapital, Kampf auch dem Reformismus und Opportunismus, Zusammenschluß mit dem revolutionären Weltproletariat in der Dritten Internationale.“ Georg Lederbour (1850–1947) wiederum brachte einen Kompromissvorschlag ins Spiel, bei dem der Beitritt zur Komintern bei gleichberechtigten Verhandlungen vollzogen werden sollte. „Die neue Kompromißresolution brachte einen klaren Bruch mit der Zweiten Internationale und nannte als die einzige Internationale, der die Partei beitreten wolle, die Dritte.“<sup>239</sup>

Die Delegierten aus Halle-Merseburg stimmten bereits in Leipzig geschlossen für den Beitritt zur Komintern. Allerdings war das nicht gleichzusetzen mit dem Willen zum Zusammenschluss mit der KPD. Dass die Entscheidung für die Annahme der „21 Aufnahmebedingungen“ durch die Komintern ein Jahr später mit so großer Mehrheit angenommen wurde, ist ohne Berücksichtigung des Kapp-Putsches nicht zu erklären. Dieser forderte allein in Halle das Leben von 104 Zivilisten<sup>240</sup>, was zu einer weiteren Radikalisierung führte. Die Erfahrung des Kapp-Putsches und die Niederschlagung des Generalstreiks ein Jahr zuvor, entfremdete viele der USPD-Mitglieder von der Weimarer Republik und erschwerte eine sachliche Kritik an den von der Komintern formulierten Aufnahmebedingungen.<sup>241</sup>

Der Versuch der USPD, mit der Komintern über einen möglichen Beitritt unabhängig von der KPD zu verhandeln, wurde von Moskau blockiert. Im April 1920 erreichte die USPD-Parteileitung ein Schreiben des Exekutivkomitees der Komintern, worin zwar beteuert wurde, dass man durchaus bereit sei, die Dritte Internationale zu erweitern und die Erfahrungen der proletarischen Bewegung aller Länder mit einzubeziehen. „Wir lehnen aber entschieden jede Mitarbeiterschaft mit den rechten Führern der Unabhängigen und der Longuetisten<sup>242</sup> ab, die die Bewegung zurück in den Sumpf

238 Zitiert nach ebd., S. 155.

239 Ebd., S. 162.

240 Klein, Burgfrieden, S. 191.

241 Wheeler, USPD und Internationale, S. 245.

242 Longuetisten, abgeleitet von Jean Longuet (1876–1938) als führendes Mitglied der sozialistischen Partei Frankreichs, bezeichnet die Anhänger\_innen des „zentristischen“ Flügels der französischen Partei. Der Begriff wurde in abwertendem Sinne verwendet, um eine vermeintlich klassenkämpferische Rhetorik bei einer gleichzeitigen reformistischen Praxis zu kritisieren.

der gelben zweiten Internationale ziehen.“ Um das zu verhindern, da ist das Schreiben des Exekutivkomitees ganz eindeutig, müssten „die Reihen der Führer der USP[D] gesäubert“ und „die Partei zur Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands gebracht“ werden.<sup>243</sup> In der Mitte Juli in „Die Freiheit“ veröffentlichten Antwort weigerte sich die USPD-Leitung, „die speziellen russischen Erfahrungen in bezug auf Taktik und Theorie der Revolution, die Wahl der Bündnispartner und die Anwendung des Terrors ‚schablonenhaft‘ auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen.“<sup>244</sup> Statt sachlicher Kritik würde so nur der „Keil der Spaltung“ in die USPD getrieben. Die gemeinsamen Verhandlungen waren damit gescheitert, auch wenn die deutsche USPD-Delegation (Däumig, Stoecker, Crispian, Dittmann) noch mit diesem Anspruch zum 2. Weltkongress der Komintern fuhr. Die auf dem Kongress beschlossenen 21 Aufnahmebedingungen ließen keinen Zweifel mehr daran, dass es entweder einen bedingungslosen oder gar keinen Beitritt zur Komintern geben würde. Däumig und Stoecker waren bereits vor der Anreise für den bedingungslosen Beitritt, Crispian und Dittmann dagegen. Auf der Konferenz versuchten die Bolschewiki den Bruch zwischen beiden Flügeln in der Partei zu vertiefen.

Das hallesche „Volksblatt“ forderte schon vor der Reichskonferenz im September 1920 eine Urabstimmung unter den Parteimitgliedern, wenn „der scharf nach links gerichtete Massenwille auf dem Parteitag nicht klar genug zum Ausdruck kam.“<sup>245</sup> Als die 21 Aufnahmebedingungen bekannt wurden, war eines eindeutig: Das Festhalten an einem Beitritt zur Komintern war ab diesem Zeitpunkt gleichzeitig eine Entscheidung gegen das Fortbestehen der USPD in ihrer damaligen Form. Es war nur folgerichtig, wenn Däumig und Stoecker bereits auf der Konferenz mit Levi über einen möglichen Zusammenschluss sprachen.<sup>246</sup> Koenen war der Ansicht, dass die USPD demokratische Konzepte in die Komintern einbringen könnte, um Bedingungen zu ändern, allerdings, so Koenen etwas skeptisch, wären die Chancen dafür bei einem frühzeitigen Anschluss im Sommer 1919 besser gewesen.<sup>247</sup> Der „Drang nach Moskau“<sup>248</sup> hatte sich im Parteibezirk schon vor dem Leipziger Parteitag durchgesetzt. Die Urwahl brachte ein eindeutiges Ergebnis. Nur ein Sechstel war gegen den Beitritt zur Komintern, wobei sich ein Großteil

<sup>243</sup> Zitiert nach Krause, USPD, S. 188f.

<sup>244</sup> Ebd., S. 190.

<sup>245</sup> Volksblatt vom 13. August 1920.

<sup>246</sup> Peter Lösche: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1967, S. 265.

<sup>247</sup> Protokoll USPD-Reichskonferenz, 1.–3. September 1920, Berlin 1920, S. 74.

<sup>248</sup> Wheeler, USPD und Internationale, S. 137.

der Gegner\_innen in nur einem von acht Kreisen des Regierungsbezirkes, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, sammelte.<sup>249</sup>

Auf der im September 1920 stattfindenden Reichskonferenz kam es zum Schlagabtausch. Während Crispian geradezu desillusioniert aus Russland zurück kam und einen Anschluss an die Komintern ablehnte, gingen die Befürworter\_innen hart mit den Gegner\_innen ins Gericht. Diejenigen, die gegen den unbedingten Anschluss seien, waren nach Stoecker „Antibolschewisten“.<sup>250</sup> Die Zustimmung wurde damit zu der Frage „Wie hältst du es mit den Bolschewiki?“ umdefiniert. Anders als auf dem Leipziger Treffen ein Jahr zuvor wurde nicht mehr nach einem Kompromiss gesucht, sondern die Fronten waren klar und alles wartete auf den fälligen Parteitag, der die Sache beenden sollte. Däumig, Koenen, Stoecker und Hoffman schrieben vor dem halleischen Parteitag einen Aufruf, der in der KPD-Zeitung „Rote Fahne“ veröffentlicht wurde und die rechte Parteiführung für angebliche Manipulationen u.a. beim Delegiertenmodus kritisierte. Dabei war im Prinzip schon nach der Wahl der Delegierten gewiss, dass es eine solide Mehrheit für den Beitritt gab. „Die einander bekämpfenden Parteirichtungen standen sich wie Feinde aus gegnerischen Klassen gegenüber. Sie zogen alle Register, einschließlich politischer Brandmarkung und persönlicher Verunglimpfung. [...] Viel Staub aus längst vergessenen Schlachten wurde wieder aufgewirbelt.“<sup>251</sup> Schließlich traten bereits drei Tage vor Beginn des Parteitags 22 Abgeordnete aus der USPD-Fraktion im Reichstag aus und bildeten die „USPD (Linke)“.<sup>252</sup> Der Parteitag in Halle vollzog schlussendlich das Erwartete. Die Vertreter\_innen der Minderheit, die gegen den Anschluss waren, hatten sich bereits vor dem Parteitag darum gekümmert, dass die Delegierten auch nach der absehbaren Spaltung in anderen Räumen weiter tagen konnten. Auf dem Parteitag hielt u.a. der Bolschewik Grigori Sinowjew (1883–1936), der laut Eugen Prager (1876–1942) „von seinen Getreuen wie ein König von seinen Untertanen“<sup>253</sup> empfangen wurde, als Vertreter der Komintern eine viereinhalbstündige Rede, die eine Abrechnung mit dem rechten Flügel der USPD darstellte.

Es war die Radikalisierung der Arbeiter\_innenschaft im Allgemeinen und der USPD im Besonderen, die die Anhänger\_innen der USPD in die Reihen der Komintern trieb. Die Anziehungskraft der Russischen Revolution auf die deutschen Arbeiter\_innen beschreibt Krause mit folgenden Worten: „Mußte man nicht dem großen Bruder in Rußland folgen, der praktisch verwirklichte, was er theoretisch proklamiert hatte? Was die russische

249 Klein, Burgfrieden, S. 192.

250 Krause: USPD, S. 200.

251 Ebd., S. 204.

252 Ebd., S. 207.

253 Prager: USPD, S. 224.

Revolution vollbrachte, zwang geradezu zur kritiklosen Übernahme der Organisationsformen und -theorien der Bolschewiki. Mußte nicht der Erfolg überzeugender wirken als alles theoretische Gerede?“<sup>254</sup> Ein Automatismus war das freilich nicht. Der Spaltungsprozess ist fraglos durch die Komintern-Führung forciert worden. Der Anspruch, eine einflussreiche Massenpartei der Arbeiter\_innen zu sein, war dadurch vorerst vergeben und erschwerte den Widerstand gegen den Aufstieg des Faschismus massiv. Am Ende stimmten 236 Delegierte für den Anschluss an die Komintern und 156 dagegen. Nach Engelmann und Naumann stimmte eine Mehrheit der aktiven Parteimitglieder „im Gegensatz zu vielen Funktionären für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und oftmals damit verbunden für eine enge solidarische Verbundenheit mit Sowjetrussland.“<sup>255</sup> Crispian erklärte direkt im Anschluss an die Abstimmung, dass sich die Befürworter\_innen damit außerhalb der Partei gestellt hätten und die „unverfälschte“ USPD in einem anderen Lokal weiter tagen würde.<sup>256</sup> Sinowjew verkündete hingegen: „Es ist heute etwas Historisches passiert. Die Arbeiterklasse Deutschlands hat sich als erste erholt, hat sich von den reformistischen Elementen befreit und wird jetzt unter dem roten Banner der Kommunistischen Internationale sämtliche kämpfenden Proletarier Deutschlands sammeln.“<sup>257</sup>

Im Regierungsbezirk Halle-Merseburg führte die Vormachtstellung des linken Flügels dazu, dass sich nur eine Minderheit von der Partei trennte. Von den rund 82.000 USPD-Mitgliedern des Parteibezirks verblieben 67.000 in der VKPD inklusive weiter Teile der Parteinfrastruktur. 15.000 bildeten die „neue“ USPD. „Die VKPD wurde durch die Kerngruppen der USPD, die trotz aller Differenzierungen einen funktionsfähigen, relativ jungen, flexiblen Führungsstab behielten, im Regierungsbezirk zu einer wirkungsvollen Kraft.“<sup>258</sup> Den Einfluss der einstigen USPD in den Jahren von 1917 bis 1920 konnte jedoch keine der Parteien je wieder erreichen.

254 Krause: USPD, S. 273.

255 Engelmann/Naumann: USPD, S. 177.

256 Krause: USPD, S. 213.

257 Zitiert nach Engelmann/Naumann: USPD, S. 186.

258 Klein, Burgfrieden, S. 193.



7

## ZUSAMMENFASSUNG



Diese Broschüre stellt einen Versuch dar, die Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung in Halle-Merseburg und Magdeburg zumindest in Ansätzen in ihrer Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit für den Zeitraum von 1914 bis 1920 zu schreiben. In diesem Sinne wurden anhand dieser beiden Regierungsbezirke zwei unterschiedliche historische Traditionen der Arbeiterbewegung rekonstruiert: Auf der einen Seite eine reformorientierte Tradition in Form der MSPD, die sich deutschlandweit – gestützt durch die alten Eliten – im Laufe der Revolution durchsetzte, und auf der anderen Seite eine rätedemokratische Tradition, die vor allem im Ruhrgebiet, in Berlin und in Halle-Merseburg stark vertreten war. Letztere Tradition ist weitgehend in Vergessenheit geraten und wird häufig mit vermeintlich leninistischen Umsturzversuchen der Kommunist\_innen gleichgesetzt. Es wurde ersichtlich, dass es auch in Magdeburg als Hochburg der MSPD rätedemokratische Bestrebungen gab, die eng mit dem Namen Alwin Brandes verbunden waren. Aus einer regionalgeschichtlichen Perspektive lässt sich insofern formulieren, dass verschiedene politische Orientierungen zumindest in Keimform überall in Deutschland angelegt waren, wobei gerade die Rätebewegung nur in wenigen Regionen erblühte.

Sowohl bürgerliche als auch republikfeindliche Akteur\_innen mischten sich frühzeitig in das Revolutionsgeschehen ein, was in künftigen Forschungen stärker berücksichtigt werden sollte. Vor allem die Aktivität von Frauen in der Revolution muss dringend grundlegender untersucht werden. Für die Regionalgeschichte Sachsen-Anhalts müsste damit überhaupt erst einmal begonnen werden. In dieser Broschüre konnte darauf leider nur punktuell eingegangen werden.

Es sollte außerdem gezeigt werden, dass der Horizont des politisch Möglichen alles andere als abgesteckt war. Gerade die Sozialisierung, worunter die Aktivist\_innen sicherlich nicht immer dasselbe verstanden, bot einen Rahmen, in dem die Wirtschaft in gewissem Maße hätte demokratisiert werden können. Unbestreitbar ist: Die Führung der MSPD bremste die Revolution aus, wo immer es ging. Die angeblich marschierende Sozialisierung wurde nie durchgeführt. Erhalten geblieben ist bis in die Gegenwart die Institution der Betriebsräte. Diese sind in ihren Rechten massiv

beschnitten worden, wären aber mit großer Wahrscheinlichkeit ohne die Rätebewegung damals gar nicht durchgesetzt worden.

Die Verhandlungsmacht der Rätebewegung war nach der weitgehenden Niederschlagung der regionalen Generalstreiks im Frühjahr 1919 stark begrenzt. Das Muster bei den militärischen Interventionen war im heutigen Sachsen-Anhalt und darüber hinaus immer dasselbe. Im Namen von „Ruhe und Ordnung“ wurden von der MSPD vermeintliche Putschpläne lanciert, um die Rätebewegung mit Hilfe der Freikorpsverbände gewaltsam niederzuschlagen. Wirklich etwas dran war an diesen Behauptungen meist nicht. Der augenblickliche Sieg der MSPD war teuer erkaufte worden und erscheint rückblickend als historischer Fehler, der die Weimarer Republik von Anfang an stark belastete.



# AUSGEWÄHLTE KURZBIOGRAPHIEN

**Otto Kilian** wurde am 27. November 1879 in Atzendorf geboren. Im Alter von 23 Jahren trat der gelernte Schriftsetzer im Jahr 1902 der SPD bei. Ab 1907 arbeitete Kilian als Redakteur bei verschiedenen sozialdemokratischen Zeitschriften: „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen, „Kasseler Volksblatt“ und beim „Volksblatt“ in Halle. Während des Krieges wurde Kilian aufgrund seiner oppositionellen Haltung 1915 zum Wehrdienst eingezogen. Kilian kehre erst mit dem Ausbruch der Novemberrevolution nach Halle zurück, wo er für die USPD zum stellvertretenden Vorsitzenden des großen Arbeiterrates gewählt wurde. Kilian wurde außerdem in die preußische verfassungsgebende Versammlung gewählt. Nach der Niederschlagung des Generalstreiks durch die Freikorps wurde Kilian im März 1919 verhaftet und Ende des Jahres zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Haftstrafe musste er aufgrund einer Amnestie nicht vollständig absitzen. Er wechselte mit dem linken Flügel der USPD Ende des Jahres 1920 zur KPD über. Zwar kritisierte Kilian die Märzaktion seiner eigenen Partei, trat jedoch nicht aus und wurde im selben Jahr in den preußischen Landtag gewählt. Im Sommer 1927 wurde Kilian aus der Partei wegen abweichenden Verhaltens ausgeschlossen. In den folgenden Jahren gehörte er kleineren linken Parteiabspaltungen an. Kilian wurde bereits kurz nach der Machtübernahme Hitlers verhaftet und blieb bis Kriegsende in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert. Er starb im Frühjahr 1945 im KZ Bergen-Belsen.

**Wilhelm Koenen** wurde am 7. April 1886 in eine sozialdemokratischen Familie in Hamburg geboren. Nach einer kaufmännischen Lehre wurde er 1904 zunächst Angestellter in der Kieler SPD-Buchhandlung und trat im selben Jahr der Partei bei. Nach Stellen als Zeitungsberichterstatte in Kiel, ab 1909 Königsberg, besuchte er 1910 die SPD-Parteischule in Berlin, wo er unter anderem von Rosa Luxemburg unterrichtet wurde. Vom April 1911 bis 1919 war Koenen Redakteur beim „Volksblatt“, ab 1913 Mitglied in der SPD-Bezirksleitung. Als führender Kopf der USPD in Halle wurde Koenen im Kontext der Novemberrevolution einer der Kommissare des Arbeiter- und Soldatenrates Halle-Merseburg. In den folgenden Jahren wurde Koenen in verschiedene politische

Ämter gewählt: 1919/20 Stadtverordneter in Halle, im Januar 1919 in die Nationalversammlung, im Juni 1920 in den Reichstag, dem er bis 1932 angehörte. Koenen trat Ende 1920 in die KPD ein, in der er mit Unterbrechungen Mitglied der Parteizentrale war. Koenen sollte von den Nazis für den Reichstagsbrand angeklagt werden, ging jedoch 1933 ins Exil. Auf den verschiedenen Stationen des Exils, Frankreich, Großbritannien, Kanada setzte er sich für eine Volksfront gegen Hitler ein. Von 1940 bis 1942 war Koenen in Kanada mit anderen Kommunisten interniert, wurde jedoch aufgrund der Intervention von politischen Freunden aus Großbritannien freigelassen. Bei seiner Rückkehr nach Deutschland Ende Dezember 1945 war Koenen zunächst Redakteur der halleischen KPD-Zeitung „Freiheit“, dann von 1946 bis 1949 1. Landesvorsitzender der SED in Sachsen. Bis zu seinem Tod am 19. Oktober 1963 in Ost-Berlin bekleidete Koenen verschiedene Ämter in der DDR.

**Alwin Brandes** wurde am 12. Juni 1866 in Großschönau geboren. Als gelernter Schlosser arbeitete er in verschiedenen Maschinenfabriken in Magdeburg, Leipzig und Halle. Nach dem Ende der Sozialistengesetze trat Brandes 1890 der SPD bei und vier Jahre später dem Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), dessen Geschäftsführer er 1900 in Magdeburg wurde. Von 1901 bis 1918 war er Mitglied in der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung. 1912 wurde er außerdem in den Reichstag gewählt. Als Kritiker des sozialdemokratischen Kriegskurses trat er Ende 1917 in die USPD ein und setzte sich auch innerhalb des DMV gegen die kriegsunterstützende Politik der Gewerkschaftsleitung ein. Brandes wurde in der Novemberrevolution zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Magdeburg gewählt. Anfang April ließ Reichswehrminister Gustav Noske Brandes verhaften, weil dieser einen Militärputsch vorbereitet habe. Aufgrund mangelnder Beweise und eines starken öffentlichen Drucks wurde Brandes bereits eine Woche später wieder freigelassen. Brandes war von 1917 bis 1922 in der USPD aktiv und zog für diese 1920 in den Reichstag ein. Die Vereinigung mit der KPD Ende 1920 machte er nicht mit, sondern trat mit der in der USPD verbliebenen Minderheit 1922 wieder in die SPD ein und wurde Ende der 1920er Jahre wieder in den Reichstag gewählt. Während der NS-Zeit war Brandes einer der bedeutendsten gewerkschaftlichen Widerstandskämpfer. Nach verschiedenen Inhaftierungen in der NS-Zeit wurde Brandes 1946 zum Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Köpenick gewählt. Er verstarb am 6. November 1949 in Ost-Berlin.

**Albert Vater** wurde am 17. März 1859 in Soldin geboren. Der gelernte Nagelschmied zog 1885 nach Magdeburg und war Mitglied im Deutschen Metallarbeiterverband. 1900 gründete er den Sozialdemokratischen Verein in Magdeburg mit, dessen Vorsitzender er von 1904 bis 1906 war. Vater übernahm außerdem eine Gaststätte in Magdeburg, um den Boykott vieler Lokalbesitzer gegen sozialdemokratische Versammlungen zu umgehen. Von 1908 bis 1910 war Vater Mitglied in der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung. Die SPD verließ er im April 1917 Richtung USPD, die er in Magdeburg mit anderen gründete und deren Vorsitz er übernahm. Im Zuge der Novemberrevolution ernannte der Arbeiter- und Soldatenrat Vater zum Beigeordneten des Polizeipräsidenten. Nur wenige Monate später gründete Vater im Februar 1919 die KPD-Ortsgruppe in Magdeburg. Er wurde erst Parteisekretär und später KPD-Bezirksleiter. Vater war als einflussreiches Mitglied der Magdeburger Bürgerwehr an der Geiselnahme des Reichsjustizministers Otto Landsberg im April 1919 beteiligt. 1921 wurde daher Anklage wegen Hochverrats gegen ihn erhoben. Vater tötete sich am 7. Februar 1923 in der Haft selbst.



**REDE WILHELM  
KOENENS ZUR  
SOZIALISIERUNG  
(1919)**

*Editorische Notiz: Die vom Rat der Volksbeauftragten eingerichtete Sozialisierungskommission hatte am 15. Februar 1919 einen vorläufigen Bericht abgegeben. Die Regierung legte am 4. März einen Entwurf für ein Sozialisierungsgesetz vor, das am 7. und 8. März im Reichstag beraten wurde. In diesem Kontext hielt Wilhelm Koenen am 8. März 1919 in der Nationalversammlung die hier abgedruckte Rede. In Klammern finden sich im unten stehenden Text die protokollierten Reaktionen des Plenums. Zu Sozialisierungsmaßnahmen ist es in der Weimarer Republik nicht gekommen.*

## **Der Generalstreik vor der Nationalversammlung. Um die Sozialisierung! – Wie kam es zum Streik? Die Schuld an den Plünderungen in Halle<sup>259</sup>**

„Für einen geborenen Sozialdemokraten müßte es jetzt die froheste Stunde seines Lebens sein, wenn man endlich an dem Wendepunkt der Tage steht, die uns den Sozialismus bringen sollen. Aber Sie wissen schon, daß wir das, was jetzt geschieht, durchaus nicht mit dem, was wir uns unter Sozialismus vorstellen, in Einklang bringen können. Einig werden wir nur alle sein in dem einen Hauptpunkte, der großen Frage: wie kommen wir jetzt aus der Wirtschaftsnot heraus? Das ist die Frage, die jetzt alle beschäftigt. Beginnen wir aber diese Frage zu beantworten, so scheiden sich die Geister in drei Gruppen. Die eine Gruppe meint, die Wirtschaftsnöte könnten nur überwunden werden, indem man die kapitalistischen Unternehmer in vollem Umfange wieder in ihre Rechte einsetzt und sie wieder vom Standpunkte des Profiten wirtschaften läßt. Die andere Gruppe – und das sind die Mehrheitsleute – möchte zwar den Kapitalismus etwas abbauen, weil sie dazu gedrängt wird. Aber leider sind

<sup>259</sup> Abgedruckt in: Wilhelm Koenen: Durch Generalstreik zum Sozialismus? Zwei Reden zur Sozialisierung nebst den Protokollen und Erklärungen über Ausbruch und Ergebnis des Mitteldeutschen Generalstreiks, Halle 1920, S. 3–12.



sie der Überzeugung, daß ein ernster Zugriff beim Kapitalismus noch nicht erfolgen kann, sondern sie wollen den Kapitalismus bestehen lassen und nur einige Auswüchse staatsrechtlicher und betriebsrechtlicher Art beschneiden. Dieser Weg ist nach unserer Überzeugung der allerunglücklichste. Dann würde man nämlich dazu kommen, daß die Unternehmerfreudigkeit, die Berufsfreudigkeit, die Initiative, das Verantwortlichkeitsgefühl der Unternehmer eingeeengt werden müßte. Oder man darf überhaupt nicht an den Unternehmer heran, man muß sich rein mit den Betriebsmonopolen beschäftigen, sich nur auf diese beschränken, indem man staatsfiskalische Grundsätze anwendet, die man tatsächlich mit dem Namen „Sozialismus“ belegt. Das ist der Weg, der hier jetzt gegangen werden soll. Der Kapitalismus bleibt, der private Unternehmer bleibt bestehen. Auch bei der künftigen Bewirtschaftung werden viele Herren nach wie vor ihren Profit finden. Und sie haben auch nur Interesse, wenn sie Profit machen können. Das wird aber heißen, daß man jetzt nur Halbheiten und Flickwerk macht, an dem keiner eine Freude hat, und wodurch man einen Aufbau des wirtschaftlichen Lebens niemals erleben wird. Es bleibt nach unserer Überzeugung nur der dritte Weg, und der ist der: die arbeitenden, schaffenden Kräfte im vollen Umfange zu interessieren; denn nur dann, wenn Arbeiter und Angestellte in vollem Umfange an ihrer Tätigkeit interessiert werden, können wir aus diesem Chaos heraus kommen. (*Sehr richtig! d. d. U. S.*<sup>260</sup>) Einer der Herren hat den Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit hervorgehoben. Wenn wir von Arbeitern sprechen, so meinen wir beide: körperliche und geistige Arbeiter. Ohne die restlose Interessierung dieser werktätigen Kreise werden wir aus dem Chaos nie herauskommen, sondern nur durch die Mitwirkung dieser werktätigen Kreise. Da fragt sich's, wie ist das zu erreichen? Die Antwort lautet: Durch den Sozialismus, den wir alle wollen. Allerdings der unverfälschte, der wirkliche Sozialismus. (*Zuruf d. d. Soz.*<sup>261</sup>: *Russische Ausgabe!*) (*Heiterkeit.*) Ausschlaggebend dafür, daß die Arbeiter dem Sozialismus anhängen, ist die Tatsache, daß er eine neue Wirtschaftsform bedeutet. Diese Wirtschaftsform jetzt aufzurichten, dazu müssen wir Hand anlegen. Das Wesen des Sozialismus ist Ausschaltung der Ausbeutung. Darin liegt der Grund, warum die Arbeiter dem Sozialismus anhängen. Sie fühlen und wissen, daß nur durch den Sozialismus endlich die Ausbeutung überwunden werden kann. Ist das geschehen, dann erst sind manche der praktischen Folgen zu erwarten, die wir vom Sozialismus vorausgesehen haben.

260 In dieser abgekürzten Form protokolliert und bedeutet: „durch die Unabhängigen Sozialdemokraten“. Wird im Weiteren in abgekürzter Form beibehalten.

261 Bedeutet: „durch die Sozialdemokraten“.

Es zeigt sich, daß der Weg, den die Regierung beschritten hat, falsch ist. Wenn sie das Kohlensyndikat übernimmt, so hat sie damit noch nicht den Punkt getroffen, wo letzten Endes den Arbeiter die Ausbeutung drückt. Das Kohlensyndikat ist die handelsmäßige Zusammenfassung der großen Grubenunternehmer. Es kommt aber darauf an, diejenigen Stellen zu treffen, die die Produktion leiten: die Generaldirektionen. Dort muß zugegriffen werden, weil dort die Ausbeutung beginnt. Es genügt nicht, daß von irgendeiner Stelle der Regierung eine Kontrolle über diese Unternehmungen ausgeübt wird, sondern Sozialismus bedeutet mehr! Sozialismus ist nicht Verstaatlichung. Die Vergesellschaftung bedeutet, daß die Glieder, die schaffen und arbeiten, auch die mitbestimmenden Glieder sind, auch mit zu schalten und zu walten haben.

Zu diesem Zweck ist wiederholt in den letzten Wochen und Monaten die Forderung der direkten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch Betriebsräte aufgestellt worden. Es ist die Kontrolle durch diese Betriebsräte verlangt worden. Sie sollen die Richtung für die inneren Angelegenheiten des Betriebes geben. Wie war es damit bisher? Bisher sind es die Aktionäre und Aufsichtsräte, die die Richtung geben und die Kontrolle ausüben. Diese zusammengelaufenen Kapitalisten, die Kraft ihrer Tausendmarkscheine ohne irgendwelches innere, ethische, sittliche oder moralische Recht entscheiden über das Wohl und Wehe von Tausenden und Zehntausenden von Arbeitern, aus dem Sattel zu heben, ihren Einfluß vollständig auszuschalten, das ist das Gebot des Sozialismus. (*Sehr richtig! d. d. U. S.*) Wenn wir aber diese Stellen ausscheiden und den Besitz durch das Volksganze einführen wollen, dann brauchen wir Organe, die an die Stelle der kontrollierenden und verwaltenden Aktienfunktionäre treten. Da ist es viel natürlicher, wenn die Zehntausende, die in den Betrieben mit ihrem ganzen Leib und Leben arbeiten, auch auf die Leitung einen maßgebenden Einfluß ausüben. Das kann nur geschehen, indem man das wirtschaftliche Rätssystem unumwunden anerkennt. (*Zustimmung d. d. U. S.*) Es gibt keinen anderen Weg als diesen, nämlich die Betriebsräte, die Bezirksräte der Arbeiter und schließlich die Zentralräte der einzelnen Industrien im vollen Umfange zu den tatsächlichen Sachwaltern der sozialistischen Republik zu machen, wenn wir eine sozialistische Republik hätten. (*Sehr wahr! d. d. U. S.*) Dieses Rätssystem durchzuführen, darum kommen Sie gar nicht herum. Sie kommen aus dem Chaos nicht heraus, als daß Sie im vollen Umfange die Arbeiter und Angestellten durch die Betriebsräte interessieren, indem Sie in ihre Hand das Geschick der Werke legen.

Welches sollen nun die Folgen der Anwendung des Rätessystems sein? Ich werde in Beantwortung dieser Frage versuchen, die Wirkungen des Sozialismus aufzuzählen, gegen die von den Herren auf der Rechten immer wieder ange laufen worden ist, ohne daß die Wirkungen bisher überhaupt festgestellt

worden sind. Das Rätssystem, die Grundlagen der wirklichen Sozialisierung, wird es mit sich bringen, daß die Arbeitsunlust aufhört. Sie kann nur überwunden werden dadurch, daß man den Arbeitern das Gefühl des Ausgebeutetwerdens nimmt. Als zweites Ergebnis wird die gesundheitliche Sicherung der Betriebe im vollen Umfange in Frage kommen. Wenn dann niemand mehr den Unfallgefahren, den unvorhergesehenen Schwierigkeiten, den Betriebskrankheiten usw. ausgesetzt ist, dann wird Arbeitssicherheit und Arbeitsfreudigkeit kommen. Eine dritte Wirkung wird sein, daß die Arbeiter, wenn sie das Gefühl los sind, daß sie für jemand anderes schuften, wenn sie wissen, daß sie sich selbst regieren, keinen Wert mehr darauf legen werden, dann gegenseitig zu konkurrieren. Es wird dahin kommen, daß kein Arbeiter und Angestellter seine Kenntnisse, Schliche und Kniffe, das Spezialwissen, das er sich angeeignet hat, noch für sich allein behalten wird, sondern er wird das größte Interesse daran haben, zur allgemeinen Steigerung der Leistungsfähigkeit alle diese Spezialkenntnisse zu verbreiten, damit sie von allen angewandt werden können. Diese Zusammenfassung können nur Arbeitervertretungen erreichen. Viertens wird in Zukunft beim sozialisierten Unternehmen das Betriebsgeheimnis, das jetzt die Konkurrenz so sehr betonen muß, selbstverständlich nicht mehr für die einzelnen Betriebe zur Anwendung kommen, sondern wird mit allen zu Gebote stehenden Kräften auf alle übrigen Betriebe übertragen werden müssen, damit die ganze Industrie den Nutzen davon hat. Die Bezirksarbeiterräte werden dafür die Vermittler sein. Fünftens wird durch diese Räte die innere Betriebsorganisation einheitlicher, durchgreifender gestaltet werden können, als es bisher geschehen ist.

Wichtiger aber noch ist die Organisierung der Technik innerhalb der einzelnen Industriezweige, die auch nur durch diese Zusammenfassung erfolgen kann. (*Sehr wahr! d. d. U. S.*) Bisher ging der einzelne Unternehmer darauf aus, für sich allein die Erfindungen zu verwerten, seinen Betrieb technisch so zu gestalten, daß er den Vorteil davon hatte. Ein Heer von Technikern, Wissenschaftlern, Chemikern usw. ist tätig gewesen, um einzelnen Unternehmern zu dienen, oder aber auch – wie es leider in viel größerem Maße der Fall war – der Mordindustrie, der Rüstungsindustrie dienstbar zu sein. Diese große Zahl der Techniker, Wissenschaftlicher, Chemiker usw. werden in einer sozialisierten Industrie planmäßig zusammenwirken. Welche ungeahnten Möglichkeiten da vor uns liegen, hat der Krieg mit seinen raffinierten technischen Errungenschaften schlagend bewiesen. Und ich glaube, es kann für die Ingenieure, Wissenschaftler, Chemiker usw. eine Erleichterung, ein erhebendes Gefühl sein, zum Wiederaufbau des zerrütteten Wirtschaftslebens und zum Wohle der Menschheit beizutragen, während sie bisher ihre geistige Tätigkeit verwenden mußten, um Mordwerkzeuge zu schaffen. Und schließlich wird durch die

Zusammenfassung die Neuorganisation der ganzen Industriezweige planmäßig durchgeführt werden. Wer von Ihnen früher dem Erfurter Programm zugestimmt hat, weiß, daß die Krönung des Sozialismus gerade darin besteht, daß nicht mehr anarchisch die einzelnen Unternehmen gegeneinander wirtschaften, sondern das planmäßig die Industrie auf- und ausgebaut und restlos ausgenutzt wird, daß alle technischen Errungenschaften vereinigt werden in leistungsfähigen Betrieben und Werkstätten.

Das ist ein Werk, das durch das Rätssystem, das Wissen und Können der Arbeiter und Angestellten, planmäßig durchgeführt werden kann. Wenn wir diese Kräfte alle freimachen, dann werden wir etwas Großes schaffen durch gemeinsame Arbeit; nur dann werden wir herauskommen aus den jetzigen Zuständen, aber nicht nur ein Flickwerk, wie es uns hier vorgelegt wird. Wenn Sie sich diesen Aufbau des wirtschaftlichen Rätessystems durchdacht haben, werden Sie selber zugeben, daß keine Rede sein kann von Bürokratisierung und Schematisierung, sondern es sind die mitbeteiligten lebendigen Menschen, die diesem Aufbau Inhalt geben, die immer am Werke sind und schaffen, die immer ausgleichen, verbessern. Bürokratismus und Schematismus sind die Fehler, die die Verstaatlichung an sich hat, und deshalb haben wir für die Verstaatlichung so wenig übrig. Deswegen wollen wir die Vergesellschaftung, die höhere Stufe des Sozialismus.

Man muß sich nun fragen, warum die Leute, die bisher Sozialdemokraten waren, die jetzt mit den Bürgerlichen in der Regierung sitzen, nicht dazu übergegangen sind, diesen Weg, der uns immer in all den Jahrzehnten vor Augen geschwebt hat, zu gehen. Es scheint mir fast so, als ob die Herren in der Regierung zwar im Reden gewandt und tüchtig sind, in dem Aufbau unseres Wirtschaftslebens aber nicht die organisatorischen Fähigkeiten entwickeln, die sie Kraft ihrer jahrzehntelangen sozialistischen Vorbildung jetzt endlich entfalten müßten.

Das, worauf die Arbeiter gewartet haben, ist nicht wahr geworden. Übrig geblieben sind die schönen Reden, die allerdings unter Umständen sehr gefährlich werden, weil sie vorübergehend einlullen und weil dann späterhin Dinge, die man durch das Einlullen glaubt beruhigt zu haben, in stärkerem Maße zum Durchbruch kommen. (*Sehr wahr! d. d. U. S. –Rufe von den Soz.: Halle!*) Das hat sich ja in den letzten Wochen klar und deutlich gezeigt. Ich werde darauf zu sprechen kommen und scheue mich nicht, darüber zu reden.

## Der Generalstreik – Kampf für den Sozialismus

Dieser Ausbruch der Bewegung, den wir im Rheinland, in Mitteldeutschland, Halle, Thüringen, Berlin, Leipzig jetzt erlebt haben, ist allerdings eine Folge unserer Aufklärungsarbeit in diesem Sinne. (*Lebhafte Rufe d. d. Soz.: Hör! Hör! Hetze!*) – Jawohl, wir haben das Räte-system mit aller uns zu Gebote stehenden Macht in den Köpfen der Arbeiter, die zu uns halten, festgelegt. (*Zuruf von d. D. Dem.*<sup>262</sup>: *Daher die Ulrichstraße geplündert!*) – Das haben Sie Herrn Noske zu verdanken. (*Lachen und Zurufe.*) Ich komme darauf, Herr Minister Fischbeck.<sup>263</sup> Wir haben allerdings den Leuten gesagt, daß im Sozialismus die alleinige Lösung liegt und daß der Sozialismus den alleinigen Ausweg aus dem Elend bietet. Wenn sie jetzt sehen, daß der Sozialismus nicht wahr werden soll, sondern daß man irgendwelche Flickerei an dem ausbeuterischen Kapitalismus vornehmen will, irgendeine Verbindung von Staatskapitalismus und konstitutioneller Fabrik, dann ist allerdings nicht verwunderlich, daß es zu solchen Bewegungen kommt, die man nicht wünscht. (*Lachen d. d. Soz.*) Es wird jetzt gesagt, der Streik sei ein Verbrechen gewesen. (*Sehr wahr! d. d. Mehrheit.*<sup>264</sup>) Nein, ich sage: Es ist ein Verbrechen gewesen, daß die Leute, die 10, 20, 30 und 40 Jahre lang den Sozialismus im Munde geführt haben, jetzt Ministerposten übernehmen und diese Worte nicht einlösen. (*Sehr wahr! d. d. U. S.*) Das ist das Verbrechen, das vorliegt. Das muß angenagelt werden und das werden wir überall annageln, wo sich die Gelegenheit dazu bietet. (*Lachen und Zurufe.*) Die Herren im Ministerium lassen sich jetzt drängen nach links, und drängen nach rechts. Wer am meisten drängt, hat die größte Aussicht auf Erfolg. Das ist der augenblickliche Regierungskurs: immer hin und her. (*Stürmische Heiterkeit.*) Wie in einer Schlangenlinie taumeln die Leute hin und her. Sie taumeln jetzt sogar soweit, daß, als man von dem Eisenbahnerstreik in Halle hörte, daß durch die streikenden Eisenbahner der Verkehr lahmgelegt sei, der Minister sagte: Soweit kann doch das Streikrecht nicht gehen, daß man den Verkehr mitten in Deutschland stilllegt.

Ja, wie weit geht denn das Streikrecht? Wo hört es auf und wo beginnt das Streikrecht? (*Zuruf vom Regierungstisch: Das Streikrecht hört da auf, wo das Lebensrecht des deutschen Volkes beginnt!*) – Diese Frage zu beantworten, ist

262 Bedeutet: „Zuruf von den Deutschen Demokraten“. Gemeint ist die Deutsche Demokratische Partei, die 1918 aus der Fortschrittlichen Volkspartei hervorging und an einigen Kabinetten der Weimarer Republik beteiligt war.

263 Gemeint ist Otto Fischbeck (1865–1939), der für die DDP in der Nationalversammlung saß und preußischer Handelsminister war.

264 Bedeutet: „durch die Mehrheit“. Gemeint ist die Mehrheit des Plenums.

ganz unmöglich. Herr Minister David<sup>265</sup> sagt: Das Streikrecht hört da auf, wo das Lebensrecht des deutschen Volkes beginnt. (*Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit und rechts.*) Das ist selber nicht als eine Phrase, die mit unserer Bewegung gar nicht zu tun hat. Denn wer entscheidet, wo das Lebensrecht aufhört oder anfängt? Das Taumeln drückt sich noch in anderen Momenten aus.

Am 23. Dezember wurden den Arbeitern Arbeiterausschüsse versprochen und gegeben ohne irgendwelchen Einfluß, ohne irgendwelches Kontroll- und Mitbestimmungsrecht. Die durften begutachten, Wünsche äußern und was dergleichen Dinge mehr sind. Wir stehen auf dem Boden, daß diese Arbeiterausschüsse durchaus ungenügend waren. Schon im Januar wurde dann in einer Verordnung hinter dem Wort Ausschüsse das Wort „Zechenräte“, „Betriebsräte“ eingeklammert. Da hatte man sich an das Wort langsam gewöhnt. Dann kam aber die Tendenz: Jawohl, Betriebsräte, aber kein Mitbestimmungsrecht, kein Einfluß, kein Kontrollrecht. Einige Wochen später hat man sich jedoch auch dazu bereit erklärt, ein gewisses Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte zuzugeben. So weiß man an einem Tage nicht mehr, was man am anderen Tage zugestehen soll. Uns kann es ja recht sein, wenn wir durch unseren Druck die Sache weitertreiben. Wir sind darüber nicht böse; aber ich stelle fest, daß Herr Hue<sup>266</sup>, der heute morgen gesprochen hat, nicht etwa diese Tendenz verfolgt, daß die Betriebsräte usw. Rechte bekommen sollen, sondern er hat erklärt: „Nun lassen wir den Leuten doch die Betriebsräte; wenn sich einer Rat nennen will, mag er es in Gottes Namen tun, wir wollen ihn darin nicht stören.“ Wir aber verlangen nicht ein neues Wort, sondern neben dem neuen Wort auch neue Rechte für die Arbeiter im Sinne des Sozialismus.

Es ist gefordert worden, daß die Arbeiter und Angestellten in den gemeinsam und direkt zu wählenden Betriebsräten Mitbestimmungsrecht und Kontrollrecht haben sollen, als Vorstufe für die Sozialisierung. Ich muß sagen, in diesem Falle hat Herr Imbusch<sup>267</sup>, der hier sprach, viel klarer verstanden, auf welchen Ursachen dieses Drängen und Stürmen, dem die Regierung bis zu einem gewissen Grade jetzt nachgegeben hat, sich gründet. Ganz deutlich hat er ausgeführt, wie sich in den Volksmassen diese Gefühle geregt haben, die dieses Mitbestimmungsrecht in den Betrieben verlangen. Er sah sehr deutlich, daß die Sache, die von unten kommt, nicht mehr abzuwehren ist. Ich komme nun direkt auf die Streikbewegung zu sprechen. Am 6. Januar begann die Bewegung im Ruhrgebiet durch eine Konferenz, auf der es zunächst

265 Gemeint ist der SPD-Politiker Eduard David (1863–1930), der zum ersten Vorsitzenden der Nationalversammlung gewählt wurde und Minister ohne eigenen Geschäftsbereich in der Regierung Scheidemann war.

266 Gemeint ist Otto Hue (1868–1922), der dem Reichstag für die SPD bis 1922 angehörte.

267 Gemeint ist der Zentrumspolitiker Heinrich Imbusch (1878–1945), der dem Reichstag bis 1933 angehörte und von 1919 bis 1933 der erste Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter war.

möglich war, die wilden Streiks, die bis dahin tobten, zu beenden. Mein Genosse Braß<sup>268</sup> hat darüber schon ausführlich gesprochen. Der große Streik im Ruhrgebiet ist ohne die Gewerkschaftsorganisation, zum Teil gegen sie, geführt worden. Dieser Streik ist aber nicht in der reinen Form als wirtschaftspolitischer Kampf, wie man sich ihn gedacht hat, zum Durchbruch gekommen. Das Bild ist dort leider verschoben worden, durch das Eingreifen gegen den Generalsoldatenrat in Münster, der ausgehoben wurde und nun einzelnen Strömungen in der Arbeiterbewegung den Anlaß gab, schon den Streik zu erklären und nicht erst zu warten, bis die wirtschaftspolitischen Dinge zur Entscheidung standen. Es muß aber auch hier gesagt werden, daß dieser Streik, der so kolossalen Umfang annahm, sich nicht auf irgendwelche alten Organisationen stützte, sondern lediglich auf die Arbeiter- und Soldatenräte. Noch klarer und deutlicher ist der Kampf in Mitteldeutschland zur Entscheidung gekommen.

In Mitteldeutschland lag ein reiner wirtschaftlicher Kampf vor, ein Kampf um die Arbeiterdemokratie, um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, um die Absetzung und die Beseitigung des Rechts der Industriekönige. Auch hier heißt es, die Könige zu verdrängen und an ihre Stelle die Beauftragten zu setzen. In Mitteldeutschland war dieser Streik ein mit wirtschaftlichen Mitteln geführter Kampf. Er war so ideal, daß die streikenden Leute ohne Hilfe der Gewerkschaftsorganisationen die ganzen 14 Tage im Streik verharren haben, daß sie sich für die Ideale ihrer Demokratie, ihres Sozialismus, eingesetzt haben. Dieser Streik für den Sozialismus ist mit einer Begeisterung geführt, die wirklich anerkannt werden sollte, wenn überhaupt noch ein Funke sozialistischen Gefühls übrig wäre. Dieser Kampf um die Demokratie und den Sozialismus ist ohne jede vorherige Stellungnahme der Parteien oder Gewerkschaften aus den Arbeitern durch neu geschaffene Zentralen herausgekommen, er ist sogar ohne Flugblätter und ohne Volksversammlungen zustande gekommen, er ist zustande gekommen aus dem ausgesprochenen Willen der Arbeiter, die das Verhandeln satt hatten und ganz entschieden erklärten, es der Regierung einmal zeigen zu wollen: wir machen ernst mit dem Verweigern unserer Arbeitskraft. So ist diese Bewegung durch ganz neu geschaffene Organisationen wirksam geworden. Ich kann noch etwas weitergehen: diese Organisationen hatten noch nicht einmal eine Kasse, ja sogar nicht mal einen Kassierer. (*Zuruf: Aber gestohlene Gelder! – Große Heiterkeit.*) Ohne alle Mittel ist es allein durch den Idealismus und die Begeisterung der Arbeiter möglich gewesen, diesen großen Streik wirken zu lassen.

<sup>268</sup> Gemeint ist der USPD-Abgeordnete Otto Braß (1875–1950), der dem Reichstag bis 1924 angehörte. Braß war nach einer kurzen Mitgliedschaft in der KPD zur Rest-USPD und 1922 zur SPD zurückgekehrt.

Wenn Sie jetzt noch nicht glauben, daß dieser Streik aus der Überzeugung der Arbeiter heraus elementar zum Ausbruch gekommen ist (*Lebhafter Widerspruch.*), dann muß ich Sie noch genauer überzeugen. Die Verhandlungen über das, was in diesem Streik entschieden werden sollte, sind seit dem 6. Januar geführt worden. Am 22. Januar sind die Forderungen von Halle aus nach Berlin geschickt worden. Am 6. Februar fand die erste mündliche Verhandlung in Weimar statt, nachdem vorher schon Deputationen in Berlin gewesen waren. Am 10. Februar waren wiederum Verhandlungen in Berlin, die zu keinem Ergebnis führten. Am 14. Februar waren Verhandlungen in Weimar, die zum Ergebnis hatten die Einsetzung einer Kommission. Am 15. Februar hat diese Kommission ein Kompromiß zustande gebracht. Dieses Kompromiß ist vor den Arbeitern Mitteldeutschlands vertreten worden, wir haben den Arbeitern zugeredet, sie sollten diesen Kompromiß annehmen. Die Vertrauensleute der Arbeiter haben uns in den folgenden Tagen in verschiedenen Sitzungen klipp und klar erklärt, daß sie auf den Kompromiß nicht eingehen.

88

Dann haben, noch ehe die entscheidende Konferenz stattfinden konnte, am Sonnabend, den 22. Februar, im Zeitzer Kohlenrevier, ohne daß eine Versammlung stattgefunden hat und Flugblätter verbreitet sind, die Arbeiter aus sich heraus die Arbeit niedergelegt, so daß nur noch übrig blieb zu sagen: Wir mißbilligen diesen Streik, oder wir schließen uns ihm an. Selbstverständlich haben dann die Vertrauensleute der übrigen Gruben erklärt: Wir schließen uns der Bewegung an, und der Generalstreik in Mitteldeutschland war da. Wenn hier nun noch einzelne Herren sind, die behaupten wollen, es sei Terror geübt worden, dann sind sie natürlich nicht zu überzeugen, sondern dann haben sie eben den bösen Willen, uns das zu unterstellen. In Mitteldeutschland hat es keine Maschinengewehre und Handgranaten gegeben, in Mitteldeutschland ist gegen jede militärische Komplikation mit dem schärfsten Nachdruck gearbeitet worden. Wir haben erklärt: Wir wollen zeigen, daß ein wirtschaftlicher Streik möglich ist ohne militärische Komplikationen. Die mitteldeutschen Arbeiter sind unabhängige Sozialdemokraten, sie sind keine Spartakisten, sie wollen keine Gewalt, sie verschmähen die Gewaltanwendung und haben keine Gewalt angewandt. (*Lebhafte Zurufe. –Widerspruch.*)

Bis zum Sonnabend, den 1. März, war im Bezirk vollständige Ruhe. (*Widerspruch und Zurufe.*) Es ist nicht wahr, daß die Eisenbahnschienen aufgerissen waren, denn der D-Zug Berlin-Halle ist ja noch glatt durchgefahren. (*Wiederholte Zurufe.*) Es ist ganz entschieden nicht wahr, daß irgend etwas demoliert worden ist. In Halle war, bevor die Truppen gekommen sind, völlige Ruhe in der Stadt. Das können Mehrheitssozialisten bestätigen, die dort gewesen sind. Einer dieser Augenzeugen, der hierher zu Verhandlungen geschickt worden ist, hat eingestehen müssen, daß er niemals eine ruhigere, kraftvollere, schö-



neren und wuchtigere Bewegung gesehen habe. (*Widerspruch.*) Daß Ihnen, meine Herren, die große Streikbewegung sehr unangenehm gewesen ist, und daß Sie versuchen, sie zu verdächtigen, kann ich begreifen; denn dieser Streik hat allerdings seinen Einspruch nicht verfehlt, weil zum ersten Male die Eisenbahner mitgestreikt haben. (*Sehr gut! d. d. U. S.*)

Wir haben den Eisenbahnern auch gesagt: Bei euch muß einmal der Beweis erbracht werden, ob die sozialistische Regierung überhaupt eine Ahnung vom Sozialismus hat (*Unruhe bei den Mehrheitsparteien.*), ob sie den Staatssozialismus, wie er bei den Eisenbahnen vertreten wird, weiter aufrechterhalten will, oder ob sie diesen Staatskapitalismus durch Sozialisierung des Eisenbahnwesens ablösen will. Die Regierung hat nichts dergleichen unternommen. Wir haben den Arbeitern deutlich gesagt (*Lebhafte Zurufe v. d. Soz.*), daß es um das Rätssystem geht. Die Eisenbahner haben zielbewußt diesen Weg beschritten, sie wollten zum Rätssystem übergehen und das preußische Ministerium hat einen Teil dieses Weges mitgehen wollen. Aber da kam seine zweifelhafte Intelligenz eines guten Tages zum Durchbruch, die erklärte: Nein, die Räte werden nicht anerkannt. Und es war, als wenn die Regierung von allen guten Geistern verlassen war.

Am Abend, bevor die Bergarbeiterkonferenz zusammentreten sollte, um über den Bergarbeiterstreik zu entscheiden, teilte der Eisenbahnpräsident den Eisenbahnern klipp und klar mit: Euch werden die Räte nicht anerkannt, die wir euch zu dreiviertel schon zugestanden haben. Das Ergebnis der wochenlangen Verhandlungen der Eisenbahner war mit einem Federstrich beseitigt. Die Folge war, daß die Eisenbahner nun erklärten: Uns geht es wie euch Bergarbeitern, wir schließen uns euren Kämpfen an und treten mit in den Streik. Es waren zwei wirtschaftliche Kämpfe, die zusammengefaßt allerdings sehr große Wirkung brachten.

## Regierungsäußerungen beim Ausbruch des Generalstreiks

Die Absicht des hallischen Aktionsausschusses, am Montag, den 3. März, nochmals eine größere Deputation zur Verhandlung mit der Regierung nach Weimar zu schicken, war fallen gelassen worden, da man sich von weiterem Verhandeln nichts mehr versprach! Wie recht man mit dieser Vermutung leider hatte, bestätigte sich bei einer kurzen Besprechung, die einer unserer Abgeordneten in Weimar am 3. März mit dem Reichswirtschaftsminister Wissel<sup>269</sup> hatte. Der zuständige Minister Bauer, der das Reichsarbeitsamt

<sup>269</sup> Gemeint ist Rudolf Wissel (1869–1962), der für SPD nach dem Ausscheiden der USPD-Volksbeauftragten in den Rat nachrückte. Wissel war der erste Reichswirtschaftsminister der Republik und von 1928–1930 Reichsarbeitsminister.

verwaltet, war nicht in Weimar, und Herr Wissell wußte von der Depesche, die mit den Forderungen der Arbeiterschaft nach Weimar geschickt worden war, noch nichts.

Unser Genosse machte die mündliche Mitteilung, daß die Bergarbeiter den Kompromiß, der vor zehn Tagen als äußerstes Zugeständnis der Regierung hingenommen werden mußte, nicht anerkennen. Die indirekte Wahl für Betriebsräte und ihre Rechtlosigkeit gegenüber der Betriebsleitung fänden allgemeinen Widerspruch. Die Forderung sei, direkte gemeinsame Wahl für Angestellte und Arbeiter und Anerkennung des Kontrollrechts der Betriebsräte. Darauf erfolgte die kategorische Antwort Wissels: Darauf lasse ich mich auf keinen Fall ein!

Als unser Abgeordneter auf den äußersten Ernst der Lage hinwies und davon sprach, daß schon seit Sonnabend teilweise gestreikt werde, und der Streik sich am Montag und Dienstag allgemein ausbreiten werde, erfolgte die Antwort: Solche Drohungen berühren uns nicht mehr. Man hat uns schon so oft erklärt, daß die Lage weiß wie kritisch sei und nach einigen Tagen stelle sich immer ganz etwas anderes heraus. Auch im Rheinland, in Hamburg und Berlin und in Gotha sollte die Lage auch wer weiß wie kritisch sein und wir haben doch Ordnung geschafft. Unser Abgeordneter machte dazu sofort die Feststellung, daß es sich um dergleichen militärisch verzwickte Angelegenheiten, wie in vorgenannten Orten, in Mitteldeutschland durchaus nicht handele, sondern nur um die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Arbeiterschaft, die sie auch mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Machtmitteln allein durchzusetzen bestrebt sei. Herr Wissell antwortete, die Forderungen seien politischer Natur, und es sei nach seiner Überzeugung ganz ausgeschlossen, daß sich die Reichsregierung noch durch Drohungen irgendwie beeinflussen lasse. Außerdem sei er auch nicht der eigentliche Verantwortliche für die Angelegenheiten. Unser Genosse wies nochmals kurz auf den außerordentlichen Ernst der Lage und die Dringlichkeit der Antwort hin, worauf Herr Wissel bemerkte: Gewiß, gewiß, aber er habe jetzt keine Zeit mehr, ein Senator warte auf ihn, mit dem er eine Besprechung haben müsse.

Soweit die kurze Aussprache. Sie kennzeichnet den Standpunkt der Regierung genügend. Jedenfalls haben leider diejenigen Recht behalten, die ein nochmaliges Verhandeln oder ein befristetes Ultimatum für überflüssig erklärten, weil das die Regierung nur wiederum als „Drohung“ angesehen haben würde. Die Arbeiter waren somit genötigt, die Herren in den Regierungsstuben vor die vollendeten Tatsachen des Generalstreiks zu stellen. Es ist aber noch in der ganzen ersten Streikwoche weiterverhandelt worden. Am 25. haben Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden sollen. Die Arbeitervertreter waren da, die Unternehmer sind nicht gekommen. Der Berghauptmann hat

sich schwer darüber beklagt. Am 26. kam die Zusage des Ministers, er würde nach Halle zur Verhandlung kommen. Am 27. kam die Absage, daß er nicht nach Halle komme, wir sollten nach Weimar kommen. Am 28. hatten die streikenden Eisenbahnarbeiter den Sonderzug fertig, um die ganze Verhandlungskommission nach Weimar zu fahren, ein Zeichen, daß die Schienen nicht ausgerissen waren. Der Zug stand bereit zur Abfahrt, weil die Verhandlungen beginnen sollten, aber da kamen die Noskegardien (*Hört, hört! d. d. U. S.*) und ließen den Zug nicht fahren, so daß die Verhandlung nicht stattfinden konnte. Das ist das Ergebnis des militärischen Eingreifens.

Am gleichen Mittag erklärte der Soldatenrat: Wir ziehen unsere Posten in der Stadt zurück, denn General Maercker will die Sicherheit der Stadt garantieren. Die Folge davon war, das unsere schöne Stadt Halle zwei Tage lang ohne jede Bewachung war. Die Polizei streikte, der Soldatenrat zog seine Posten zurück, die Noskegarde konnte die Stadt allein nicht besetzen (*Zurufe links*), und da ging allerdings das Leben los. Es kamen die Leute aus ihren Winkeln heraus, die nicht zu den Streikenden gehörten, die keine Unabhängigen Sozialdemokraten sind. Da kamen die Subjekte, die das Ergebnis der jahrelangen Erziehungsarbeit der bürgerlichen Gesellschaft sind (*Zuruf und Lachen*), da kam das Lumpenproletariat und hat die Läden in der Ulrichstraße geplündert. Das ist der Erfolg Ihrer langjährigen Kulturarbeit, daß es solche Leute gibt, die so etwas tun. (*Erneute Zurufe und Widerspruch.*) Für diese Leute lassen wir uns auf keinen Fall verantwortlich machen. (*Wiederholte Zurufe.*) Solange der Arbeiterrat und der Soldatenrat die Macht in Halle in Händen hatte, ist keinem Menschen ein Haar gekrümmt worden, keine Fensterscheibe eingeschlagen, kein Güterwagen angetastet, keine Schiene berührt, nichts ist ruiniert worden, Ruhe und Ordnung sind in vollem Umfange aufrechterhalten worden.

In dem Augenblicke, wo die Regierungstruppen kamen, war es mit der Ordnung vorbei. Dadurch sind die Störungen gekommen, da kamen die Maschinengewehre und die Handgranaten, die bisher nicht zu merken waren. (*Lachen und Zurufe.*) Das sind die historischen Feststellungen, die ich hier zu treffen habe. (*Zurufe von den Soz.: Wo kamen die Handgranaten her?*) Die Mannschaften haben sie mitgebracht. (*Lachen und Zurufe.*) Spartakisten gibt es in Halle nicht. Wir haben in den Gegenden, wo die unabhängige Bewegung ist, keine spartakistische. Wenn sich nachher Ereignisse abgespielt haben, die jeder Mensch bedauern muß, die kein Mensch billigen kann, so sind allein die Regierungstruppen dafür verantwortlich. Es herrschte Ruhe in der Stadt, es war Ordnung. Daran kann kein Mensch drehen und deuteln. (*Lachen.*)

Es wird nun gesagt, die Sozialisierung sei da. Ich muß aber noch klarmachen, daß Sie mit dem, was Sie jetzt tun, den elementaren Willen der Arbeiter nicht besänftigen können, insbesondere nicht durch ein Flickwerk, wie Sie es jetzt

hier vornehmen wollen. Den Arbeitern soll eine Art Rätssystem bewilligt werden, eine „Verankerung der Betriebsräte, Bezirksarbeiterräte, Zentralarbeiterräte“, als wirtschaftliche Institution sollen sie in der Verfassung Aufnahme finden. Soviel wir aber wissen, stellt man sich darunter das bisherige Arbeitskammergesetz vor, das allerdings nicht nach dem Wunsche der Arbeiterschaft ist, denn dieses Arbeitskammergesetz ist Geist vom alten Geist.

Der alte Geist taucht in diesem Gesetz wieder auf. Schon vor dem Kriege wurden von den Sozialdemokraten Arbeiterkammern verlangt. (*Sehr wahr! d. d. U. S.*) Jetzt aber haben wir eine sozialistische Regierung, die diese Arbeiterkammern nicht wahrmacht. (*Zuruf von den Soz.*) Sie setzt Arbeitskammern ein, in denen die Unternehmer wieder das volle Übergewicht besitzen werden, so da sie in Wirklichkeit neue Unternehmerkammern sein werden. Diese Unternehmerkammern sind auf dem Prinzip der Parität begründet. Die Demokratie etwa so anzuwenden, daß ein paar Dutzend Unternehmer dasselbe Vertretungsrecht bekommen wie Millionen von Arbeitern, das ist für die jetzige Zeit überlebt, das ist keine Demokratie mehr, mit der sich die Arbeiter abfinden werden. Wollen Sie wirkliche Demokratie, dann machen Sie eine wahre Wirtschaftsdemokratie, aber nicht dieses Flickwerk, das wieder den Einfluß der Unternehmer auf die Arbeiter neu befestigt und sichert. (*Zurufe.*) Die Regierung hat auch einige Zusagen hinsichtlich der Betriebsräte und ihrer Rechte gemacht. Aber auch hier, wo man anfangen könnte, etwas sozialistisch zu werden, zeigt sich sofort, daß der Einfluß wieder beschnitten wird. Es ist ausdrücklich festgelegt worden, daß die Betriebsräte auf die kaufmännischen Angelegenheiten keine Mitentscheidung ausüben sollen. Gerade da, wo die wirtschaftspolitischen Angelegenheiten der Gewerbe und Betriebe entschieden werden sollen, ist das Mitbestimmungsrecht beschnitten. Wie wenig übrigens die Unternehmer geneigt sind, Frieden mit den Betriebsräten zu schließen, geht daraus hervor, daß die Arbeitervertreter trotz dieser Halbheiten und der ungenügenden Zusagen bereit waren, die Bedingungen zu unterschreiben; die Unternehmer dagegen haben diese Bedingungen nicht unterschrieben. Nur den Unternehmern will man nicht wehe tun, nur die Unternehmer will man nicht scharf angreifen. Und dann glaubt man, sozialisieren zu können? Das ist ein himmelschreiender Irrtum, dem Sie nie und nimmer entgehen können, wenn Sie sich nicht auf den Boden des wirklichen radikalen Sozialismus und des Rätessystems klar und deutlich stellen. (*Glocke des Präsidenten.*) Die Mehrheitssozialisten haben einen Antrag über die Sozialisierung eingebracht. Wir werden dafür eintreten, daß er an die Kommission überwiesen wird, müssen aber erklären, daß das, was darin gefordert wird, von dem Rätekongreß schon im Dezember viel besser und wirkungsvoller gesagt und beschlossen worden ist. Wenn die Regierung bisher diesem Beschluß des

Rätekongresses nicht nachgekommen ist, so sind diejenigen schuld, die jetzt den Antrag erneut stellen, denn sie sind ja die regierende Partei. Es bleibt mir nur wenig zu sagen zu dem zweiten Entwurf über die Kohlenwirtschaft.

Das muß gesagt werden, daß das Wort „Rat“ zwei mal von der Regierung angewandt wird, Reichskohlenrat und Sachverständigenrat. Damit glaubt die Regierung den Arbeitern Sand in die Augen streuen zu können. Indem sie solche Räte einsetzt, glaubt sie, sie habe das Räte-system gegründet. Wenn Sie nicht mit dem Wort einen neuen Begriff verbinden und eine neue Sache einrichten, werden Sie damit keine Ruhe schaffen. Nach §3, der die vielen Mitglieder für den Sachverständigenrat vorsieht, sollen die Unternehmer 15 Stellen bekommen, die Arbeiter ebenfalls 15 Stellen, und es sollen außerdem noch 15 Herren von der Regierung zugezogen werden. Es sollen auch noch drei Herren aus dem Handel zugezogen werden, und die Zuziehung ist so, daß man mit Sicherheit darauf rechnen kann, daß die Unternehmer wieder das Heft in der Hand haben werden, auch bei der Kohlenbewirtschaftung. Sie werden sich mit diesem Gesetz nicht retten können. Der Zeit wegen kann ich auf die Ausführungen der Herren von der Rechten nicht eingehen. Aber ich will doch sagen, daß die Kriegshetzer, Kriegsgewinnler und Kriegswucherer zu schweigen haben in dieser Zeit. Herr Giesberts<sup>270</sup> hat ja schon deutlich genug gesagt, daß Sie die Schuldigen sind, wenn der Bolschewismus über Deutschland hereinbricht. Die Riesenschulden, die Sie uns durch den Krieg gebracht haben, werden auch ein Kapitel sein, das mit den Herren besonders abgerechnet werden muß, es wird sich dann zeigen, ob die Mehrheitler in diesem Falle bereit sind, die Bedürfnisse an Finanzen, die für die Sozialisierung sichergestellt werden sollen, von denen aufzubringen, die im Besitz von Kapitalien sind, oder nicht, oder ob sie bei der Durchführung der Sozialisierung Rücksicht nehmen auf die, die als Kriegsgewinnler keine Spur von Rücksicht verdienen. Die Streiks sind zu Ende, die Generalstreiks in Berlin, Leipzig, Halle, Erfurt sind abgebrochen. (*Hört, hört!*) Auf der anderen Seite sehen Sie, daß es in Oberschlesien wieder zu flackern beginnt, und aus Kassel kommt eben die Nachricht zu uns, daß auch dort eine Aktion im Gange ist, die darauf aufgeht, den Sozialismus sicherzustellen, Diesen Bestrebungen, die sich doch immer wieder geltend machen, wird Rechnung getragen werden müssen. Diese großen Bewegungen wenden sich auch an die Leute von der mehrheitssozialistischen Partei. Sie fordern von ihnen ganze Arbeit für den Sozialismus, und wenn wir ganze Arbeit für den Sozialismus machen, dann werden wir auch aus dem jetzigen Notstand, aus dem Hunger herauskommen. Wir werden es

270 Gemeint ist Johannes Giesberts (1865–1938) von der Zentrums-Partei. Er war der erste deutsche Postminister von 1919 bis 1922.

dann auch erleben, daß eine Einigung des Proletariats erfolgt. Nur durch kraftvolle Vertretung des Sozialismus werden wir in Deutschland aus dem Elend herauskommen, nur durch die kraftvolle Vertretung des wirtschaftliche Sozialismus werden wir die Einigung des Proletariats erleben. Erreichen wir sie nicht mit Ihnen, dann über die Köpfe Ihrer Führer hinweg. (*Bravo! d. d. U. S.*)



# **LITERATUR- VERZEICHNIS**

- Asmus, Helmut: Quellensammlung zur Geschichte der Magdeburger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Teil 3 1900-1917, Heft 5, Magdeburg 1966.
- Ders.: 1200 Jahre Magdeburg. Von der Kaiserpfalz zur Landeshauptstadt, Bd. 3: Die Jahre von 1848 bis 1945, Magdeburg 2005.
- Bastian, Marcel: ‚Soll Unsinn werden, was uns tiefster Sinn war?‘ – zur Gründung des Stahlhelmbundes in Magdeburg 1918/19, in: Maren Ballerstedt et al (Hg.): Magdeburg im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918. Eine Großstadt an der Heimatfront, 2014 Halle.
- Bornost, Stefan: Der Weg zur KPD, in: Best of KPD. Linke Organisation damals und heute, theorie21, Heft 1/14, Berlin 2014.
- von Bose, Christine: Ein „König von Halle“? Otto Kilian und seine Rolle in den revolutionären Ereignissen von 1918/19, in: Patrick Wagner und Manfred Hettling (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Halle 2019, S. 129-157.
- Cliff, Tony: Studie über Rosa Luxemburg, Frankfurt am Main 1982.
- Eichhorn, Emil: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Glashütten 1975 [1921].
- Engelmann, Dieter und Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922, Berlin 1993.
- Gohlke, Martin: Die Räte in der Revolution von 1918/19 in Magdeburg, Oldenburg 2000.
- Grebing, Helga, Hans Mommsen und Karsten Rudolph (Hg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993.
- Haarmann, Elisabeth: Schwestern zur Sonne zur Gleichheit. Anfänge der proletarischen Frauenbewegung, Hamburg 1985.
- Hesselbarth, Mario: Zur Geschichte der USPD in Thüringen, Jena 2017.
- Hoffrogge, Ralf: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Von den Anfängen bis 1914, Stuttgart 2017.
- Hohorst, Gerd et al (Hg.): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch 1870-1914, Bd. 2, München 1978.
- Klein, Hans-Dieter: Zwischen Burgfrieden und Komintern. Die Unabhängige Sozialdemokratie in Halle Merseburg 1917-1920, in: Grebing/Mommsen/Rudolph (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 181-195.
- Kling, Gertrud: Die Rolle des Arbeiter- und Soldatenrates von Halle in der Novemberrevolution (November 1918 – März 1919), Halle 1958.
- Koenen, Wilhelm: Zu einigen Fragen der Novemberrevolution und Gründung der KPD, Halle 1958.
- Ders.: Referat auf der Konferenz zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung am 11. April 1958, in: Bezirksstelle Halle, Nr. 383, Halle 1958.
- Kolakowski, Leszek: Die Hauptströmungen des Marxismus – Entwicklung, Bd. 2, München 1988.
- Krause, Hartfrid: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Frankfurt am Main 1975.
- Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.
- Labouvie, Eva (Hg.): Frauen in Sachsen-Anhalt. Ein biographisches-bibliographisches Lexikon vom 19. Jahrhundert bis 1945, Bd. 2, Köln 2019.
- Leidigkeit, Karl-Heinz und Jürgen Hermann: Auf leninistischem Kurs. Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg bis 1933, Halle 1979.



- Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1967.
- Maercker, Georg: Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Leipzig 1921.
- Matthias, Herbert: Quellensammlung zur Geschichte der Magdeburger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Teil 4/1 1917-1929, Heft 2, Magdeburg 1966.
- Mende, Roswitha und Karl-Heinz Leidigkeit: Von der Jahrhundertwende bis zum Roten Oktober. Geschichte der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Halle-Merseburg 1900-1917, Halle 1987.
- Mende, Roswitha: Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Halle im Ersten Weltkrieg, in: Grebing/Mommsen/Rudolph (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 171-180.
- Mielke, Siegfried und Stefan Heinz: Alwin Brandes (1866-1949). Oppositioneller – Reformier – Widerstandskämpfer, Berlin 2019.
- Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.
- Mommsen, Wolfgang: Die deutsche Revolution 1918–1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung, in: Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, S. 362–391.
- Naumann, Horst: Wilhelm Koenen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle (Biographien und Erinnerungen 10), Leipzig 1973.
- Neff, Bernhard: ‚Wir wollen keine Parade-truppe, wir wollen eine Kriegstruppe...‘: Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913, Köln 2004.
- Pannen, Arne: Alwin Brandes – eine politische Biographie, Diplomarbeit FU Berlin, Berlin 2008.
- Prager, Eugen: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921.
- Regener, Ralf: Der Freistaat Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Patrick Wagner und Manfred Hettling (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 17, Halle 2019, S. 47–68.
- Reinowski, Werner: Bernard Koenen: ein Leben für die Partei, Halle 1962.
- Schubert, Helga: Der Generalstreik in Mitteldeutschland 1919, Halle 1958.
- Schütrumpf, Jörn: Zankapfel Bolschewiki, in: Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18, Berlin 2017, S. 441–448.
- Schmuhl, Hans-Walter: Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Halle 2007.
- Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.
- Skirlo, Guido: Die Antikriegsbewegung vor und während des Ersten Weltkrieges in Magdeburg, in: Maren Ballerstedt et al (Hg.): Magdeburg im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918. Eine Großstadt an der Heimatfront, 2014 Halle, S. 259–274.
- Streichhahn, Vincent: Die revolutionäre deutsche Linke und der Kometenschweif der russischen Oktoberrevolution, in: Arbeit-Bewegung-Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, Heft2/19, Berlin 2019, S. 65–80.
- Ders.: Wilhelm Koenen – Ein vergessener Revolutionär der mitteldeutschen Rätebewegung, in: Patrick Wagner und Manfred Hettling (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 17, Halle 2019, S. 82–101.
- Trieder, Simone: Ein Palast für Arbeiter. 100 Jahre Volkspark, Mitteldeutsche Kulturhistorische Hefte, Nr. 8, Halle 2007.

- Tullner, Mathias: Modernisierung und mitteleuropäische Hauptstadtpolitik – Das „neue Magdeburg“ 1918–1933, in: Matthias Puhle und Peter Petsch (Hg.): Magdeburg. Die Geschichte der Stadt 805–2005, Dössel 2005, S. 729–764.
- Ders.: Zusammenbruch, Übergang und Neubeginn – Magdeburg in der „Zeitenwende“ 1918/19, in: Maren Ballerstedt et al (Hg.): Magdeburg im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918. Eine Großstadt an der Heimatfront, 2014 Halle, S. 312–328.
- Vatlin, Alexander: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin 2009.
- Voigt, Marga (Hg.): Clara Zetkin: Die Kriegsbriefe (1914–1918), Bd. 1, Berlin 2016.
- Wagner, Patrick und Manfred Hettling (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 17, Halle 2019.
- Wagner, Patrick: „Es ist alles ruhig. Auf dem Rathause eine rote Flagge“. Die Revolution von 1918/19 in Halle an der Saale, in: Patrick Wagner und Manfred Hettling (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Halle 2019, S. 14–46.
- Weber, Hermann: Einleitung, in: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, Berlin 1993.
- Weipert, Axel: Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015.
- Ders.: Zur aktuellen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg, in: Bernd Hüttner (Hg.): Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg, Berlin 2015.
- Wheeler, Robert: USPD und Internationale: sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt am Main 1975.
- Zetkin, Clara: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957.
- Dies.: Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist, in: Ausgewählte Reden und Schriften (1918–1923), Bd. 2, Berlin 1960.





**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt**  
**Ebendorfer Straße 3**  
**39108 Magdeburg**  
**<https://st.rosalux.de/>**

**ISBN 978-3-948250-15-7**